



„Reaktionäre aus der Regierung hinauswerfen“

Die „Figl-Fischerei“ im Mai/Juni 1947

MANFRED MUGRAUER

Trotz ihres enttäuschenden Abschneidens bei den Nationalratswahlen am 25. November 1945 blieb die KPÖ mit einem Minister in der von Leopold Figl (ÖVP) geleiteten Koalitionsregierung vertreten. Dafür ausschlaggebend waren sowohl taktische Erwägungen als auch grundsätzliche Faktoren.¹ Eine nicht unbedeutende Rolle spielte zunächst die Überlegung, sich nicht vom politischen Geschehen ausschließen lassen zu wollen und der Gefahr einer Isolierung zu entgehen. Zwar war die demokratische Zusammenarbeit in der bisherigen Form gescheitert, die KPÖ war jedoch darum bemüht, auch in Hinkunft am Wiederaufbau Österreichs teilzuhaben, und hielt an ihrem Selbstverständnis als konstruktiv mitgestaltende politische Kraft fest. Gleichzeitig stand fest, dass die KPÖ in wesentlichen Fragen in Opposition zur Westorientierung der Regierung Figl-Schärf und deren Kursnahme auf eine kapitalistische Restauration stehen würde. Demgemäß entwickelte die Partei ihre Politik in den Jahren 1946 und 1947 im Spannungsfeld von Regierung und Opposition.

Im November 1946 startete die KPÖ eine Kampagne zur Durchführung von Neuwahlen. Um dieser Forderung entsprechenden Nachdruck zu verleihen, setzte die Partei verstärkt auf außerparlamentarische Aktionen, die an die miserable wirtschaftliche Situation und die soziale Lage der Bevölkerung anknüpften. In den Bewegungen, die aus der schlechten Ernährungslage und den sozialökonomischen Verwerfungen der unmittelbaren Nachkriegszeit resultierten, hatte die KPÖ zunächst zurückhaltend agiert und mäßigend auf die Streikenden eingewirkt. Ab Herbst 1946 setzten sich KommunistInnen zunehmend an die Spitze der Lohnbewegungen, Streiks und Demonstrationen. Zu diesem Zeitpunkt stand die KPÖ vor der politischen Alternative, entweder die Regierung zu verlassen und auf einen radikalen Oppositionskurs einzuschwenken, oder nach

Anknüpfungspunkten zu suchen, ihr Gewicht auf Regierungsebene zu erhöhen, um einen prinzipiellen Kurswechsel einleiten zu können. Die Neuwahlkampagne mit der taktischen Option eines Regierungsaustritts war eine Überlegung im Rahmen der zweiten Variante, die auf eine stärkere Vertretung der Partei in einer neuen Regierung und nicht auf eine mandatsstärkere Oppositionspartei abzielte. Die Forcierung sozialökonomischer Massenbewegungen wurde als zentraler Hebel zur Erreichung dieses Ziels angesehen, deren Druck ins Politische übersetzt werden sollte. Die Steigerung der Massenaktivitäten und die Neuwahlkampagne waren zwei miteinander verbundene Elemente zur beabsichtigten Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse. Die strategische Perspektive dieser Orientierung bestand darin, mittels Neuwahlen den politischen Einfluss der KPÖ zu stärken, um gemeinsam mit der SPÖ eine Mehrheit der beiden ArbeiterInnenparteien gegen die ÖVP zu erreichen.

Außenpolitische Sackgasse

Am deutlichsten kam der Zwiespalt der KPÖ zwischen Regierung und Opposition in jenen Gesprächen zum Ausdruck, die der KPÖ-Nationalratsabgeordnete Ernst Fischer Mitte Mai und Anfang Juni 1947 mit führenden Politikern der ÖVP über eine Umbildung der Regierung führte. Während erst wenige Wochen zuvor, am 5. Mai, bei der Demonstration am Ballhausplatz die Massenorientierung der KPÖ deutlich geworden war,² versuchte die KPÖ nun die sich bietende Chance zu nutzen, durch geheime Absprachen zu einer Stärkung des kommunistischen Einflusses zu gelangen. Auf der einen Seite forcierte die Partei ab Herbst 1946 ihren Oppositionskurs, auf der anderen Seite wirkte die Auffassung „über eine potentielle positive Funktion einer Dreiparteienregierung als Träger volksdemokratischer Reformen weiter und daraus abgeleitet die Hoffnung, über eine Stärkung

der kommunistischen Vertretung einen prinzipiellen Kurswechsel einer Konzentrationsregierung einleiten zu können“, wie in der KPÖ-offiziellen Parteigeschichte die daraus resultierende „Zwiespältigkeit und Unsicherheit der politischen Perspektive“ auf den Punkt gebracht werden.³ Die Gespräche von Ernst Fischer mit Julius Raab und Leopold Figl belegen, dass die Neuwahlkampagne der Jahre 1946/47 nicht auf die Schaffung einer starken kommunistischen Oppositionspartei abzielte, sondern auf eine Schwächung der reaktionären Kräfte und eine Stärkung der KPÖ auf Regierungsebene. Die entscheidende Frage sei, ob es gelänge, die „Reaktionäre“ aus der Regierung „hinauszuwerfen oder ob es ihnen gelingt, uns hinauszuwerfen“, hielt ZK-Sekretär Friedl Fűrberg in der Sitzung des Zentralkomitees der Partei Anfang 1947 fest: „Wir wollen sie hinausbekommen, weil wir wissen, dass nur dadurch, dass wir die Reaktion entfernen, es möglich ist, den Weg zu gehen zum wirklichen Fortschritt, zur Demokratie und zum Sozialismus.“⁴ Am Ende dieser als „Figl-Fischerei“ in die Geschichte der Zweiten Republik eingegangenen Episode stand jedoch keine Stärkung der KPÖ zu Lasten der Reaktion, sondern der genau gegenteilige Effekt: Die öffentliche Skandalisierung der Gespräche drängte die KPÖ weiter in die Isolation und fixierte den kommunistischen Oppositionskurs, der im November 1947 in den Austritt aus der Regierung mündete.

Im Mittelpunkt der Gespräche von Ernst Fischer mit führenden Vertretern der ÖVP⁵ stand eine Umbildung der Regierung, aus der die in den Augen der KPÖ reaktionärsten Exponenten ausscheiden sollten. Eine solche Zielsetzung war im Mai bzw. Juni 1947 grundsätzlich nicht neu, hatte doch Ernst Fischer bereits im Dezember 1946 gegenüber einem amerikanischen Diplomaten ganz konkret die Namen der auszutauschenden Personen genannt: Neben dem „eng-



KPÖ-Forderung nach Neuwahlen am 1. Mai 1947 auf der Wiener Ringstraße

stirnigen und unbeweglichen“ Kanzler Figl führte Fischer noch Oskar Helmer (SPÖ), Karl Gruber, Ferdinand Graf und Peter Krauland (ÖVP) an.⁶ Allgemeiner Hintergrund dieser Vorschläge war die kommunistische Kritik an der einseitigen Westorientierung der Regierung, welche die Verhandlungs- und Gesprächsbasis mit der sowjetischen Regierung und damit den Abschluss des Staatsvertrags erschwere.⁷ Gerüchte über eine von den sowjetischen Stellen gewünschte Regierungsumbildung fanden am 1. September und 26. November 1946 auch Eingang in das Tagebuch des späteren Finanzministers und Präsidenten der Nationalbank Eugen Margarétha (ÖVP).⁸ Als es Anfang Jänner 1947 tatsächlich zu kleineren Rochaden in der Regierung kam, aber keiner der kritisierten Minister abtreten musste (Hans Frenzel, Franz Rauscher und Lois Weinberger wurden durch Otto Sagmeister, Karl Mantler und Erwin Altenburger ersetzt), stellte die KPÖ in der Öffentlichkeit klar, dass es keine Parteienverhandlungen über diese Änderungen gegeben habe, sie also – obwohl Regierungspartei – in die stattgefundenen Konsultationen nicht einbezogen worden war.⁹

Nach dem Misserfolg bei der Moskauer Außenministerkonferenz im März und April 1947, die nicht den erhofften Durchbruch in der Frage des Staatsvertrags brachte, verdichteten sich Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt von Außenminister Karl Gruber, der mit Peter Krauland alleine die Verhandlungen geführt hatte. Da die zunächst beabsichtigte Entsendung von Figl, Schärf und von Parteienvertretern nicht zustan-

de gekommen war,¹⁰ waren in Moskau nur der ÖVP angehörende Regierungsmitglieder anwesend. Im Gegensatz zu den Londoner Beratungen der Sonderbeauftragten der Alliierten, an denen im Jänner und Februar 1947 u.a. auch Ernst Fischer im Rahmen einer parlamentarischen Delegation teilgenommen hatte,¹¹ fanden die Moskauer Verhandlungen damit unter Ausschluss der KPÖ statt. Nach dem Rückschlag in den Staatsvertragsverhandlungen, der laut Figl eine „schwere Entmutigung unseres braven, arbeitsfreudigen und freiheitsliebenden Volkes“ zur Folge hatte,¹² standen die Chancen für die KPÖ günstig, aus der daraus resultierenden Krisensituation einen innenpolitischen Nutzen zu ziehen. „Wachsende Unsicherheit, Desorientierung und Unmut prägten die Stimmung in der Bevölkerung“, bilanziert der Historiker Michael Gehler die schwierige innen- und außenpolitische Situation im Sommer 1947 angesichts der wirtschaftlichen Not und des ungeklärten politischen Status’ des Landes.¹³ Nachdem Grubers Außenpolitik in eine offensichtliche Sackgasse geführt hatte, wird in dieser Situation auch ÖVP-Kreisen bewusst geworden sein, dass die kommunistische Kritik an der einseitigen Westorientierung nicht weiter übergangen werden könne. Diese habe „in Moskau Schiffbruch erlitten“, wie Ernst Fischer am 7. Mai 1947 im Nationalrat kritisierte.¹⁴ Nach dem ÖVP-Parteitag im April 1947 war in der Volkspartei bereits deutlich die Rede davon, dass der Außenminister zurücktreten müsse.¹⁵ Gerüchteweise wurde selbst eine weitergehende Kabinettsumbildung, ja sogar der Rück-

tritt von Figl für möglich halten.¹⁶ Eine Regierungsumbildung soll etwa im Parteivorstand der SPÖ – wie die KPÖ in Erfahrung brachte – sogar von Schärf und Helmer zur Diskussion gestellt worden sein.¹⁷

Aussprachen mit Julius Raab und Leopold Figl

Um den 20. Mai 1947 herum vermittelte der Obmann der Handelssektion der Wiener Handelskammer und ÖVP-Nationalrat Rudolf Kristofics-Binder eine Aussprache zwischen Ernst Fischer und dem späteren Bundeskanzler und damaligen Präsidenten des ÖVP-Wirtschaftsbundes Julius Raab, an der auch der Minister für Handel und Wiederaufbau Eduard Heigl und der damalige Nationalratsabgeordnete und spätere Bundeskanzler Alfons Gorbach teilnahmen. Die Initiative hierfür war von Kristofics-Binder im Auftrag von Raab ausgegangen, wie Fischer festhielt.¹⁸ Es ist zwar sicher übertrieben, dass im Hause „des Abgeordneten K.“, wie Karl Gruber unter Berufung auf einen „Ministerkollegen“ (Peter Krauland) schreibt, „regelmäßig Zusammenkünfte von Kommunisten mit wichtigen Persönlichkeiten“ stattgefunden hätten,¹⁹ Kristofics-Binder war der KPÖ aber in der Tat seit über einem Jahr als gesprächsbereit bekannt. So berichtete Karl Altmann, der kommunistische Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, im April 1946 der Parteiführung, dass der ÖVP-Nationalrat „schon öfters Anlehnung gesucht“ und nun erneut um eine Aussprache gebeten habe. In deren Verlauf habe er sich als „ein wirklicher Freund der Verständigung und der Zusammenarbeit [...] mit den Kommunisten“ präsentiert, was er in seinem Wirkungsbereich, der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, auch damit unter Beweis gestellt habe, dass in der Sektion Handel ein Kommunist zum Vizepräsidenten gewählt wurde.²⁰ Kristofics-Binder trat in diesen Jahren auch öffentlich für intensive Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und weiteren osteuropäischen Staaten ein.²¹

Der erste Gedankenaustausch von Fischer mit Raab endete mit dessen Erklärung, dass er vor einer neuerlichen Unterredung die führenden Männer seiner Partei informieren werde. Wenige Wochen später, am 5. Juni 1947, wurde Fischer zu einer Aussprache mit Figl geladen, für die Kristofics-Binder erneut als „Arrangeur“ und Gastgeber fungierte. Für Fischer überraschend nahmen Raab, Heigl und Gorbach daran nicht mehr teil,

dafür aber Figls Sekretär Johann Dorrek und Landwirtschaftsminister Josef Kraus. Ein wesentlicher Inhalt der beiden jeweils mehrstündigen Unterredungen war der Austausch von prononciert antikommunistischen Ministern, wobei konkret Helmer und Gruber genannt wurden. Laut der Darstellung von Fischer hätten sich „führende Männer der österreichischen Wirtschaft“ und der ÖVP angesichts „der verzweifelten Situation, in der sich Österreich befindet“, an ihn gewendet, um zu sondieren, ob ein Austausch von Ministern eine Besserung der Beziehung zur Sowjetunion und eine Wende in den Staatsvertragsverhandlungen einleiten könne. Fischer habe ihnen geantwortet, dass dies vor einem Jahr gereicht hätte, nun seien aber der Rücktritt der gesamten Regierung und Neuwahlen notwendig. Darauf habe Figl mitgeteilt, dass Neuwahlen für die ÖVP nicht vor dem Frühjahr 1948 in Betracht kämen, er selbst aber zum Rücktritt bereit sei.²² Zur Diskussion standen zudem eine verstärkte Einbeziehung der KPÖ und der Eintritt Fischers in die Regierung. Fischer betonte aber, dass er dies erst mit seiner Partei besprechen müsse. Zuletzt brachte Fischer in Erfahrung, dass die bereits vor Wochen beabsichtigte Fühlungnahme der ÖVP mit der SPÖ noch nicht stattgefunden habe, und auch Fischers Frage, „ob diese Zusammenkunft vorher mit amerikanischen Stellen besprochen worden sei, wurde kategorisch verneint“.²³ Die Unterredung endete damit zwar ohne konkretes Ergebnis, Figl sagte Fischer aber zu, „in den nächsten Tagen [...] nach reiflicher Überlegung den Kontakt wieder auf(zu)nehmen“.²⁴

Zu weiteren Aussprachen zwischen ÖVP und KPÖ über die Zukunft der Regierungspolitik sollte es aber nicht mehr kommen, blieb doch der Inhalt des Gesprächs zwischen Figl und Fischer nicht lange geheim. Bereits am 6. Juni 1947 informierte Peter Krauland seinen Ministerkollegen Karl Gruber über die tags zuvor stattgefundenen Zusammenkunft.²⁵ Dieser ging ohne weitere Rücksprache mit dem Kanzler an die Öffentlichkeit. Zunächst setzte Gruber am 7. Juni 1947 die amerikanische Gesandtschaft in Kenntnis, welche die Informationen aufgrund ihrer Bedeutung sogleich an das US-Außenministerium weiterleitete.²⁶ Die wesentlichen Inhalte der kommunistischen Vorschläge waren den Amerikanern zwar zu diesem Zeitpunkt schon bekannt, da sie Ernst Fischer kurz zuvor, am 23. Mai 1947,

auch gegenüber dem US-Offizier Martin F. Herz dargelegt hatte. Gruber und Helmer müssten abgelöst werden, so Fischer, und im Zuge eines „New Deal“ eine stärkere Beteiligung der KPÖ erreicht werden.²⁷ Dass darüber nun aber bereits geheime Gespräche mit führenden Politikern der ÖVP stattgefunden hatten, alarmierte das State Department. Tags darauf war auf der Titelseite der *New York Times* zu lesen: „Austrian Red says Moscow wants new Vienna regime“.²⁸ Am 9. Juni brachte auch der *Wiener Kurier* die Sensationsschlagzeile, dass die Sowjetunion – laut Fischer – zu keinem Abschluss des Staatsvertrags mit dem Kabinett Leopold Figl bereit sei. Was als Sondierung von ÖVP-Kreisen über verschiedene Krisenlösungsmöglichkeiten begonnen hatte, erschien nun in der Öffentlichkeit als Erpressungsversuch der KPÖ, kündigte der *Kurier* doch – unter Berufung auf Fischer – „Repressalien von sowjetischer Seite“ für den Fall an, dass Österreich nicht von seiner Westorientierung abgehe.²⁹

Angesichts dieser „Monsterkampagne“³⁰ des *Wiener Kurier* ging die KPÖ in die Offensive und „enthüllte“ ihrerseits in der *Volksstimme*, dass Figl in der Besprechung sogar seinen Rücktritt in Aussicht gestellt habe.³¹ Die „Lügenmeldung“ des *Kurier* interpretierte das Zentralorgan der Partei als „Gegenschlag Dr. Grubers und seiner amerikanischen Freunde gegen den Versuch [...], aus dem gegenwärtigen völlig verfahrenen Kurs herauszukommen“ auf dem Wege einer „wirkliche(n) Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte Österreichs“ und einer „Politik der Verständigung mit der Sowjetunion“.³² Gruber habe als eine „der österreichischen ‚Marionetten am amerikanischen Draht‘ [...] schleunigst den schändlichen Versuch unternommen, eine solche Wendung zu torpedieren, ehe sie überhaupt noch richtig unternommen worden war“.³³ In der Parlamentsdebatte über die „Figl-Fischerei“ war zwar von einem solchen Rücktrittsangebot seitens des Kanzlers keine Rede, Wochen später gestand Figl aber gegenüber Karl Rankin, einem amerikanischen Verbindungsoffizier, ein, dass er Fischer gefragt habe, ob Österreich mit seiner Demission gedient sei,³⁴ was keinen Zweifel an der Richtigkeit der Darstellung von Ernst Fischer zulässt.

Insgesamt kann über Figls Motivation, mit Fischer zu einer informativen Aussprache über die Regierungspolitik zusammenzutreffen, nur spekuliert werden: Möglicherweise ging es ihm in der Tat

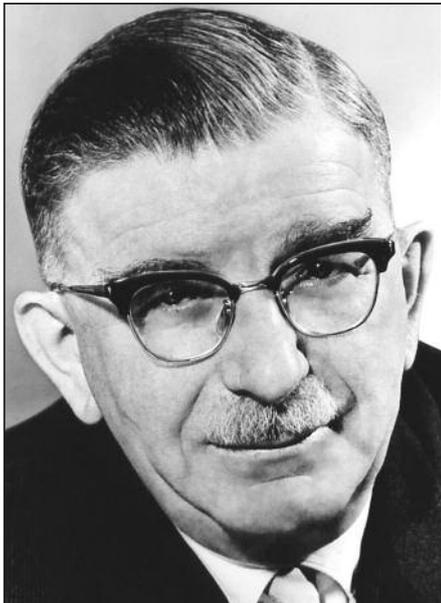


Rudolf Kristofics-Binder (1896–1969), ÖVP-Nationalratsabgeordneter (1945–1949) und Präsident der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie.

nur darum, vor dem Hintergrund der Staatsvertragsverhandlungen die kommunistischen bzw. sowjetischen Absichten herauszufinden. Ebenso wenig ist aber auszuschließen, dass er tatsächlich mit der Überlegung gespielt hat, eine Regierungsumbildung vorzunehmen, um Zugeständnisse seitens der Sowjetunion zu erwirken. Es ist davon auszugehen, dass „Figl bei den Sondierungsversuchen den Wünschen seines Freundes Raab nach dessen und stärkerer kommunistischer Regierungsbeteiligung sowie intensiveren Ostkontakten nachkommen wollte“, wie Michael Gehler in Einschätzung der „Figl-Fischerei“ festhält.³⁵

Beabsichtigte Regierungsumbildung

Um den Geruch der „Geheimdiplomatie“ zu vermindern, war die KPÖ darum bemüht, ihre ohnehin bekannte Neuwahlforderung als zentralen Inhalt der Vorschläge Ernst Fischers darzustellen.³⁶ Gruber hingegen brachte in Erfahrung, dass sich Fischer in der Aussprache mit Figl selbst als Minister in einem Kabinett der „starken Männer“, wie er es bezeichnete, ins Spiel gebracht haben soll. Eine solche Maßnahme würde der Regierung die „volle“ Unterstützung der KPÖ sichern. Neuwahlen würden sich in einem solchen Fall erübrigen und die Regierung könne – mit „besonderen Vollmachten“ ausgestattet – „über Jahre unabhängig vom Parlament regieren“.³⁷ Fischer dementierte diese Variante einer autoritären Regierung und hielt fest, dass er die Frage nach seinem eigenen Eintre-



Leopold Figl (1902–1965), österreichischer Bundeskanzler 1945–1953 (ÖVP).

ten in die Regierung und jene nach dem in Frage kommenden Ressort ausweichend beantwortet habe. Dies gehe „weit über den Rahmen einer unverbindlichen Aussprache“ hinaus und er müsse erst seiner Partei Bericht erstatten.³⁸ In einem Jahre später verfassten, offenbar auf Karl Grubers Erinnerungsbuch gestützten amerikanischen Bericht war davon die Rede, dass Fischer als Außenminister einer neuen Regierung im Gespräch gewesen sei.³⁹ Fischer selbst hingegen berichtet, dass er anstelle von Gruber den Linzer Bürgermeister Ernst Koref (SPÖ) als neuen Außenminister vorgeschlagen habe.⁴⁰ Gruber wiederum informierte unmittelbar nach der Besprechung von Figl mit Fischer seinen Außenamtsbeamten Heinrich Wildner unter Berufung auf Krauland, dass „von der Bestellung eines kommunistischen *Staatssekretärs* im Außenamt die Rede gewesen sei“.⁴¹

Weitere Namen, die von Ernst Fischer für den Fall einer Regierungsumbildung genannt wurden, waren Reinhard Machold (Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark, SPÖ), Heinrich Gleißner (Landeshauptmann von Oberösterreich, ÖVP), der ehemalige Handelsminister (1936–1938) und spätere ERP-Beauftragte der Regierung Wilhelm Taucher sowie der Grazer Universitätsrektor Josef Dobretsberger,⁴² der in den folgenden Jahren in der Bündnispolitik der KPÖ eine wesentliche Rolle spielen sollte, etwa im Rahmen der österreichischen Friedensbewegung (ab 1949) oder des Wahlbündnisses *Österreichische Volksoption* (ab 1952). Diese Tatsache ist wohl auch der Grund für die in der Forschungsliteratur anzutreffende

Behauptung, dass Fischer Dobretsberger als neuen Kanzler ins Spiel gebracht habe,⁴³ obwohl eine solche Annahme – abgesehen von Karl Grubers Darstellung aus dem Jahr 1953⁴⁴ – durch keine Quelle gedeckt ist. Dobretsberger war 1946 aus dem Exil nach Österreich zurückgekehrt und stand seither – wie aus sowjetischen Berichten bekannt ist – mit der KPÖ in Verbindung, um perspektivisch einen linksoppositionellen Flügel in der ÖVP zu organisieren.⁴⁵ Im Kontext der „Figl-Fischerei“ brachte Karl Renner aus einer „Informationsquelle“ in Erfahrung, dass in Graz Besprechungen von Dobretsberger mit Otto Fischer, dem Bruder Ernst Fischers stattgefunden hätten.⁴⁶ Zu bedenken ist aber, dass Dobretsberger bis zum Juni 1947 innenpolitisch kaum in Erscheinung getreten war. Es war ein – der späteren Entwicklung Dobretsbergers geschuldetes – Manöver von Gruber, diesen in seinem 1953 erschienenen „Abrechnungsbuch“ als verhinderten Kanzlerkandidaten des Jahres 1947 hinzustellen. Zeitgenössisch hatte Dobretsberger in den Auseinandersetzungen um die „Figl-Fischerei“ – über die bloße Nennung seines Namens in der Parlamentsrede von Ernst Fischer hinaus – keine Rolle gespielt. Überdies hätte sich Fischer mit dem „größtenwahnsinnigen“ Vorschlag, einen als linksoppositionell geltenden bürgerlichen Universitätsprofessor zum neuen ÖVP-Kanzlerkandidaten zu „nominieren“, gegenüber Figl geradezu lächerlich gemacht. Obwohl Fischer betonte, dass er kein „Regierungsmacher“ sei und nur seine persönliche Meinung vortrage,⁴⁷ hätte er sich damit als seriöser Gesprächspartner über eine tatsächliche Regierungsumbildung im Sinne der KPÖ geradezu diskreditiert. Amerikanischen Berichten zufolge soll Fischer zuletzt auch Leopold Figl, Adolf Schärf und Peter Krauland als untragbar bezeichnet haben, was erneut durch keine weiteren Quellen eine Bestätigung findet, jedoch in der Forschung oft genug hervorgestrichen wird. Informant der Gesandtschaft war auch hier Karl Gruber.⁴⁸

Unterhändler der Sowjetunion?

In bisherigen Darstellungen dieser „wohl geheimnisvollsten Politaffäre der jungen Zweiten Republik“⁴⁹ wird darüber spekuliert, inwieweit Ernst Fischer von der KPÖ zu den Gesprächen bevollmächtigt worden war. Laut Fischers Memoiren habe das Polbüro – korrekterweise das „Politische Sekretariat“ – der KPÖ seine Unterredungen mit Raab und



Karl Gruber (1909–1995), österreichischer Außenminister 1945–1953 (ÖVP).

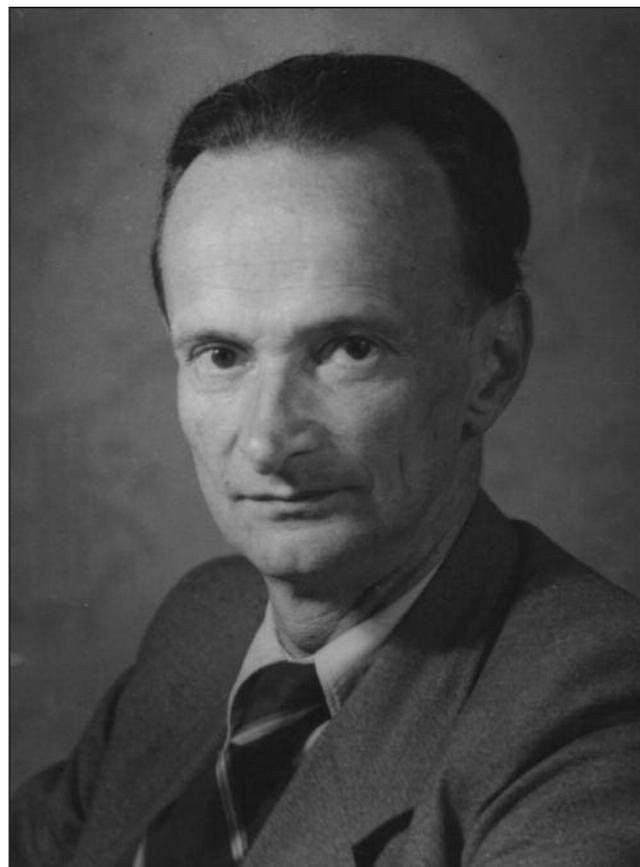
Heinl „gebilligt“, was nahelegt, dass er die Parteiführung erst im Nachhinein davon in Kenntnis gesetzt hat.⁵⁰ Dies wird durch das Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats, des operativen Führungsgremiums der Partei, am 23. Mai 1947 bestätigt: Nach „einer längeren Diskussion“ wurden hier die Informationen von Fischer zur Kenntnis genommen und gleichzeitig „vorgeschlagen, die unverbindlichen Besprechungen fortzusetzen, in denen betont werden soll, dass die entscheidenden Voraussetzungen zu einer grundlegenden Wendung die Durchführung von Neuwahlen sind“.⁵¹ Damit erledigen sich auch die auf einen sowjetischen Bericht gestützten Annahmen, wonach Fischer in den Gesprächen mit der ÖVP insgesamt ohne Wissen der KPÖ-Führung agiert habe.⁵² Fest steht, dass Fischer durch diesen Beschluss des Politsekretariats mit einem „Verhandlungsmandat“ der KPÖ-Führung ausgestattet war. Es kann also durch ein in der Forschungsliteratur zitiertes Dokument aus dem Parteiarchiv der KPdSU letztlich nicht bewiesen werden, dass es sich bei der „Figl-Fischerei“ um eine „Eigenaktion Fischers“ gehandelt habe, wie in neueren Forschungen behauptet wird.⁵³ Es ist dies – nebenbei bemerkt – nicht das einzige Beispiel dafür, dass das von den verschiedenen sowjetischen Stellen über die KPÖ angefertigte Quellenmaterial nicht immer zuverlässig ist, was zumeist mit der fehlenden Innenkenntnis der Sowjets bzw. schlichtweg mit ihrem Desinteresse an der KPÖ zu tun hatte. So bezieht sich die sowjetische Feststellung, dass Fischer „ohne Wissen oder Erlaubnis des ZK der

KPÖ“ mit der „Regierung“ in Verhandlungen getreten sei, allenfalls auf die Tatsache, dass er die Einladung von Kristofics-Binder, mit Raab und Heindl zusammenzutreffen, offenbar ohne Rücksprache mit der engeren KPÖ-Führung angenommen hatte. Spätestens ab dem 23. Mai 1947 war diese jedoch über die Sondierungen informiert und billigte auch deren Fortführung.

Für die österreichischen Politiker und die Westalliierten war die Kernfrage aber weniger, ob Ernst Fischer in Eigenregie oder im Auftrag der KPÖ gehandelt habe, sondern ob er über verlässliche Informationen oder gar Aufträge seitens der sowjetischen Besatzungsmacht verfügte.⁵⁴ So ließ Karl Gruber am 7. Juni 1947 ein Schreiben an den Politischen Vertreter der Sowjetunion in Wien Jewgenij Kiselew aufsetzen, mit dem er offensichtlich auf eine Diskreditierung Fischers abzielte: Dieser hätte bei den Gesprächen den Eindruck erweckt, „dass ihm vertrauliche Informationen von Seiten der sowjetruss. Regierung zur Verfügung stünden“, aus denen hervorgehe, dass diese „nicht daran denke, einen Vertrag mit Österreich abzuschließen, solange sich die gegenwärtige Regierung im Amte befinde“. Da diese „Auslassungen von Herrn Fischer“ künftige Besprechungen mit amtlichen sowjetrussischen Vertretern belasten würden, äußerte Gruber seine „Überzeugung, dass sich die sowjetrussische Regierung für die Weitergabe von Mitteilungen an die österr. Bundesregierung ausschließlich ihres amtlichen Vertreters bedient“. Nach Rücksprache mit Kanzler Figl unterblieb jedoch die Absendung dieses Schreibens.⁵⁵ Fischer wiederum wies in der Nationalratsdebatte den Vorwurf zurück, im Einvernehmen mit der Sowjetunion gehandelt zu haben und lehnte auch das in der zweiten Aussprache von Johann Dorrek an ihn herangetragene Ansinnen ab, bei den „Russen“ vorzufühlen, was eine Regierungsumbildung bewirken könnte, da er nicht in die Rolle eines „Maklers“ und „Zwischenhändlers“ hineingeraten wollte.⁵⁶ In einer persönlichen Aussprache bei Gruber dementierte auch Kiselew, dass Fischer irgendwelche Aufträge erhalten habe.⁵⁷ Wenngleich Gerald Stourzh es als unklar einschätzt, „ob bzw. wie direkt oder indirekt die sowjetische Führung hinter den von Fischer gesuchten Kontakten stand“,⁵⁸ kann es doch als gesichert angesehen werden, dass Fischer nicht auf Geheiß der Sowjetunion entsprechende Vorschläge unterbreitet hat. „Unwahr ist ganz be-

stimmt, daß Fischer erklärt hätte, die Sowjetunion wird mit der Regierung Figl keinen Vertrag abschließen, das hat Fischer bestimmt nicht gesagt“, war sich in diesen Tagen auch Vizekanzler Adolf Schärf in einem Schreiben an Walter Wodak, den österreichischen Sozial- und Presseattaché in London, im Klaren.⁵⁹

Ungeachtet der Tatsache, dass Ernst Fischer nicht als Unterhändler der Sowjetunion agierte, kann aber von einem Konsens zwischen Sowjetunion und KPÖ ausgegangen werden, dass zur Einleitung eines Politikwechsels in Österreich sowohl Massenaktivitäten als auch die Ausnutzung solcher Möglichkeiten zweckmäßig waren, die aus der Gesprächsbereitschaft von führenden Politikern der anderen beiden Parteien resultierten. Unstrittig wird auch gewesen sein, dass außerparlamentarischer Druck und Verhandlungen über mögliche Regierungsumbildungen nicht „zwei für die KPÖ mögliche Alternativen“,⁶⁰ sondern zwei Seiten einer einheitlichen Orientierung waren, war es doch eine geradezu „leninistische“ Taktik, Widersprüche in den Reihen des Gegners zur Erhöhung des eigenen politischen Einflusses auszunutzen. Insofern ist auch nicht der Einschätzung Wolfgang Muelers zuzustimmen, wonach die Initiative Ernst Fischers „in ihrer Stoßrichtung [...] nicht der zu diesem Zeitpunkt bereits auf Klassenkampf, Destabilisierung und Bekämpfung der Regierung von der Straße aus gerichteten sowjetischen Strategie“ entsprach.⁶¹ Der von der KPÖ forcierte „Druck der Straße“ zielte in Wahrheit geradezu darauf ab, die Verhandlungsposition der KPÖ auf höherer Ebene und ihren Einfluss in Regierung und Parlament zu stärken. So wie den großen kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich, die bereits im Mai 1947 aus den Regierungen verdrängt worden waren, ging es auch der KPÖ um eine „dualistische Strategie“, in deren Rahmen „inner- und außerparlamentarische



Ernst Fischer (1899–1972), Staatssekretär für Volksaufklärung (1945) und Nationalratsabgeordneter (1945–1959)

Taktiken miteinander abgestimmt wurden“. Die Massenmobilisierung wurde mit der Absicht kombiniert, die verlorengegangenen Positionen in der Regierung wiederzugewinnen und die Präsenz im Parlament zu verstärken.⁶²

Vor diesem Hintergrund ist die so genannte „Figl-Fischerei“ schwerlich als Versuch der KPÖ zu interpretieren, die Koalition von ÖVP und SPÖ „zu sprengen“, wie Manfred Rauchensteiner einschätzt.⁶³ Die „Figl-Fischerei“ war – und dies wird durch alle zur Verfügung stehenden Quellen bestätigt – kein von der KPÖ eingefädelter Versuch, die Figl-Regierung zu Fall zu bringen. Nicht zu Unrecht resümierte Erwin Zucker-Schilling – damals Chefredakteur der *Volksstimme* – Jahre später, dass Fischer den ÖVP-Politikern de facto keine anderen Vorschläge unterbreitet habe, als jene, die täglich im kommunistischen Zentralorgan zu lesen waren.⁶⁴ Es war die allseits bekannte strategische Perspektive der Partei, die „reaktionären Kräfte“ in ÖVP und SPÖ zurückzudrängen, nicht jedoch auf dem Wege eines taktischen Schachzuges oder „Coups“, sondern auf dem Wege von Neuwahlen. Darüber hinaus wird sie sich aber gewiss Überlegungen nicht verschlossen haben, auf dem Wege einer Regierungsumbildung zu einer Stärkung des kommunistischen

**Wer waren die
Österreichischen Verhandlungs-Partner
des Kommunistenführers Ernst Fischer?
Figl, Kraus, Heindl, Raab! Vergiß das nicht!
Wähle die Sozialistische Partei**

SPÖ-Plakatstreifen zu den Nationalratswahlen des Jahres 1949

Einflusses zu gelangen, zumal eine solche Option ganz offensichtlich von der ÖVP an sie herangetragen wurde und nicht umgekehrt.

Innenpolitischer Wendepunkt

Eine fatale Wirkung für die KPÖ hatten die internationalen Rahmenbedingungen der Affäre: So wurde in Ungarn Ende Mai 1947 – zwischen den beiden Unterredungen von Ernst Fischer mit den ÖVP-Politikern – der Vorsitzende der *Partei der Kleinen Landwirte* Ferenc Nagy zum Rücktritt gezwungen und die kommunistische USAP gewann an Einfluss. Vor dem Hintergrund dieser faktischen Machtübernahme der ungarischen KP bezeichnete es Fischer in seinen Memoiren als „unverzeihliche Dummheit“, auf Verlangen der ÖVP überhaupt an der zweiten Aussprache mit Figl teilgenommen zu haben.⁶⁵ Auch Schärf schrieb zwei Wochen später an seinen Parteifreund Wodak in London, dass die Wirkung der „Figl-Fischerei“ angesichts der „bekannten Ereignisse in Ungarn [...] furchtbar“ gewesen sei.⁶⁶ In einem Polizeibericht war zu lesen, dass viele „für Österreich ein ähnliches Schicksal befürchten“.⁶⁷ In der Wahrnehmung der österreichischen Öffentlichkeit wurde zwar eine Parallele zu den Ereignissen in Ungarn hergestellt, realpolitisch war ein solcher Zusammenhang aber nicht gegeben. Selbst eine umgebildete Regierung mit den SPÖ-Ministern Reinhard Machold und Ernst Koref anstelle von Oskar Helmer und Karl Gruber wäre schwerlich als Schritt einer „Volksdemokratisierung“ Österreichs zu werten gewesen.

Die ÖVP wiederum, die mit den Gesprächen beabsichtigt hatte, über „private“ KPÖ-Kanäle Informationen über die sowjetische Österreichpolitik zu erhalten, drehte nun – um sich aus der Affäre zu ziehen – den Spieß um: Die Partei habe herausgefunden, so der Wiener Vizebürgermeister und ÖAAB-Obmann Lois Weinberger Mitte Juni

1947, dass die KPÖ einen Kurs einschlagen wolle, „der am Ende in der Sackgasse Ungarns enden müsste“. Seine Schlussfolgerung war: „Keinerlei Verhandlungen mit den Totengräbern der Demokratie“ und „keine Gespräche mit den geschworenen Feinden Österreichs“.⁶⁸ In der Wahlkampfretorik des Kalten Krieges schrieb es sich zwei Jahre später die SPÖ als ihr Verdienst zu, dass Österreich nicht „dem Ansturm der ‚Volksdemokratien‘ erlegen“ sei, während die ÖVP „nach dem Fall Ungarns [...] knieschlotternd und feige“ mit der KPÖ „über eine Unterwerfung“ verhandelt habe.⁶⁹ Der KPÖ sei es um eine „prävolksdemokratische Koalition unter Ausschaltung der Sozialisten“ gegangen, schrieb Josef Toch in den 1960er Jahren wider besseren Wissens, zielten doch die Vorschläge der KPÖ in Wahrheit auf die Ersetzung von Karl Gruber durch einen SPÖ-Kandidaten ab.⁷⁰ Was dabei ebenso unerwähnt blieb und in der zeitgenössischen Auseinandersetzung keine Rolle spielte, war die Tatsache, dass Ernst Fischer Ende Mai 1947 auch gegenüber dem SPÖ-Politiker Julius Deutsch seine Vorschläge vorgebracht hatte. Fischer soll – wie die US-Vertretung vertraulich in Erfahrung brachte – Deutsch versichert haben, dass genügend ÖVP-Vertreter gewonnen werden könnten, um zusammen mit der SPÖ eine Mehrheit für eine sowjetfreundlichere Regierung zu finden.⁷¹

Langfristig betrachtet wurde durch die geheimen Verhandlungen zwischen ÖVP und KPÖ paradoxerweise nicht das Misstrauen zwischen ÖVP und SPÖ beflügelt, sondern beide Parteien rückten in ihrer antikommunistischen Grundhaltung noch enger zusammen. Nicht Karl Gruber, den Ernst Fischer – ohne dessen Namen zu nennen – in der Sitzung des Nationalrats als „Schuldigen“ der Affäre erkannte, wurde desavouiert und „aus der österreichischen Politik hinausgeschmissen“, weil er mit Hilfe amerikanischer Stellen eine innenpoliti-

sche Intrige gestartet hatte, sondern Fischer selbst erschien in der Öffentlichkeit „als Überbringer des Ultimatums einer ausländischen Macht“.⁷² Damit war die von den Briten richtig erkannte kalkulierte Indiskretion („calculated indiscretion“) von Gruber zur Diskreditierung der KPÖ voll aufgegangen. Die Kommunisten waren die „chief losers“⁷³ der „Figl-Fischerei“. Hatte sich für die KPÖ zunächst unverhofft ein von der ÖVP geöffnetes Fenster für erweiterte Einflussmöglichkeiten aufgetan, fand sie sich am Ende der Affäre im politischen „Out“ wieder. Die einseitige Westorientierung von ÖVP und SPÖ und die Ausgrenzung der KPÖ aus der Regierungspolitik waren zwar bereits in den Monaten davor als dominierender Grundzug der österreichischen Politik deutlich geworden. Die für die KPÖ wesentlichste Konsequenz der „Figl-Fischerei“ bestand nun aber darin, dass sich künftig keine Möglichkeit mehr bieten sollte, diese Konstellation aufzuweichen. Die „außenwirtschaftliche und außenpolitische Westorientierung“ der beiden großen Regierungsparteien wurde „unumkehrbar“, wie Michael Gehler die Ereignisse resümiert.⁷⁴ Die SPÖ etablierte sich als Folge der „Figl-Fischerei“ als „zuverlässigster Partner der Amerikaner“, so der Grazer Historiker Peter Ruggenthaler.⁷⁵

Die Gespräche im Mai und Juni 1947 über eine stärkere Einbeziehung der KPÖ in die Regierungsgeschäfte stellen den letzten realistischen Versuch der KPÖ dar, auf der Ebene des Parteienbündnisses einen außenpolitischen Kurswechsel und eine innenpolitische Wende im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Perspektive einzuleiten, um die Option einer friedlichen Entwicklung zum Sozialismus zumindest offen zu halten. Nach der Skandalisierung der Gespräche wurde unübersehbar, was de facto seit dem 25. November 1945 festgestanden war, nämlich dass für eine dahingehende Zusammenarbeit jede Grundlage fehlte. Auch in der Forschungsliteratur wird hervorgehoben, dass Gespräche zwischen Regierungspartnern üblicherweise ein „alltägliches Phänomen“ seien, im Falle der KPÖ, die von ihren Partnern „als Aussätziger“ behandelt wurde, wurden sie aber zu einem Skandal.⁷⁶ Im Lichte des Kalten Krieges und der antikommunistischen Zuspitzung wurde bereits eine informative Aussprache mit der KPÖ als „Landesverrat“ gewertet und tabuisiert: „Mit Kommunisten sollte nicht geredet, sie

sollten bekämpft werden“, resümiert der Salzburger Historiker Ernst Hanisch die „Figl-Fischerei“. ⁷⁷ Es dauerte schließlich nur noch etwas mehr als fünf Monate, bis die Konzentrationsregierung und damit der im April 1945 begründete antifaschistische Konsens auch formal zerbrachen.

Anmerkungen:

1/ Mugrauer, Manfred: „Nur eine schwache Verantwortung...“. Die KPÖ in den Regierungsverhandlungen im Dezember 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 4, S. 8–14, hier S. 12.

2/ Mugrauer, Manfred: „Kindische Mätzchen von Saboteuren“. Die erste politische Massenkundgebung der Zweiten Republik am 5. Mai 1947, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 2, S. 11–14.

3/ Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, hg. von der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ. Wien: Globus Verlag ²1989, S. 358.

4/ Zentrales Parteiarhiv (ZPA) der KPÖ, Protokoll des 3. ZK-Plenums der KPÖ am 17.1.1947, Beilage 1: Referat von Friedl Fürnberg: Die politische Lage, S. 32.

5/ Der Verlauf der Gespräche ist in der Memoiren- und Forschungsliteratur bereits mehrfach dargestellt worden: Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien: Ullstein 1953, S. 164–175; Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien, München, Zürich: Molden 1973, S. 213–230; Leidenfrost, Josef: Die amerikanische Besatzungsmacht und der Wiederbeginn des politischen Lebens in Österreich 1944–1947. Dissertation Universität Wien 1986, S. 789–808; Rauchensteiner, Manfred: Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1987, S. 95–103; Gehler, Michael: „... this nine days wonder“? Die „Figl-Fischerei“ von 1947. Eine politische Affäre mit Nachspiel, in: ders./Sicking, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur: Kulturverlag 1995, S. 346–381; Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. Wien, Köln, Graz: Böhlau Verlag ⁵2005 (Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 62), S. 104–106; Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2005.

6/ National Archives and Records Administration (NARA), RG 84, Box 2360, File 810 to 881, Secret Material 1946, Depesche 2138 von John Erhardt an das State Department, Interview mit Ernst Fischer, 6.12.1946, zit. nach: Leidenfrost: Die amerikanische Besatzungsmacht, S. 705.

7/ Neuwahlen der Weg zur Souveränität. Ernst

Fischer über den Bankrott der einseitigen Westorientierung, in: *Österreichische Volksstimme*, 6.12.1946, S. 1–2.

8/ Brusatti, Alois: Zeuge der Stunde Null. Das Tagebuch Eugen Margaréthas 1945–1947, hg. vom Julius-Raab-Gedenkverein. Linz: Verlag Rudolf Trauner 1990, S. 222 und 235.

9/ Ohne Neuwahlen keine Lösung. Zu den Veränderungen in der Regierung, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.1.1947, S. 1.

10/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 5: 18. Februar 1947 bis 6. Mai 1947. Wien: Verlag Österreich 2011, S. 150.

11/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 4: 21. November 1946 bis 11. Februar 1947. Wien: Verlag Österreich 2006, S. 320; Fischer: Das Ende einer Illusion, S. 205–209, hier S. 205.

12/ Stenographisches Protokoll. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 7.5.1947, S. 1407.

13/ Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 346.

14/ Stenographisches Protokoll. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 7.5.1947, S. 1418–1426, hier S. 1420 und 1425; Fischer, Ernst: Der Staatsvertrag, in: *Österreichische Volksstimme*, 8.5.1947, S. 1–2, hier S. 1.

15/ Vgl. Rauchensteiner: Die Zwei, S. 98.

16/ Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 346.

17/ Vgl. ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 7: Friedl Fürnberg, S. 1f.

18/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volksstimme*, 10.6.1947, S. 1; Stenographisches Protokoll. 54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 11.6.1947, S. 1475–1481, hier S. 1475f.; Abg. Ernst Fischer: In jedem demokratischen Land müßte die Regierung zurücktreten, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.6.1947, S. 1–2.

19/ Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 164.

20/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 26.4.1946, S. 1 und 3f. Gemeint war der Großkaufmann Paul Urban (Gewerbetreibende – kommunistische Kandidaten, in: *Pressedienst des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs*, Nr. 7, 17.11.1945, S. 5).

21/ Kristofics-Binder: Wiens Handel tendiert nach dem Osten, in: *Wiener Kurier*, 15.6.1946, S. 13.

22/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volksstimme*, 10.6.1947, S. 1; Fischer, Ernst: Regierung Figl-Schärf – wie lange noch? Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 3), S. 4 und 9.

23/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volks-*

stimme, 10.6.1947, S. 1.

24/ ZPA der KPÖ, Bericht von Ernst Fischer über die Aussprachen mit der ÖVP, o.D. [Juni 1947], S. 3. In diesem unmittelbar nach den Enthüllungen am 7. Juni 1947 geschriebenen internen Bericht finden sich keinerlei Fakten, die von Ernst Fischers Bericht in der *Volksstimme* abweichen, was als Beleg für die Authentizität der darin enthaltenen Informationen gewertet werden kann.

25/ Vgl. „Man ist noch immer nervös. Wir sind sehr scharf bewacht.“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1947, hg. vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. Wien: Eigenverlag 2015, S. 76f.

26/ The Chargé in Austria (Karl Rankin) to the Secretary of State, 7.6.1947, in: *Foreign Relations of the United States 1947, Volume II: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria*. Washington D.C.: United States Government Printing Office 1972 (Department of State Publication, Vol. 8530), S. 1182–1183, hier S. 1182.

27/ Despatch: The Chargé d'Affaires K. L. Rankin to the Secretary of State, No. 3145, 29.5.1947, Subject: Interview with Ernst Fischer, Communist Leader, Dok. Nr. 40 in: Wagnleitner, Reinhold (Hg.): *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz*. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948. Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verlag 1984 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 198–200, hier S. 198f.

28/ Zit. nach: Leidenfrost: Die amerikanische Besatzungsmacht, S. 796.

29/ Nationalrat Ernst Fischer: Rußland will keinen Staatsvertrag mit dem derzeitigen Kabinett Figl, in: *Wiener Kurier*, 9.6.1947, S. 1.

30/ Gärtner, Heinz: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei. Wien: Universitäts-Verlagsbuchhandlung Wilhelm Braumüller 1979 (Studien zur österreichischen und internationalen Politik, Bd. 3), S. 79.

31/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volksstimme*, 10.6.1947, S. 1.

32/ Krise in der Regierung. Außenminister Dr. Gruber – Mitarbeiter amerikanischer Agenturen, in: *Österreichische Volksstimme*, Sonderausgabe, 10.6.1947, S. 1.

33/ Der Kurs der Marionetten, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.6.1947, S. 1–2, hier S. 1.

34/ NARA, RG 263, Despatch No. 3217, Box 185, American Legation, Vienna, Counselor of Legation Karl Rankin an Secretary of State, 27.6.1947, zit. nach: Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 367.

35/ Ebd., S. 380.

36/ Fürnberg, Friedl: „Zwischenlösung“, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 7/8, S. 473–480, hier S. 477.

37/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt Auswä-

- tiges Amt, Sektion II-pol, Kt. 54, Zeichen Österreich 3, GZI. 111.546-pol/47 v. 14.6.1947, Politische Debatten im Anschluss an die Konversationen im Hause Kristofics-Binder, hierin: Karl Gruber an Jewgenij Kiselew, o.D. [Juni 1947], Konzept, S. 1.
- 38/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volksstimme*, 10.6.1947, S. 1
- 39/ NARA, RG 59, 763.00/11-1353, Despatch No. 719, Box 3916, American Embassy, Vienna, Charles W. Yost an State Department, 13.11.1953, Subject: Brief Outline of Foreign Minister Gruber's Book „Zwischen Befreiung und Freiheit“ – Between Liberation and Freedom – and reaction to its publication, zit. nach: Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 376; Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 164.
- 40/ Fischer: Das Ende einer Illusion, S. 220 und 223.
- 41/ „Man ist noch immer nervös. Wir sind sehr scharf bewacht.“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1947, S. 76 (Hervorhebung M.M.).
- 42/ Stenographisches Protokoll. 54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 11.6.1947, S. 1475–1481, hier S. 1476.
- 43/ Mueller: Die sowjetische Besetzung in Österreich, S. 192; Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besetzung. Wien: Edition Steinbauer 2005, S. 119.
- 44/ Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 165.
- 45/ Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI) 17/128/910/195–210, Michail E. Koptelow an den stellvertretenden Leiter der Außenpolitischen Abteilung der VKP(b) Alexander S. Paniuschkin, 18.10.1946, und Beilage: Niederschrift des Oberassistenten des Politberaters des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission für Österreich, Georgij N. Dsiubenko, über die Besprechung bei Generaloberst Wladimir W. Kurassow mit der KPÖ-Führung [am 16.9.1946], Dok. Nr. 36 in: Mueller, Wolfgang u.a. (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2005 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Historische Kommission, Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen, 2. Abteilung: Diplomataria et Acta, Bd. 93), S. 307–333, hier S. 331.
- 46/ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Nachlass Oskar Helmer, Kt. 2, Mappe 14, Karl Renner an Oskar Helmer, 20.6.1947.
- 47/ ZPA der KPÖ, Bericht von Ernst Fischer über die Aussprachen mit der ÖVP, o.D. [Juni 1947], S. 2f.
- 48/ The Chargé in Austria (Karl Rankin) to the Secretary of State, 7.6.1947, in: Foreign Relations of the United States 1947, Volume II, S. 1182–1183, hier S. 1182; NARA, RG 84, Box 2355, File 800 Austria, Memorandum von Edwin Kretzmann, Subject: Interview mit Leopold Figl, 9.6.1947, zit. nach: Leidenfrost: Die amerikanische Besatzungsmacht, S. 798.
- 49/ Mueller: Die sowjetische Besetzung in Österreich, S. 191.
- 50/ Fischer: Das Ende einer Illusion, S. 215.
- 51/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 23.5.1947, S. 2.
- 52/ Mueller: Die sowjetische Besetzung in Österreich, S. 192, Anm. 290.
- 53/ Ruggenthaler, Peter: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55, in: Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besetzung 1945–1955. Beiträge. Graz, Wien, München: Oldenbourg Verlag 2005 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 4), S. 650–726, hier S. 668, sowie die dortige Quelle RGASPI 82/2/117/22f., Charakteristik Ernst Fischers, vorgelegt von Wjatscheslaw Molotow.
- 54/ The Chargé in Austria (Karl Rankin) to the Secretary of State, 7.6.1947, in: Foreign Relations of the United States 1947, Volume II, S. 1182–1183, hier S. 1182f.
- 55/ ÖStA/AdR, BKA AA, Sektion II-pol, Kt. 54, Zeichen Österreich 3, GZI. 111.546-pol/47 v. 14.6.1947, Politische Debatten im Anschluss an die Konversationen im Hause Kristofics-Binder, hierin: Karl Gruber an Jewgenij Kiselew, o.D. [Juni 1947], Konzept, S. 1f.
- 56/ Stenographisches Protokoll. 54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 11.6.1947, S. 1479.
- 57/ Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 169.
- 58/ Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 105.
- 59/ Adolf Schärf an Walter Wodak, 16.6.1947, in: Wagnleitner, Reinhold (Hg.): Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlaß Walter Wodaks 1945–1950. Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verlag 1980 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 3), S. 439–440, hier S. 440.
- 60/ Mueller: Die sowjetische Besetzung in Österreich, S. 193.
- 61/ Ebd.
- 62/ Lodevole, Matteo: Die Streiks in Westeuropa im Jahr 1947: Eine Neubewertung angesichts neuer und alter Belege, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010. Berlin: Aufbau-Verlag 2010, S. 15–29, hier S. 23.
- 63/ Rauchensteiner, Manfred: „Die Zwei“: Die Große Koalition 1945–1966 mit einem Ausblick, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden. Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 1997, S. 259–282, hier S. 270, ähnlich ders.: Stalinplatz 4, S. 120.
- 64/ Zucker-Schilling, Erwin: Geborstene Säulen. Erinnerung aus aktuellem Anlaß, in: *Weg und Ziel*, 38. Jg. (1980), Nr. 12, S. 427–428, hier S. 428.
- 65/ Fischer: Ende einer Illusion, S. 224.
- 66/ Adolf Schärf an Walter Wodak, 16.6.1947, in: Wagnleitner (Hg.): Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik, S. 439–440, hier S. 439.
- 67/ Bundespolizeidirektion Wien, Monatsbericht für Juni 1947, in: Schembor, Friedrich Wilhelm: Polizeiliche Situationsberichte für die Jahre 1947 und 1948, in: Studien zur Wiener Geschichte. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, Bd. 61. Wien: Verein für Geschichte der Stadt Wien 2005, S. 153–292, hier S. 180–184, Zitat S. 180.
- 68/ Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte, Nachlass 42, Lois Weinberger, Do 613, Mappe E10, Protokoll des 4. Wiener Landesparteirats der ÖVP am 13.6.1947, S. 2f.
- 69/ Hannak, Jacques: Vier Jahre Zweite Republik. Ein Rechenschaftsbericht der Sozialistischen Partei. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1949, S. 9f. Zur SPÖ-Polemik siehe auch: Was ist die Wahrheit?, hg. von der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1947] (Sozialistische Hefte, Folge 21).
- 70/ Toch, Josef: Enklave KPÖ, in: Hannak, Jacques (Hg.): Bestandaufnahme Österreich 1945–1963. Wien, Hannover, Bern: Forum-Verlag 1963, S. 63–82, hier S. 71.
- 71/ NARA, RG 263, Control 5823, Box 185, Secret Report von Karl Rankin an Secretary of State, 17.6.1947, zit. nach: Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 365.
- 72/ Stenographisches Protokoll. 54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 11.6.1947, S. 1475–1481, hier S. 1480f.
- 73/ Public Record Office, Foreign Office 1020/1158, 11572, Secret Note for High Commissioner regarding Political Crises, 16.6.1947, zit. nach: Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 366.
- 74/ Ebd., S. 380f.; ders.: Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, S. 24.
- 75/ Ruggenthaler: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde, S. 667.
- 76/ Pelinka, Anton: Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur, in: Bischof, Günter/Stiefel, Dieter (Hg.): „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien: Ueberreuter 1999, S. 249–260, hier S. 254.
- 77/ Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien: Ueberreuter 1994 (Österreichische Geschichte 1890–1990), S. 417.

1968 im Westen und Österreich

Überlegungen zu Mythos und Realität

KARL WIMMLER

Man hat es seit Jahresbeginn mancherorts erlebt: 50 Jahre nach diesem ominösen Jahr wuchern die seltsamsten Geschichten, werden seit Jahren verbreitete fragwürdige Behauptungen aufgewärmt, wird ein dunkler Schleier über das gezogen, was damals Wirklichkeit war. Auf dass niemand verstehe, was dieses Jahr bedeutet haben könnte, was sich mit diesem Jahr verbindet; was damals tatsächlich vor sich ging. Ein unspektakuläres Beispiel fand sich in der *Wiener Zeitung*, der zufolge „eine geläufige Selbstdeutungsfloskel behauptet“ habe, dass die „Altersgruppe“ der 68er „an den Schlaf der Welt rührte“. ¹ – Die „Floskel“ war damals bereits fast 40 Jahre alt und stammt aus dem Gedicht „Lenin“ von Johannes R. Becher. Und lange vor 1968 schrieb Hanns Eisler die Musik dazu. – Pure Erfindung!

Zur allseitigen Verwirrung trugen und tragen sowohl Akteure, mehr aber noch Mitläufer und Profiteure damaliger Entwicklungen bei, die nichts Besseres zu tun wissen als – ähnlich den von ihnen verachteten Kameradschaftsbündlern – ein Mysterium der Verklärung über ihre eigene Jugend vorzuführen. Naturgemäß ist niemand, der damals jung war, davor gefeit zu idyllisieren, manches, nicht zuletzt eigene Aktivitäten, zu überschätzen oder gar zu heroisieren. Es empfiehlt sich jedenfalls, genau hin- und nachzuschauen. Ich warne hierbei durchaus auch mich selbst. Beim Mordanschlag auf Dutschke in West-Berlin war ich knapp 15 Jahre alt.

Andererseits hörte man in der Vergangenheit schon bald auch die Stimmen jener, die „damals“ aktiv waren und in der Folge mit Zerknirschung ihr eigenes Handeln als „Verirrung“ bedauerten, um „den 68ern“ bald jene „Fehler“ anzulasten, die sie – manchmal gar führend – selbst begangen hatten. Oder gar den Spieß umdrehten, um „68“ in die Nazi-Ecke zu stellen. ² Nicht selten sind es gerade jene, nennen wir sie Renegaten, die auch noch verstummen, wenn – wie es in den letzten Jahrzehnten seitens eines reaktionären Rollback immer häufiger geschah – eine Welle der Gegenaufklärung auch durch unser Land rollt. So beschrieb beispielsweise FPÖ-Innenminister Kickl die Rolle der neuen ÖVP-

FPÖ-Koalition so: „Die 68er versuchten im Namen des Fortschritts zerstörerisch zu wirken. [...] Diese Regierung steht für einen offensiven Gegenentwurf. Die Thesen der 68er haben sich als falsch herausgestellt. Das Bedürfnis nach Orientierung, Geborgenheit und Heimat wird von uns wieder in ein positives Licht gerückt.“ ³ Herr Kickl klingt vielleicht für manche Ohren etwas sonderbar; tatsächlich haben das die Rechten in Deutschland und Österreich immer schon so oder ähnlich gesehen – nur waren sie in ihren eigenen Augen zu wenig erfolgreich.

Nicht zuletzt solchen reaktionären Irrläufern gegenüber ist es wichtig, zu rekapitulieren, was „1968“ überhaupt passierte, und zwar über Österreich hinaus, zumal dieses Jahr ja bekanntlich gerade auch wegen seiner mannigfachen internationalen Ereignisse zu dem wurde, was heute häufig als Mythos durch die Druckerpressen läuft und über die Bildschirme flimmert. Dabei konzentriere ich mich im wesentlichen auf das Jahr 1968 selbst und vermeide es weitgehend, die Jahre danach einzubeziehen. Die 1970er Jahre wären nicht nur eine eigene Untersuchung wert, sondern sind meines Erachtens historisch unterbelichtet und werden Österreich betreffend entweder pauschal als „Kreisky-Jahre“ gekennzeichnet oder mit linken „Sandkastenspielen“ ⁴ identifiziert.

1968 im industriellen Westen

Hinsichtlich der Fakten des Jahres 1968 beschränke ich mich weitestgehend auf Stich- und Schlagworte. In *Westdeutschland (Bundesrepublik)*, damals auch hierzulande häufig Deutschland genannt (gegenüber einem nicht als Staat anerkannten Ostteil namens „Ostzone“) war die „Frontstadt“ West-Berlin das Zentrum der zuvörderst studentischen Revolte. Hauptangriffsziel waren die Propagandisten des „freien Westens“ als hohl gewordene Autoritäten – von den Universitäten bis zu den parlamentarischen Vertretungen und medialen Platzhirschen („Außerparlamentarische Opposition“, Vietnamkrieg, obszöne neokoloniale Reizfiguren wie der Schah) –, waren überkommene rechtliche Regulierungen der Geschlechterbeziehungen,

im Erziehungswesen u.ä.; Höhepunkt: „Osterunruhen“ gegen die Springer-Presse nach dem Attentat auf die charismatische SDS-Führungsfigur Rudi Dutschke. (Die NS-Vergangenheit wurde zunächst vor allem im Zuge des Kampfs gegen die Notstandsgesetze – von der Großen Koalition am 30. Mai 1968 beschlossen – thematisiert.)

In *Frankreich* kulminierten unterschiedliche Einzelkonflikte um studentische und kulturelle Freiheiten, sowie gewerkschaftliche Auseinandersetzungen zur Explosion des „Pariser Mai“ in einem wochenlangen Generalstreik samt Barrikadenkämpfen vor allem in Paris. Wahrscheinlich geriet Frankreich 1968 am ehesten an den Rand eines tatsächlichen, nicht nur von der Regierung (wie 2015 für fast zwei Jahre!) verhängten Ausnahmezustands. Die Kämpfe brachen nicht nur durch den Einsatz der Staatsgewalt zusammen (die Spezialtruppe CRS provozierte nicht grundlos die Parole „CRS-SS“), sondern vor allem, nachdem sich Präsident de Gaulle in Baden-Baden (BRD) die Unterstützung seines Generals Massu zusichern ließ, Neuwahlen ansetzte und ihm ein „Millionenaufmarsch“ des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Frankreichs (Anzug und Krawatte die Herren, Kostüm die Damen) seine Unterstützung versicherte. Die überwiegend auf ökonomische Interessen der Lohnabhängigen fixierte Politik der Kommunistischen Partei Frankreichs wirkte zwar teilweise ebenfalls demobilisierend, allerdings bei weitem nicht in jenem Ausmaß, den die linken Kritiker der KPF seither behaupten. Darüber hinaus manifestierte sich in der Revolte und ihrer reaktionären Antwort auch noch die indirekte, manchmal auch direkte Fortsetzung jenes Bruchs in der französischen Gesellschaft, der sich zwischen dem Frankreich der Résistance und jenem von Vichy fortsetzte und eigentlich, wenn auch vermindert, bis heute wirksam ist. (In anderer Weise, aber nicht unähnlich gilt Vergleichbares auch für Italien.)

Weniger als diese beiden europäischen Rebellionszentren wird in unseren Breiten seltsamerweise die *USA* mit „1968“ in Verbindung gebracht oder aber nur mit den politischen Morden an herausra-



Tommie Smith (Mitte) und John Carlos (rechts), beide USA, bei der Siegerehrung des 200-Meter-Laufs der Olympischen Spiele 1968 in Mexico City.

genden Persönlichkeiten thematisiert. Hier kam das Land eigentlich das ganze Jahr über nicht zur Ruhe: Bürgerrechtsbewegung, Ermordung Martin Luther Kings. Proteste und Rebellionen in über hundert US-Städten, häufig begleitet von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht (Nationalgarde); Black Panther Party, sichtbare internationale Zeichen z.B. bei den Olympischen Spielen in Mexiko (der Auftritt von Tommie Smith und John Carlos gehört „zu den bekanntesten politischen Protestaktionen des 20. Jahrhunderts“, dessen Wirkung noch zu Beginn dieses Jahrtausends spürbar ist, wie die Teilnahme von Smith und Carlos beim Begräbnis ihres solidarischen weißen Konkurrenten von 1968, Peter Norman, in Australien 2006 zeigt);⁵ Ermordung des Präsidentschaftsbewerbers Robert Kennedy; Anti-Vietnamkriegsbewegung, erster Höhepunkt: Parteitag der Demokraten im August 1968 in Chicago, wo die Polizei gewaltsam gegen tausende Demonstranten vorging; zugleich stellten die so genannten „Yippies“ ein Schwein als Kandidaten auf. Es folgten die Auseinandersetzungen bei den nachfolgenden Prozessen gegen die „Chicago Eight“.⁶

Das Besondere an *Italien* war, dass dort seit dem Kriegsende und besonders seit Beginn der 1960er Jahre eine starke Arbeiterbewegung in Konfrontation mit offen faschistischen Kräften gestanden ist. Auch hier hat sich ein mit Frankreich vergleichbarer Bruch der Gesellschaft manifestiert, wobei die Rechte hier stark durch die Neofaschisten beeinflusst war.

Die Auseinandersetzungen um eine Universitätsreform gemeinsam mit laufenden Arbeitskämpfen wurden 1968 daher sehr schnell militant, auf der Gegenseite auch durch Geheimorganisationen wie „Gladio“ befördert. Und in der extremen auch geheimdienstlich unterstützten individuellen Militanz hat sich die Revolte ab 1969 bald totgelaufen. (Insgesamt angeblich 14.000 Attentate zwischen 1970 und 1980 im ganzen Land, fast alle unaufgeklärt).⁷

In diesen vier Ländern des industriellen Westens war die politische Rebellion des Jahres

1968 am wirkmächtigsten und strahlte mit ihren Ideen und Aktionsformen in viele andere Länder aus. Am wenigsten bekannt dürfte heute sein, dass es beispielsweise in *Mexiko* am Höhepunkt der dortigen Studentenproteste zehn Tage vor Beginn der Olympischen Spiele im Oktober zu einem ungeheuren Massaker kam. Rund 10.000 Studierende, aber auch Arbeiter und Angestellte hatten sich auf dem Platz der Drei Kulturen in Mexico City versammelt, als die Regierung Schießbefehl erteilte und großteils durch Scharfschützen des Militärs mindestens 300 Menschen ermorden ließ. Erst knapp vier Jahrzehnte später sollte sich der damalige Innenminister Luis Echeverria Álvarez als mutmaßlicher Hauptverantwortlicher für dieses „Massaker von Tlatelolco“ vor Gericht verantworten. Das Verfahren wurde eingestellt – wegen Verjährung.⁸

Heute ist es nicht schwierig, bei „1968“ im Netz auch auf *Japan* zu stoßen. Dennoch sind die wüsten Straßenschlachten insbesondere in Tokio heute kaum jemandem präsent. Meine persönliche Erinnerung ruft an Japanischem – nachdem ich kurz zuvor von „einem neuen Phänomen in Japan namens Smog“ gehört hatte – zu allererst die Samurai-artigen martialisch ausgerüsteten Protestierenden ins Gedächtnis, die es der äußeren Erscheinung nach – aus damaliger Sicht – vermutlich mit den vorjährigen „Streetfightern“ des Schwarzen Blocks beim G20-Gipfel in Hamburg hätten aufnehmen können. (Von denen man bis heute nicht weiß, wie viele rechte und

Inlandsgeheimdienst-Provokateure sich darunter befanden.) Die von den „Zengakuren“ (*Alljapanischer Allgemeiner Verband der studentischen Selbstverwaltungen*) zunächst lokal organisierten Proteste weiteten sich unter Beteiligung von 72 Universitäten zu landesweiten Unruhen aus, die sich (bereits seit Beginn der 1960er Jahre immer wieder aufflammend) insbesondere gegen die USA („Sicherheitsvertrag“ nach dem Zweiten Weltkrieg) und den Vietnamkrieg richteten, aber auch eine Demokratisierung der Hochschulen forderten und sich gegen Umweltverschmutzung oder die Enteignung vieler Bauern richteten.

Die mediale Revolution

Wie bereits die bisherige Erzählung andeutet, sind die Beweggründe der Rebellierenden in den verschiedenen Ländern einerseits alles andere als einheitlich, und andererseits wurde auch nur ein Teil jenes Puzzles angesprochen, der „1968“ ausmacht. Dass allerdings in diesem Jahr vieles gleichzeitig kulminierte, hat abgesehen von ökonomischen Ursachen, über die noch zu sprechen sein wird, vor allem einen in den Jahren davor eingetretenen medialen Grund. So wurde am 25. Juni 1967 unter der Zentralregie der BBC die erste Fernsehsendung über Satellit weltweit live übertragen – mit 400 bis 600 Millionen ZuschauerInnen in 31 Ländern – inklusive Live-Auftritten der Operndiva Maria Callas, Pablo Picassos oder der Beatles, die speziell dafür „All You Need Is Love“ komponierten (ebenfalls live gespielt, mit einem Teil der Instrumentierung in Playback). Wenn man dann noch bedenkt, dass der Song mit einem Zitat der Marseillaise beginnt, liegt man nicht falsch, wenn man von einem medial revolutionären Ereignis spricht, das über Zeitungen, Radio und Erzählungen weit über jene Millionen Menschen hinaus wirkte, die die Sendung tatsächlich miterlebt hatten. Sie markierte eine neue Qualität sowohl der weltweiten Kommunikation, als auch der Propagandamöglichkeiten. Der Satellit („Intelsat I“) war 1965 mit einer NASA-Rakete von Cape Kennedy aus gestartet, und ursprünglich hätten an der Sendung – trotz Kalten Kriegs! – auch die Sowjetunion, Ungarn, die DDR, Polen und die Tschechoslowakei teilgenommen, sie zogen ihre Beiträge allerdings zurück, nachdem kurz zuvor im Nahen Osten der Sechstagekrieg ausgebrochen war.

Das in den Jahren davor durch den immer engmaschigeren Weltmarkt geschaf-

fene mediale „globale Dorf“ (McLuhan) wies zwar Leerstellen auf, war aber nichtsdestoweniger wirkmächtig geworden. Nur so war es möglich, dass sich unterschiedliche Umstände und Bedingungen in verschiedensten Ländern gegenseitig in einer Weise beeinflussen konnten, die bis dahin nicht vorstellbar war. Nicht einmal drei Jahre dauerte es beispielsweise, bis ein vom US-Poeten Allen Ginsberg 1965 geprägter Begriff wie „Flower Power“ nicht nur in sämtlichen westlichen Industrieländern zum Sprachgebrauch gehörte, sondern auch über diese hinaus wahrgenommen wurde.

So kommen wir schließlich zu jener Mystifizierung, wonach sich 1968 eine „weltweite Jugendbewegung“ oder „Jugendrevolution“ manifestiert habe. Illustriert wird das manchmal mit Sprüchen wie „Trau keinem über dreißig!“ (die schon damals hauptsächlich medial gepusht worden und außerhalb Westdeutschlands nicht rasend verbreitet waren), zugleich mit dem subjektiven Gefühl nicht weniger damals junger Menschen aufgrund auch medial hergestellter Gemeinsamkeiten wie Musik, Kleidung, Haartracht etc. Aber einerseits preschte zunächst lediglich ein kleinerer Teil der Jugendlichen vor, während ein größerer in Konformismus und Anpassung verharrte, und andererseits wären diese Rebellionen nicht erklärbar, wenn es nicht mit dem Zustand der betroffenen Gesellschaften zu tun gehabt hätte. Fraglos kamen wesentliche Teile dieser Änderungen und äußeren Erscheinungen aus den USA. Der dortige imperiale Kapitalismus hatte nach dem Zweiten Weltkrieg einen ungeheuren Ausbreitungs- und Modernisierungsschub erlebt, indem Märkte in den Industrieländern geöffnet (Marshallplan), sukzessive Kolonialgebiete von den „zweiten Siegern“ Frankreich und Großbritannien „übernommen“ wurden und in einem dem „Goldrausch“ vergleichbaren Wettlauf der lateinamerikanischen „Hinterhof“ marktmäßig aufgerollt wurde. (Eine für größere Bevölkerungskreise in Europa verständliche Darstellung der Wirkungsweise des Marshallplans steht meines Erachtens ebenso aus wie eine Erklärung seiner ökonomischen Explosivkraft für die USA selbst. Die europäische Linke richtet ihre Aufmerksamkeit häufig nur auf die Bestechung zur Westbindung.)

Dies führte auf der anderen Seite nicht nur zu einer breiteren Teilhabe der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie anderer Lohnabhängiger in den USA selbst am erwirtschafteten gesellschaftlichen

Reichtum (auch zum Preis ihrer politischen Entrechtung), sondern überdies zu einer sich ausweitenden Beteiligung der Frauen am Wirtschaftsprozess und zu einer Verbreiterung der Mittelklassen. Mit der Folge eines größeren geistigen und materiellen Spielraums für Jugendliche, die zugleich auf antiquierte Regeln des Zusammenlebens zurückgeworfen wurden und sich in Musik und Kultur eigene Freiräume zu schaffen begannen. (Die Diagnose „Weltrevolution“ [Immanuel Wallerstein] für das, was sich 1968 weltweit ereignete, scheint mir jedenfalls irreführend, weil es sich einerseits lediglich um Rebellionen handelte und „Weltrevolution“ andererseits Zusammenhänge suggeriert, die nicht oder nur oberflächlich existierten. Das medial Neue verstellte den Blick auf die unterschiedlichen Untergründe. Dass sich der Blick von Krähwinkel plötzlich ins Weite, auf die ganze Welt richtete, war allerdings in Westeuropa wohl besonders signifikant).

Auch die ökonomischen Bedingungen in vielen westeuropäischen Ländern änderten sich sprunghaft. Ohne mit Daten auszufern zu wollen: „So lebte die Masse der Bewohner der Stadt Paris im Jahr 1948 lebenskulturell fast noch auf dem Niveau von 1900, ohne Bad und eigene Toilette und (wenn überhaupt) mit einer Stromleistung von drei Ampere pro Wohnung, was gerade für eine Glühbirne oder ein Radio reichte. Noch 1953 besaßen nur acht Prozent der französischen Lohnabhängigen ein Auto; vierzehn Jahre später waren es bereits fünfzig Prozent.“⁹ In Österreich wurden im Jahr 1948 insgesamt 34.382 PKWs und Kombis zugelassen. Im Jahr 1970 bereits 1.196.584. Fernsehbevolligungen im Jahr 1958: 49.510 gegenüber 1.129.165 im Jahr 1968.¹⁰

Unterschiede zwischen Westdeutschland und Österreich

Solche Zahlen sind nur äußere Zeichen dafür, dass sich damit auch Lebensstellungen, Gewohnheiten und Weltbilder der einzelnen Personen und Familienverbände gravierend änderten. Und was die stetige Ausdehnung der Frauenarbeit wie auch der zunehmende Eintritt des weiblichen Geschlechts in die Bildungssysteme betrifft sind es in erster Linie Jugendliche, die sich damit auseinandersetzen haben, männliche auch insofern, als u.a. die Konkurrenz zunahm und die Ausbildungsstätten und Wohnmöglichkeiten beengter wurden. Nun ist diese ökonomische Aufwärtsentwicklung aber – entgegen einer bis heute un-

gebrochenen Propaganda – nicht einfach eine Leistung des in diesen Ländern bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems (das noch dazu ständig ausblendet, wie sehr seine Kraft aus kolonialer und neokolonialer Ausbeutung gespeist wird). Wenn wir die zu Beginn angesprochenen europäischen Länder betrachten, so trugen die beiden großen Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs, aber auch Sozialdemokratische Parteien wie in Schweden oder Österreich wesentlich dazu bei, dass der steigende gesellschaftliche Reichtum teilweise auch die unteren Klassen der Gesellschaft erreichte. Und eine Sozial- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Lohnabhängigen wurde als Konsequenz aus den Vorkriegserfahrungen auch weit über die KommunistInnen und SozialistInnen hinaus nicht nur programmatisch gefordert, sondern auch teilweise praktiziert, in Frankreich z.B. von einem erheblichen Teil der Gaullisten, woran man vor einigen Jahren wieder durch die Schrift „Empört euch!“ des Gaullisten Stéphane Hessel erinnert wurde, in der bereits auf der ersten Seite von der unabdingbaren allseitigen Sozialversicherung gesprochen wird und auf der zweiten über das Programm nach 1945: „Die Energieversorgung, Strom und Gas, der Kohlebergbau, die Großbanken sollten verstaatlicht werden.“¹¹ Ein teilweise staatskapitalistisches und soziales Programm – und Gräuelfür die heutigen kapitalistischen Propagandisten. Deshalb die Rezeption dieser Schrift hierzulande diese Thematik praktisch völlig ignorierte und die französischen Regierungen der letzten Jahrzehnte damit aufzuräumen versuchten, am extremsten wahrscheinlich Sarkozy und heute Macron.

Andererseits mussten sich insbesondere Westdeutschland und Österreich auch mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen jener Staaten vergleichen lassen, die sich dem „freien Weltmarkt“ unter der Vorherrschaft der USA nicht unterwerfen wollten, den osteuropäischen. Und die erforderliche ideologische Absicherung verlangte diesen gegenüber höhere soziale Standards der Westländer. Ein solcher Vergleich war beispielsweise für die ČSSR (im Vergleich zu Österreich) Anfang der 1960er Jahre noch nicht ungünstig, insbesondere was soziale Sicherheit und die ökonomische Prosperität für die Massen betrifft. Der sich in den Ländern westlich der Blockgrenze entwickelnde „Wohlfahrtsstaat“ verdankte sich also auch der Existenz des sowjetsozialistischen Lagers. –

Westdeutschland wurde samt Kriegsschuldenschnitt seitens der USA gepusht, Österreich am massivsten mit dem Marshallplan.

Diese ökonomische Entwicklung bildete die Basis für die parallele „Empfänglichkeit“ dessen, was als „Amerikanisierung“ von Teilen der herrschenden Klassen abgelehnt, von anderen wiederum gefördert und begrüßt wurde. So weist der deutsche Historiker und ehemalige Linksradikale Gerd Koenen darauf hin, dass den beginnenden jugendlichen Rebellionen zunächst häufig mit traditionellen bürgerlichen Werten von Familie, Religion und Eigentum begegnet wurde. Gegen diktatorische Herrschaftsformen und die Betonung der Rolle des Kollektivs in osteuropäischen Ländern wurde zunächst gerade nicht „westliche Demokratie“ und „individuelle Freiheit“ ins Treffen geführt.¹² Je mehr allerdings die ursprünglich provokativen Äußerlichkeiten des jugendlichen Aufbegehrens in Warenästhetik umgewandelt und in Konsumbegehren überführt werden konnten, desto geringer wurde der Widerstand sowohl von Angehörigen der älteren Generation, wie auch unter den herrschenden Eliten.

Wir haben es also mit zweierlei zu tun, wobei ich mich auf das hierzulande medial dominante Westdeutschland und auf Österreich beschränke: Einerseits hatten sich Bedingungen entwickelt, die die Selbstständigkeit sowohl der Jugend allgemein, als auch insbesondere der jungen Frauen sowohl erforderte, als auch vergrößerte. Und es stand dem eine Unzahl rechtlicher und moralischer Hemmnisse entgegen. Wenn eine Studierendenwohnungs-gemeinschaft verpönt sein soll, weil dort gegen alle möglichen Strafgesetze und ungeschriebene Moralvorstellungen verstoßen werde (Promiskuität, Kuppelei, „Prostitution“ u.v.a.), wenn in Sachen Empfängnisverhütung eher dem Papst („Pillen-Paul“), bei der Strafbarkeit der Abtreibung den Fundamentalisten der Kirchen oder in Sachen Kondomverbot einer überkommenen Moral gehuldigt wurde; wenn einer verheirateten Frau ohne die Zustimmung ihres Mannes in der Öffentlichkeit Entscheidendes nicht erlaubt war, musste das zu Protesten führen, bis sich Änderungen einstellen. (Nebenbei: Der in den Filmen der 1950er und 1960er Jahre so häufig verwendete Begriff „Fräulein“ z.B. hat sich infolgedessen im Lauf der letzten Jahrzehnte ziemlich verflüchtigt.)

Zum anderen verbreitete sich die offene politische Rebellion eines kleinen

Teils von vor allem Studierenden und SchülerInnen, wobei die Übergänge von der Entwicklung und Verteidigung einer neuen und eigenständigen Lebensweise zur politischen Rebellion im engeren Sinn fließend waren. Ähnlich bei der Wehrpflicht. „Hören Sie mal, das vergisst man immer gern“, bemerkte der West-Berliner Verleger Klaus Wagenbach vor Jahren einmal in einem Interview mit einem Schuss Ironie, „aber in [West-]Berlin war die Elite der Nation versammelt: Die Wehrdienstverweigerer.“¹³ Dazu gehörten wenige „Ostler“ wie Rudi Dutschke, der vor dem Mauerbau in den Westen übersiedelte, eine sich stetig steigernde Zahl von Deserteuren oder Verweigerern aus Westdeutschland und bald auch US-GIs, auch schwarzer Hautfarbe, die nicht nach Vietnam wollten. (Der rechtliche Sonderstatus West-Berlins schuf solche Freiräume, die übrigens auch einige österreichische „Aktivisten“ auf der Flucht vor österreichischen Gefängnissen in Anspruch nahmen.) Einen zivilen Wehersatzdienst gab es faktisch nirgends, Suizide von Präsenzdienern oder Stellungspflichtigen dafür häufig. Allein 1967 begingen in Österreich 76 „Jungmänner“ Suizid.¹⁴

Zwei Begräbnisse

1983 erschien das Buch „Wien, Mai 68. Eine heiße Viertelstunde“ von Fritz Keller, das sich mit „1968 in Wien“ und ein bisschen darüber hinaus befasst.¹⁵ Ohne auf dieses Buch im einzelnen einzugehen, geht es mir in der Folge vor allem darum, auf einiges Wesentlichen Unterschiede aufmerksam zu machen, was die österreichischen Ereignisse und Entwicklungen damals von jenen in Westdeutschland unterscheidet. Denn die Differenzen sind gravierender als es der Büchertitel vermuten lässt, der hierzulande medial manchmal verwendet wird, um mit einem Augenzwinkern Österreichisches zu bagatellisieren (ein gemütlich-österreichisches „Viertelstündchen“ gegenüber den „heroischen“ ganzen Tagen anderswo). – Wir blenden drei Jahre zurück. Als Ernst Kirchwegger, Kommunist und Neonazi-Opfer, am 8. April 1965 in Wien begraben wurde, fand mit einer Trauerkundgebung am Heldenplatz und einem darauf folgenden Schweigemarsch über den Ring bis zum Schwarzenbergplatz mit rund 25.000 Teilnehmern nicht nur die größte antifaschistische Kundgebung seit 1945 statt, sondern es stellte dies mit höchstrangiger Beteiligung von offiziellen Vertretern des Staates (u.a. mehrere Minister beider

Parteien der damals noch großen Koalition) ein durchaus auch staatliches Bekenntnis zum Antifaschismus bzw. zur Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus dar.

Ein Jahr danach, am 27. April 1966, fand in Ludwigsburg ein anderes Begräbnis statt. Ludwigsburg ist jene Stadt in der BRD, in der vier Jahre davor der französische Staatspräsident de Gaulle seine große Rede an die Jugend zur Bekräftigung der „deutsch-französischen Freundschaft“ und Aussöhnung gehalten hatte. Begraben wurde nun der Kommandant der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“, mit der er 1938 nach Österreich, dann ins Sudetenland einmarschiert war und in der Folge an der Besetzung Böhmens und Mährens teilnahm: Sepp Dietrich. Am Ende seiner Verbrecherlaufbahn, die bereits 1934 bei der Liquidierung der SA-Führungsspitze („Röhm-Putsch“) begonnen hatte, kommandierte er die 6. SS-Panzerdivision in der Schlacht um Wien. Dazwischen gibt es kaum ein NS-Verbrechen, an dem er nicht beteiligt war. In der Sowjetunion wegen Massakern um Charkow (in Abwesenheit) zum Tode verurteilt, von einem US-Militärgericht zu lebenslanger Haft, wurde Dietrich im postnazistischen Westdeutschland 1955 begnadigt, 1957 nochmals im Zusammenhang mit den „Röhm-Putsch“-Verbrechen zu einer läppischen Strafe von 18 Monaten verurteilt, nach sechs Monaten wegen eines „Herzleidens“ wieder vorzeitig entlassen. Und nun sangen an diesem Apriltag des Jahres 1966 fünftausend ehemalige SS- und Wehrmachtangehörige „Deutschland über alles“ samt „Horst Wessel-Lied“, worauf die große Illustrierte *Paris Match* mit den SS-Runen am Titelbild schlagzeilte: „Serrez les rangs!“ („Die Reihen fest geschlossen!“) und: „Für die Zeit einer Beerdigung ist in Ludwigsburg Nazideutschland wieder auferstanden.“ (Dies möge auch als kleiner Hinweis dienen gegenüber den elenden westdeutschen Selbstreinigungsversuchen, wie toll sie, die Deutschen, die Vergangenheit „bewältigt“ hätten im Unterschied zu den „schuldverگessenen“ ÖsterreicherInnen.)

Kurz und gut, ein Kirchwegger-Gedenken wie in Österreich wäre in Westdeutschland ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, war doch auch die KPD seit 1956 verboten und der ganze Staat auf Konfrontation mit seinem östlichen Pendant, die DDR, ausgerichtet. Mehr noch: Auch darüber hinaus wurden von einer überwiegenden Mehrheit des Establish-



Protestdemonstration von Studierenden am 12. April 1968 gegen die journalistischen Hintermänner des Attentats auf Rudi Dutschke. Der Zug bewegte sich von der Universität über die Ringstraße am Parlament vorbei und über die Mariahilfer Straße zur Wiener Filiale des Springer-Verlags.

ments Gebietsansprüche, z.B. gegen Polen, aufrechterhalten (während sich damals in Österreich nicht nur die KPÖ zur Neutralität Österreichs bekannte, sondern auch ÖVP und SPÖ). Im Unterschied dazu hatte der „herzkranke“ Sepp Dietrich, 1960 zu einem Jagdausflug ins Burgenland gekommen, derart massive österreichische Proteste ausgelöst, dass der Innenminister Josef Afritsch ihn wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses zur unerwünschten Person erklärte und ihn durch Polizeibeamte zur Ausreise zwang. Ich führe das nicht etwa deshalb aus, um zu erklären, dass es damals in Österreich (anteilig) weniger alte und neue Nazis gegeben hätte als in Westdeutschland (auch waren natürlich österreichische SS-Männer in Ludwigsburg dabei). Sondern die Haltung der führenden Vertreter der beiden Koalitionsparteien und des Staates war eine andere (wenn auch manchmal nur „offiziell“ und nach außen; und natürlich gab es auch Unterschiede zwischen Wien und manchen Bundesländern). Zudem war die Existenz der Kommunistischen Partei als Mitbegründerin der Zweiten Republik trotz Oktoberstreik-Verleumdung und Westbindung des Landes im Hinblick auf den Nationalsozialismus mehr als ein beständiger Stachel im Fleisch der Vergangenheitsentsorger und NS-Apologeten.

Dies hatte gravierende Auswirkungen auf „1968“. Spielten die Jugendorganisationen der politischen Parteien und die Auseinandersetzung mit ihren Mutterparteien in West-Berlin und der Bundesrepublik eine Nebenrolle bzw. eher eine auf Seiten des Gegners (was z.B. auch auf weite Teile der SPD zutraf), so standen sie in Österreich im Mittelpunkt. Hier kamen sowohl ÖVP als auch SPÖ

vor allem von innen unter Beschuss. So befasst sich denn auch Kellers 68er-Buch mit einigem Recht über weite Strecken mit jenen Auseinandersetzungen, die aus Anlass verschiedener Einzelsaktionen sowohl innerhalb der SP-Schüler-, Jugend- und Studierendenorganisationen als auch zwischen diesen und ihrer Partei geführt wurden. Zur Erinnerung auch: 1968 regierte in Westdeutschland eine CDU-SPD-Koalition mit Kurt Georg Kiesinger an der Spitze, der von Beate Klarsfeld im November 1968 wegen der Bagatellisierung seiner Nazivergangenheit gohrfeigt wurde. In Österreich hingegen regierte seit 1966 eine ÖVP-Alleinregierung mit dem früheren kleinen austrofaschistischen Funktionär und nach wie vor katholischen Antisemiten Josef Klaus als Kanzler gegenüber einer SPÖ in Opposition.

Österreichs katholisches Fundament

Dass hier auch die aus den Christlich-Sozialen und den Dollfuß-Schuschnigg-Faschisten hervorgegangene ÖVP eine Rolle spielt, ist ein weiterer gravierender Unterschied zu Westdeutschland. Viele junge Schriftstellerinnen, Künstler und andere Menschen aus ursprünglich bürgerlichem, konservativem Milieu hatten sich mit dem Katholischen und Reaktionen dieses Landes auseinanderzusetzen begonnen – mit einem Höhepunkt im Jahr 1968. Ich greife drei Ereignisse unter vielen heraus: Im März wurde Thomas Bernhard, damals noch nicht der kontroversielle Star späterer Jahre, der Österreichische Staatspreis verliehen. Seine Dankesrede („es ist vieles lächerlich; es ist alles lächerlich, wenn man an den Tod denkt“) führte nicht nur dazu, dass der den Verleihungsakt einleitende,

dort auch andere Künstler „ehren“ müssende Unterrichtsminister Piffel-Perčević (ÖVP) danach den Dichter anschnauzte: „Wir haben Sie ja nicht gerufen!“ und zum Publikum gewendet insistierte: „Meine Damen und Herren, wir sind trotzdem stolz, Österreicher zu sein!“ – Worauf er „die Flucht ergriff“. ¹⁶ Sondern dies wirkte noch längere Zeit als „anti-autoritäre“ Auseinandersetzung in weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Das zweite Beispiel ist weniger „künstlerisch“ von Bedeutung, sondern als Ereignis mit seinen nachfolgenden Auseinandersetzungen, die seit Jahrzehnten medial breitgetretene Aktion „Kunst und Revolution“ in einem Hörsaal der Universität Wien. Zuvor hatte einer der „Aktionisten“, Oswald Wiener, im *Neuen Forum* geschrieben: „wir waren also außenseiter, die einträchtig von nazis, kommunisten und demokratens disqualifiziert, die buchstäblich um jede möglichkeit der publikation gebracht, die zusehen mußten, wie einerseits dummheit die albernsten projekte des provinzialismus prämierte und andererseits die korrumpion großen stils das längst gestorbene kulturleben einen nicht enden wollenden zombietanz tun ließ.“ ¹⁷ Bei der Aktion am 7. Juni 1968 wurde dann vor etwa 300 Zuschauern bei weitgehender Nacktheit der fünf Teilnehmer unter anderem unter Absingen der österreichischen Bundeshymne nicht auf eine Nazi-Fahne, auch nicht auf eine „Vietcong“-Fahne, sondern auf die österreichische Bundesflagge geschissen (die österreichische Justiz antwortete mit Gefängnisstrafen, nachdem sie sinnigerweise den damals noch nicht als Nazi-Psychiater entlarvten Heinrich Gross damit beauftragt hatte, die Aktionisten für das Gericht zu begutachten). Ungeachtet der



Plakat des Sozialistischen Deutschen Studentebunds vom Jänner 1968.

Beweggründe und Absichten der Teilnehmer darf auch aufgrund der Wirkungsweise dieser Aktion davon ausgegangen werden, dass hier – wie erfolgreich sei dahingestellt – die wirkmächtigen Restbestände insbesondere auch des Austrofaschismus angegriffen wurden – von der katholischen Körperfeindlichkeit bis zur Heiligkeit der staatlichen Symbole. Und wer in den Jahren danach – vor der prosperierenden Schüttbilderei – Ausstellungen eines dort nicht teilnehmenden „Aktionisten“ besucht hat, Hermann Nitsch, wird dessen Ansammlung von katholischen Sakralobjekten samt Kitsch nicht entkommen sein.

Schließlich erschien 1968 auch noch ein bedeutendes Buch, das Hauptwerk eines Österreicherers, das wie keines zuvor die katholischen Quellen des Nationalsozialismus in Österreich offenlegte: „Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität“ von Friedrich Heer. Von einem deutschen bürgerlichen Kleinverlag herausgebracht, despektierlich ignoriert von den hiesigen Machthabern und Reaktionären, aufgesogen von (leider zu wenigen) kritischen jungen ChristInnen, die schon zu Beginn Unerhörtes lesen mussten vom „österreichischen Katholiken Adolf Hitler“, der „bis zu seinem Lebensende Kirchensteuer zahlte“. Zum Beispiel auch: „Die bedeutendsten Köpfe der ersten, nach dem von Hitler und Göring mit Waffengewalt erzwungenen Rücktritt der Regierung Schuschnigg gebildeten nationalsozialistischen österreichischen Regierung waren österreichische Katholiken“.¹⁸ – Weder das österreichische Establish-

ment, noch die Platzhirschen der österreichischen Geisteswissenschaften haben Friedrich Heer diese Arbeit und manches andere verziehen, weshalb seine Bemühungen (als ao. Universitätsprofessor seit 1950) um einen Lehrstuhl an der Wiener Universität erfolglos blieben und er auf einen Burgtheater-Posten abgeschoben wurde. (Er war von 1961 bis 1971 Leiter der Dramaturgie am Burgtheater und bis 1981 Leiter des dortigen Sekretariates für kulturelle Angelegenheiten und internationale Kontakte, bis er auf eigenen Wunsch pensioniert wurde). Aber er komponierte mit einigen anderen (zu nennen wären beispielsweise Erika Weinzierl, Wilfried Daim, Adolf Holl u.a.) die ideologische Begeleitmusik für die endlich vor sich gehende gründlichere Distanzierung vom Austrofaschismus und für eine tiefere Kenntnis des Nationalsozialismus.

Wieder- und Neuentdeckung des Marxismus

Dies ist u.a. auch sichtbar an jener Monatszeitschrift, die 1968 und in den folgenden Jahren sowohl als links-sozialistisches als auch als kritisch-christliches Diskussionsforum dieses Landes diente: das von Günther Nenning geführte *Neue Forum*. (Das alte, nur *Forum* betitelt, war bekanntlich eine CIA-Gründung, lange Zeit geleitet von Friedrich Torberg; die CIA-Gelder versiegten in den 1960er Jahren.) Im studentischen Bereich brachte die Distanz zum offiziellen und manchmal auch politischen, an die ÖVP gebundene Christentum bereits vor 1968 die Studierendenvereinigung *Aktion* hervor, zunächst auf Graz beschränkt, dann auch kurz in anderen Hochschulstädten Fuß fassend. Fritz Keller schreibt dazu: „Tatsächlich bewiesen die Wiener [Mitglieder der *Aktion*] und vor allem [der aus Graz übersiedelte] Bernhard Frankfurter trotz ihres Hangs zur Performance ein hohes analytisches Niveau, gepaart mit Realitätsinn. Sie wurden nicht müde, den anderen [sozialistischen und kommunistischen] Linken das Kopieren ausländischer Vorbilder, Flucht aus der österreichischen Wirklichkeit sowie das Missverständnis, Politik sei Gruppentherapie, vorzuhalten.“ Da ist einiges dran – auch was die nachfolgenden Jahre betrifft. Dass es später Kräfte aus dem kritisch-katholischen Bereich waren, die deutschnationale und nazistische Umtriebe innerhalb der SPÖ (etwa im BSA, wie das Beispiel des Arztes Heinrich Gross zeigte) ans Tageslicht zerrten, war

ebenfalls kein Zufall („kritische Medizin“, Werner Vogt u.a.).

Allerdings muss zur Ehrenrettung der sozialistisch-kommunistischen Linken ins Treffen geführt werden, dass sie unverschuldeten Nachholbedarf hatten. Nicht nur gab es Schulen und Erziehungsanstalten mit unvorstellbar umfangreichen Literaturverboten, waren gar Magazine wie der *Spiegel* mancherorts als „links“ untersagt (z.B. in der von mir besuchten Schule mit angeschlossener Heimbetreuung), von Marx und Freud ganz zu schweigen; sondern auch die Universitäten huldigten an ihren geisteswissenschaftlichen Fakultäten nicht selten faschistoiden, antisozialistischen Lehrinhalten. Der ab 1962 in Heidelberg unterrichtende, nicht gerade als extremer Linker verschriene österreichische Philosoph Ernst Topitsch bezeichnete damals z.B. Österreichs Universitäten als „Enklaven des (erst 1974 gestürzten faschistischen portugiesischen; K.W.) Salazar-Regimes in Mitteleuropa“.¹⁹

Und – zur Erinnerung – manches Bedeutsame wurde auch gerade erst gedruckt: Die blauen MEW-Bände aus der DDR beispielsweise hatten 1965 erst Band 26 erreicht. (Wie viele Ausflugsfahrten gab es nach 1968 zur deutschen Buchhandlung in Budapest, wo sie besonders günstig waren?) Und nicht zu unterschätzen: In einem Land wie Österreich, in dem Brecht-Stücke bis 1966 im Burgtheater verboten waren, brachte erst das Erscheinen der relativ kostengünstigen 20-bändigen Gesammelten Werke Brechts im *Suhrkamp-Verlag* 1967 (und manch anderes aus der farbenfrohen *edition suhrkamp*-Reihe) einen Schub an linkem Denken in Gang, das sich erst mühsam an der Realität abarbeiten musste. Die KPÖ wiederum konnte von solchen Dingen kaum profitieren. Im Gegenteil: Sie wurde 1968 nicht nur auf einem linken Fuß erwischt, sondern gleich auf zwei. Der eine: Sie war eine im Wortsinn alte Partei. Nur 17 Prozent der Leitungsmitglieder waren unter vierzig Jahre alt;²⁰ sie war im Kalten Krieg nicht nur dezimiert worden, sondern insbesondere seit den 1950er Jahren (Slánský-Prozess in der ČSSR 1951, Juni 1953 in der DDR, Ungarn 1956 u.a.) von vielen jungen Menschen abgeschnitten. Und nun kam auch noch der Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in Prag dazu. Andererseits hatten sich ihre Jugend- und Studierendenorganisationen *Freie Österreichische Jugend* (FÖJ) und *Vereinigung Demokratischer Studenten* (VDS) gerade in diesem ominösen 1968



„Neues Forum“: Diskussionsorgan der 68er-Bewegung.

dem Zugriff der Partei weitgehend entzogen, weshalb es letztlich auch vor allem diese beiden Organisationen waren, die als Ausgangspunkt für selbstständige marxistische Jugend- oder Studierendenorganisationen in den darauffolgenden Jahren dienten. Daran, dass an den Universitäten der *Ring Freieilicher Studenten* (RFS) samt seinen Neonazis äußerst stark, wenn nicht oftmals dominant blieb, änderte das Jahr 1968 allerdings nichts. Erst die darauffolgenden Jahre brachten diesbezüglich spürbare Einschnitte.

Aber der Startschuss für eine Wieder- oder Neuentdeckung des Marxismus in Österreich wurde mit 1968 jedenfalls abgefeuert. „Es gab [...] kein anderes [Gedankensystem], das in einem großen Wurf und relativ realitätsnah die Menschenwelt aus der Perspektive der Benachteiligten und Unterdrückten beschrieb.“²¹ Dies ist den heutigen Rollback-Politikern und Finanzkapital-Expansionisten ebenso ein Dorn im Auge wie der 1968 massiv gestartete Angriff auf das Kommandosystem samt Prügelorgien im Erziehungswesen, die auf dieses Rebellionsjahr folgende weitgehende Beseitigung der gesetzlichen Schranken freierer Sexualität und gleichberechtigter Partnerschaften und der offene, gegen bornierten Nationalismus auf die ganze Erde gerichtete Blick gegen die Bekriegung und Ausbeutung der Völker und den Raub ihrer Naturschätze sowie manches andere, was auf 1968 zurückführbar ist (wie ein gestärktes Selbstbewusstsein von Lohnabhängigen und Intellektuellen zum Recht auf Widerstand gegen die staatliche Macht).

Zu hoffen wäre darüber hinaus, sich von 1968 einen Schuss Optimismus und Befreiungslust für künftige Auseinandersetzungen ausborgen zu können. Solches fehlt heute nahezu völlig. Dabei bewies 1968, dass alles schnell gehen kann: Noch am 15. März 1968 beklagte *Le Monde* die verschlafene Ruhe Frankreichs, während anderswo die Jugend auf den Barrikaden sei. Und eine Allensbach-Umfrage für den *Spiegel* diagnostizierte 1967, dass von dieser Jugend „keine gesellschaftsverändernden Impulse zu erwarten“ seien.²²

Anmerkungen:

- 1/ Hermann Schlösser: Was gibt es denn da zu feiern?, in: *Wiener Zeitung*, 30.12.2017.
- 2/ Beispiel für beides: Götz Aly: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt/M. 2008.
- 3/ *Tiroler Tageszeitung*, 18.1.2018.
- 4/ Z.B.: Wilhelm Svoboda: Sandkastenspiele. Eine Geschichte linker Radikalität in den 70er Jahren. Wien 1998.
- 5/ <http://www.smh.com.au/news/sport/olympic-protest-heroes-praise-normans-courage/2006/10/09/1160246069969.html> [29.1.2018].
- 6/ https://de.wikipedia.org/wiki/Chicago_Seven.
- 7/ http://www.kas.de/wf/doc/kas_14378-544-1-30.pdf?080820105438 [29.1.2018].

- 8/ Z.B.: https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Tlatelolco [29.1.2018].
- 9/ Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Frankfurt/M. 2002, S. 71.
- 10/ Republik Österreich 1945–1995, hg. vom Statistischen Zentralamt. Wien 1995.
- 11/ Stéphane Hessel: Empört Euch! Berlin 2011, S. 7f.
- 12/ Koenen: Das rote Jahrzehnt, S. 72.
- 13/ *Süddeutsche Zeitung*, 17.5.2010.
- 14/ *Die Presse*, 9./10.3.1968, zit. nach: Fritz Keller: Wien, Mai 68. Eine heiße Viertelstunde. Wien 2008, S. 33.
- 15/ 2008 erschien eine Neuauflage im Wiener Mandelbaum-Verlag.
- 16/ Zit. nach Tintenfisch 2, Jahrbuch für Literatur. Berlin 1969, S. 83.
- 17/ *Neues Forum*, Nr. 171/172, März/April 1968, S. 240.
- 18/ Friedrich Heer: Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, Esslingen, München 1968, hier zit. nach: 2. Auflage Wien 1998, S. 13.
- 19/ Zit. nach Keller: Wien, Mai 68, S. 14.
- 20/ Leopold Spira: Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus, zit. nach: Keller: Wien, Mai 68, S. 33.
- 21/ Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Frankfurt/M. 1989, S. 339.
- 22/ Zit. nach: Koenen: Das rote Jahrzehnt, S. 68f.

Deutsche Geheimdienstkontinuität 1968ff.

Von wegen 1968 und die Gewalt. Die westdeutsche Stasi-Phobie beruht auch auf innerer Schuldabwehr: Der erste Lieferant von Molotow-Cocktails im Zuge der „Osterunruhen“ in West-Berlin (Anti-Springer-Kampagne nach dem Attentat auf Dutschke) war ein Agent des „Verfassungsschutz“ genannten Inlandsgeheimdienstes der BRD, den man bereits 1967 (fotografisch dokumentiert) im Umfeld der „Kommune 1“ neben dem späteren RAF-Mitgründer Andreas Baader sehen konnte: Peter Urbach. Im März 1969 tauchten plötzlich kleine, handgebaute Bomben Urbachs auf, die dann bei den „Kommunarden“ Langhaus und Kunzelmann gefunden wurden, andere Waffen lieferte Urbach an Baader, Mahler und Bommi Baumann. Nach der Verhaftung Baaders und anderer und der Zeugenaussage von Urbach im darauffolgenden Prozess bekam er eine andere Identität und starb 2011 in Santa Barbara in Kalifornien.

Inzwischen hatte dieser Geheimdienst bei weiteren wichtigen Terror-

Aktionen seine Hand im Spiel: Beim Mord an Generalbundesanwalt Manfred Buback im Jahr 1977 (wie dessen Sohn weiß), beim Oktoberfest-Attentat durch Neonazis 1980 (staatsanwaltschaftliche „Ermittlungen“ sind immer noch bzw. wieder im Gang), beim Mord am Vorstandssprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen 1989, bis in unsere Tage etwa im Zusammenhang mit dem Islamisten Anis Amri in Berlin oder dem NSU. Letzteres ist bereits derart offensichtlich, dass auch der *Standard* (20.2.2018) nicht mehr darum herumkam zu schreiben: „Der Verfassungsschutz-Informant [V-Mann Tino Brandt, zugleich Landesvizevorsitzender der NPD Thüringen; K.W.] war in den 1990er Jahren maßgeblich am Aufbau der Neonazigruppe Thüringer Heimatschutz beteiligt“, wo auch die NSU-Mitglieder Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe verkehrten. – Von der Nazi-„Organisation Gehlen“ als Kern des von den USA mit aufgebauten westdeutschen „Bundesnachrichtendienstes“ sehen wir an dieser Stelle ab.

Von der VDS zum KSV

MICHAEL GRABER

Eine „heiße Viertelstunde“ nannte eine der Publikationen über das Jahr 1968 die Rolle der Studierendenbewegung in Wien und Österreich. Natürlich, misst man diese an den damaligen Massenbewegungen in Frankreich, Italien und den USA, so fällt der österreichische Beitrag bescheiden aus. Misst man allerdings die Jahre um 1968 an den damaligen österreichischen gesellschaftlichen Verhältnissen, so wird doch deutlich, dass es sich in vieler Hinsicht um eine Zeitenwende handelte, für die die Studierendenbewegung das deutlichste Signal abgab.

Die Universitäten, ja das ganze Bildungssystem, stellten bis dahin ein zutiefst konservatives, ja zum Teil reaktionäres Gestrüpp dar, das fast nur für das Bildungsbürgertum durchlässig war. Allerdings hatten sich die Studierendenzahlen seit dem Tiefpunkt in den 1950er Jahren bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre mehr als verdreifacht. Auch kleinbürgerliche Schichten, niedere Angestellte und BeamtenInnen konnten sich Dank des wirtschaftlichen Aufschwungs ein Studium ihrer Kinder leisten. Die überkommenen, traditionellen Strukturen der Hochschulen gerieten in Widerspruch zu den Anforderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

So war selbst die ÖVP-Alleinregierung zwischen 1966 bis 1970 gezwungen, erste Modernisierungsschritte einzuleiten und z.B. das Monopol der damaligen Hochschule für Welthandel für Wirtschaftsstudien zu brechen, wo noch Professoren aus dem Ständestaat, völkische „Ganzheitler“, den Ton angaben. Und es war auch kein Zufall, dass der bekennende katholische Altnazi und Antisemit Taras Borodajkewycz dort Unterschlupf gefunden hatte. Mit der Einrichtung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Wien und der Universität Linz für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, war es erstmals möglich, neben Volkswirtschaft auch Soziologie, Politologie und Informatik zu studieren.

Konservative Dominanz

Bis Mitte der 1960er Jahre gab es eine ungebrochene Dominanz konservativer und reaktionärer Professoren und Studentenverbände an den Hochschulen.

ÖVP-nahe Gruppen dominierten die Studierendenvertretungen größtenteils mit absoluter Mehrheit, der CV vermittelte die höheren Posten, der *Ring Freiheitslicher Studenten* (RFS), dessen erster Vorsitzender der spätere Obmann der neofaschistischen NDP Norbert Burger war, erzielte bis zu einem Drittel der Stimmen. Die sozialistischen StudentInnen (VSSStÖ) kamen auf etwa zehn Prozent. Eine Änderung dieser Verhältnisse trat erst mit dem Widerstand gegen den Naziprofessor Borodajkewycz ein. Der Skandal um dieses faschistische Relikt an einer österreichischen Hochschule im Jahr 1965 wirkte als Katalysator einer Änderung des politischen Klimas nicht nur an einigen Hochschulen, sondern auch in der Öffentlichkeit, die sich zunehmend die Frage stellte, was sich dort abspielt. Seither waren die reaktionären Kräfte an den Unis in der Defensive und verschanzten sich hinter ihrem Begriff von Hochschulautonomie, die allerdings nicht mehr aufrecht erhalten wurde, wenn es galt, gegen linke Studierende vorzugehen.

Es ist hier nicht der Platz, auf die internationalen Entwicklungen einzugehen, die die Studierenden- und Jugendbewegung befördert haben. In Österreich jedenfalls lösten ab 1967 sowohl Vietnam- und Anti-Schah-Demos als auch die Proteste gegen das griechische Obristenregime die pazifistischen Ostermarchdemos zugunsten eines kämpferischen Antiimperialismus ab. Umstrukturierungen in der Verstaatlichten Industrie (z.B. wurden 1965 die Wiener Neustädter Raxwerke und 1969 die Lokomotivfabrik in Floridsdorf geschlossen) vor dem Hintergrund erster Krisenerscheinungen der Nachkriegszeit führten zu Solidarisierungsaktionen linker Studierender. Nicht zuletzt strahlte die deutsche StudentInnenbewegung vielfach auf die österreichische aus.

Es lag auf der Hand, dass all dies auch zu Umgruppierungen in der Hochschülerschaft führen musste. Der RFS verlor rasch an Boden, im bürgerlichen Lager gewannen liberalere Kräfte (Stephan Schulmeister, Karl Aiginger) die Oberhand, die sich als *Österreichische Studentunion* (ÖSU) konstituierten. In vielen Bereichen der Hochschulpolitik ging die Initiative an linke Kräfte über („Unter den Talaren der Muff von 1000

Jahren“). Das alte Disziplinarrecht wurde durch Obstruktion der Studierendenvertretungen abgeschafft. Differenzierungen wurden auch unter den Lehrenden sichtbar, insbesondere im akademischen Mittelbau.

Vereinigung demokratischer Studenten

Kommunistische StudentInnen spielten bis dahin an den Hochschulen kaum eine Rolle. Die *Vereinigung demokratischer Studenten* (VDS), 1946 als antifaschistische, überparteiliche Gruppe gegründet, war – ähnlich wie die *Freie Österreichische Jugend* (FÖJ) – faktisch die kommunistische StudentInnenvereinigung. Sie erzielte bei den Hochschülerchaftswahlen im Jahr 1948 drei Prozent und in den 1950er Jahren meist nur rund ein Prozent, obwohl die KPÖ bis 1959 im Parlament vertreten war und auch in den 1960er Jahren über starke Positionen in den Betrieben und Gewerkschaften und über eine relativ intakte, schlagkräftige Organisation, eine Tageszeitung und zahlreiche Publikationen verfügte, in denen auch bekannte marxistische Intellektuelle publizierten. Die politische Isolierung im Kalten Krieg, der vorherrschende aggressive Antikommunismus, die Ausgrenzung des Marxismus an den Hochschulen und die durch das Bildungsprivileg eingefrorene soziale Zusammensetzung der Studierenden führten dazu, dass die kommunistischen Studierenden schwächer vertreten waren als die KPÖ in der ArbeiterInnenschaft und in der Gesellschaft. Das änderte sich nach 1968. Allerdings waren die Hochschulen für die KPÖ bis zu diesem Zeitpunkt ein untergeordneter, eigentlich fremder Schauplatz, um den sich die Partei kaum kümmerte.

Zum Zeitpunkt des Aufstiegs der anti-autoritären Studierendenbewegung ab 1966 war die VDS kaum mehr präsent. Sie kandidierte auch 1967 erstmals nach 1945 nicht mehr bei den ÖH-Wahlen. Darauf setzte ein Reorganisationsprozess ein, der von einer Gruppe Studenten um Paul Kolm und Ernst Berger eingeleitet wurde. Die KPÖ stellte ein Lokal im 9. Bezirk in der Porzellangasse zur Verfügung. Diese Wiederbelebung kam zur rechten Zeit. Denn damit gab es wieder einen marxistischen Pol in der sich nach links bewegenden StudentInnenschaft,

der rasch an Attraktivität gewann. Im Mai 1968, nach der „Provokation“ am 1. Mai am Rathausplatz, spaltete sich der VSStÖ und es entstand die *Föderation Neue Linke* (FNL), die nunmehr das Zentrum der antiautoritären Bewegung in Wien bis zu ihrer Auflösung 1969 nach dem Happening der Aktionisten im Hörsaal I des Neuen Institutsgebäudes und der darauffolgenden Medienhetze war. In der FNL und später kurzzeitig im SÖS (*Sozialistischer Österreichischer Studentenbund*) sammelten sich auch viele linke StudentInnen, die aus kommunistischen Familien kamen.

Einen besonderen Auftritt hatte die Gruppe am 20. Parteitag der KPÖ im Jänner 1969, als sie uneingeladen während einer Sitzung in den Saal stürmte, einige Parolen rief und die Delegierten ratlos zurückließ. Obwohl der damalige KPÖ-Vorsitzende Franz Muhri in seiner Parteitagsrede betonte, dass wir am „Beginn einer Entwicklung stehen, wo Teile der Intelligenz, der studentischen Bewegung, die in Österreich in der Vergangenheit zum größten Teil eine Stütze des Kapitalismus und der politischen Reaktion waren, in einen wachsenden Gegensatz zu den herrschenden gesellschaftlichen Strukturen kommen und zu potentiellen Verbündeten der revolutionären Arbeiterbewegung werden“, blieben die praktisch-politischen Berührungspunkte mit der StudentInnenbewegung faktisch aus. Das Misstrauen beruhte durchaus auf Gegenseitigkeit, worunter auch die VDS zu leiden hatte.

Die Krise und Spaltung in der KPÖ nach dem Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in die ČSSR im August 1968 erfasste auch die VDS. Sie unterstützte den Reformflügel um Franz Marek, dessen Exponenten am 20. Parteitag im Jänner 1969 zunächst eine Niederlage erlitten und wenige Monate später endgültig aus dem Zentralkomitee ausschieden, aus der Partei austraten oder ausgeschlossen wurden. Die FÖJ trennte sich ebenfalls mehrheitlich von der KPÖ, sodass sich die VDS vor die Entscheidung gestellt sah, sich entweder der FÖJ anzuschließen oder weiter mit der KPÖ verbunden zu bleiben.

Der Schwebezustand hielt nicht lange an. Die VDS war inzwischen zu einem Sammelbecken linker Studierender geworden, nachdem die FLN zerfallen war und der VSStÖ als Studentengruppe der nun Regierungspartei gewordenen SPÖ an Attraktivität einbüßte. Es setzten sich Ende des Jahres 1970 jene in der VDS durch, die in der Wiederannäherung an



VDS-Aktivisten im Hörsaal I des Neuen Institutsgebäudes in Wien: Paul Kolm (sitzend links), Ernst Berger (links vorne), Hermann Dworzak (stehend), Michael Graber (sitzend rechts daneben).

die KPÖ eine taktische Möglichkeit sahen, Anschluss an die ArbeiterInnenbewegung zu finden. Die neue Leitung der VDS unter Walter Lindner ging dabei allerdings von der linksradikalen Position aus, dass sich die fortschrittlichen Intellektuellen, darunter die linke StudentInnenbewegung, nicht als Bündnispartner verstehen sollten, sondern selbst revolutionäre Kerne in der ArbeiterInnenschaft zu bilden hätten, da ihr die KPÖ nicht revolutionär, sondern als im „revisionistischen Sumpf stecken geblieben“ erschien. Im Grunde war diese Konzeption nur die umgestülpte Variante der früheren VDS, die der linken StudentInnenbewegung genügend Potenzial zuschrieb, zumindest zeitweise für die „unbewegliche“ ArbeiterInnenklasse handeln zu können. Die VDS wurde in *Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation* (MLS) umbenannt und vermied im Namen die Bezeichnung kommunistisch, um ihre Distanz zur KPÖ zu dokumentieren. Die von der KPÖ gehegte Hoffnung, die Linksradikalen doch für die Partei gewinnen zu können, scheiterten endgültig Ende 1971, als die MLS die dort verbliebenen KPÖ-Mitglieder ausschloss.

Gründung des KSV

Die Ausgeschlossenen bildeten zunächst eine „Gruppe kommunistischer Studenten“ und gründeten im Oktober 1972 den *Kommunistischen Studentenverband* (KSV). Zur Gründungsversammlung im Saal der damaligen Bezirksorganisation der KPÖ Neubau in der Siebensterngasse, an der etwa 20

StudentInnen teilnahmen – am Ende des Wintersemesters waren es bereits 40 –, sandte die KPÖ den Jugendverantwortlichen des Zentralkomitees, Walter Wachs. Der für die Intellektuellen und Studierenden zuständige Ernst Wimmer blieb fern, da er gegenüber den aus der ehemaligen VDS gekommenen StudentInnen Vorbehalte hatte, weshalb er auch lange auf die „antirevisionistischen“ Linksradikalen setzte. Das änderte sich allerdings bald und führte zur Bildung einer gemeinsamen hochschulpolitischen Kommission. Die MLS orientierten sich in der Folge am *Kommunistischen Bund Westdeutschland* (KBW), einer der zahlreichen K-Gruppen, die als Spaltprodukte der StudentInnenbewegung entstanden, und dessen maoistischen Parolen. Als weiteres Spaltprodukt entstand aus der MLS die trotzkistische *Gruppe revolutionärer Marxisten* (GRM), aus der in den 1980er Jahren die *Sozialistische Alternative* (SOAL) hervorging.

Der KSV lehnte sich zunächst stark an den *Marxistischen Studentenbund* (MSB) *Spartakus* an, der 1971 aus Teilen des ehemaligen *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) entstanden war, von dem eine beachtliche politische Dynamik ausging und der in relativ kurzer Zeit tausende Studierende erfasste. Im Frühjahr 1971 fuhr deshalb eine „fact finding mission“ der Gruppe kommunistischer Studenten vor der Gründung des KSV nach München, um mit der dortigen MSB-Gruppe Kontakt aufzunehmen. Dazu kamen neue Impulse in den kommunistischen Parteien durch die Theorie des Staatsmonopolistischen Ka-

pitalismus (SMK) und der damit verbundenen Analyse und Kritik der aktuellen Entwicklung des Kapitalismus, die auch realistische programmatische Zugänge zu den anstehenden Hochschul- und Bildungsreformen ermöglichten. Kern dieser Analysen war die Schlussfolgerung, dass die Vertretung der sozialen Interessen der Studierenden nicht den Standesdünkel reproduzieren, sondern ein Beitrag nicht nur zur Durchbrechung des Bildungsprivilegs, sondern darüber hinaus auch ein Beitrag zur Durchsetzung allgemein demokratischer Reformforderungen sein können. Umgekehrt war auch klar, dass demokratische Reformen an den Unis vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis abhängen. So gelang es z.B. Anfang der 1970er Jahre, die Drittelparität in den Hochschulgremien durchzusetzen.

Gewerkschaftliche Orientierung

Dieser – etwas irreführend –, „gewerkschaftliche Orientierung“ genannte Kurs bildete die Grundlage für die Politik des KSV, während die Linksradi-kalen diese Orientierung vehement ablehnten. Ähnlich verhielt es sich mit der anti-imperialistischen Solidarität: Während vietnamesische Delegationen während des Krieges auch an der Uni für „Frieden für Vietnam“ auftraten, boykottierte die MLS die Veranstaltungen, da dort nicht die Losung „Sieg im Volkskrieg“ im Vordergrund stand. Nach dem Bruch mit der KPÖ traten auch viele ehemalige „Anti-autoritäre“ der maoistischen MLS bei.

Im Laufe des folgenden Jahres stießen eine Gruppe, die mehrheitlich den Salzburger VSSStÖ repräsentierte, in Graz eine StudentInnengruppe um das 2. Grazer Straßentheater sowie in Wien eine starke Gruppe aus dem *Klub slowenischer Studenten* zum neu gegründeten KSV, der damit erstmals auch in den Bundesländern vertreten war. Eine Stärke der damaligen Entwicklung des KSV war die Herausgabe von zahlreichen Institutszeitungen, die die „gewerkschaftliche Orientierung“ mit marxistischer Kritik an den jeweiligen Lehrinhalten und Professoren verband. Dazu kam eine politische Orientierung auf die Studierendenheime, die noch unter der Fuchtel autoritärer Heimordnungen standen.

Da sich in der BRD bei den JUSOS und beim *Sozialdemokratischen Hochschulbund* (SHB) jeweils SMK-Fraktionen bildeten, färbte dies auch auf den VSSStÖ ab. So gab es etwa Gespräche mit den damaligen Proponenten (Josef Cap, Peter Pelinka), die aber fruchtlos blie-

Das Jahr 1968 und die „Alt-68er“

Es gibt weit mehr „Alt-68er“ als es im Jahr 1968 AktivistInnen der anti-autoritären Studierendenbewegung gegeben hat. Das gilt in besonderem Maße für Graz. Hier war die Bewegung besonders klein – und hier war und ist der Wunsch, sich mit dem Nimbus des „Alt-68ers“ zu schmücken, besonders groß.

Graz in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre: Das war eine Stadt, die von Kleinbürgerlichkeit und von den Restbeständen der Nazizeit bestimmt war. Nur ein Beispiel: Manfred Jasser, der Autor einer Hetzbroschüre aus dem Jahr 1938 über die „Stadt der Volkserhebung“, war wohlbestallter Redakteur des VP-Organs *Südost-Tagespost*. Auch an der Universität war es nicht besonders förderlich für das Studium, wenn man die Frage stellte, was der eine oder andere Ordinarius eigentlich im „Dritten Reich“ gemacht hatte.

Die später werbetechnisch vermarktete Avantgardeliteratur rund um das „forum stadtpark“ war zu einer gerade noch geduldeten Rand- und Nischenexistenz verdammt. In dieser Situation war die Studierendenbewegung in Deutschland und Frankreich der Anstoß dazu, auch in Graz einen Ausbruch zu versuchen. Dabei bildeten sich rasch zwei Flügel in der kleinen Bewegung: Der größere von beiden verstand sich als bürgerlich-liberal und hatte keine Berührungspunkte zur ÖVP, die in ihrer „steirischen Breite“ Ex-Nazis und Anti-Autoritäre in ihren Reihen versammeln konnte. Namen wie Gerfried Sperl, Fritz Kleiner, Gerd Wagner, Wolfgang Pumpernig oder Helmut Strobl gehören zu dieser Tendenz.

Der kleinere Teil, welcher sich als marxistisch oder neomarxistisch begriff, gruppierte sich um den VSSStÖ und wurde stark von Studierenden aus dem Iran oder Griechenland im antiimperialis-

ben. Mit der weiteren Linksentwicklung in der StudentInnenschaft in den 1970er Jahren geriet auch das Ziel, die ÖH in diese Orientierung miteinzubeziehen, in greifbare Nähe. Der KSV konnte bei den ÖH-Wahlen bis Ende der 1970er Jahre nicht nur mit den steigenden Studierendenzahlen mitwachsen, sondern seine Stimmen mehr als versechsfachen. Während die KPÖ bei allgemein-politischen Wahlen ständig an Stimmen verlor, gelang es dem KSV, von einem Prozent im Jahr 1969 auf knapp vier Prozent im Jahr 1981 zuzulegen.

tischen Sinn beeinflusst. Von ihm gingen die ersten Demonstrationen gegen die Militärdiktatur in Griechenland oder gegen den Vietnamkrieg aus, die in Graz – mit TeilnehmerInnenzahlen von 100 bis 200 – stattfanden. In diesem Zusammenhang sind Fritz Auer, Herbert Sebastian, Florian Fasching, Manfred Heindler, Walter Papousek, Helmut Popper, Derek Weber, Franz Stephan Parteder, Erwin Bader oder Ronald Gruber zu nennen.

Beide Strömungen fanden in der Forderung nach einer Demokratisierung der Hochschulen zusammen. Hier konnten auch bleibende Erfolge erzielt werden, inhaltlich und was Äußerlichkeiten betrifft. Durch ein Sit-In an der Uni konnte die Durchführung von politischen Diskussionen in den Hörsälen durchgesetzt werden. Es gab oft recht drastische Vorlesungskritiken („Krach-Krach Kracher, wann kracht es denn endlich?“, rief Gerd Wagner einem Germanistik-Ordinarius zu), die Verspottung der Rektorsinauguration und dergleichen. Gemeinsam war uns auch der Antifaschismus, wobei wir auch direkte Aktionen gegen provokante Auftritte des Neonazis Norbert Burger (beispielsweise im Minoritensaal) durchführten. Das alles spielte sich in einem kleinen Kreis ab, fand aber durch die Medien eine sehr große Resonanz. Die *Kleine Zeitung* veröffentlichte beispielsweise eine Serie über die „rebellischen Söhne“ von Politikern. Und all das wurde durch die in der Tat gesellschafterschütternden Ereignisse in Paris, Berlin oder Prag noch verstärkt.

1968 war auch in Graz ein kurzer Sommer, in dem alle TeilnehmerInnen an der Bewegung noch große Illusionen hatten. In Graz verlief sich die Bewegung sehr bald und nur sehr wenige fanden die Kraft, längerfristig an fortschrittlichen Organisationen wie der KPÖ mitzuwirken, welche – das muss leider gesagt werden – im Jahr 1968 nur eine Nebenrolle spielte. Ich kann mich noch an die steirische Akademie 1968 im Schloss Eggenberg erinnern. Dort referierten Ernst Fischer (KPÖ) und Michael Scharang (damals VSSStÖ) über Kunst und Politik. Ich war von Scharang fasziniert und schüttelte über Fischer nur den Kopf: „Was will der alte Knacker eigentlich bei und von uns?“ Das dachte ich damals. Heute (etwas älter als Fischer damals) würde ich differenzierter urteilen.

FRANZ STEPHAN PARTEDER

Lisl Sinic: „Wollten wir das?“ – Widerstand in Graz 1938

HEIMO HALBRAINER

Ende November 1938 wurde in Graz ein Flugblatt der KPÖ mit dem Titel „Wollten wir das?“ verteilt. Darin hieß es:

„Wollten wir das?“

Dass der letzte Rest von Freiheit des österreichischen Volkes vom Dritten Reich vollständig vernichtet wird?

Dass der Lebensstandard des Arbeiters durch schamlose Abzüge und erpresste Spenden immer tiefer sinkt?

Dass das Anhaltelager in Wöllersdorf verbrannt wurde, um Dutzende Konzentrationslager zu errichten, in denen deutsche Arbeiter dahinsiechen und zu Tode gefoltert werden?

Dass der deutsche Arbeiter durch die Vernichtung aller seiner Errungenschaften auf ein Niveau herabsinkt, das dem eines japanischen Kulis gleicht?

Dass mit dem deutschen Volksvermögen ein Heer von Gestapo-Spitzeln bezahlt wird, welche das Symbol der deutschen Freiheit verkörpern?

Dass der innere Friede in Deutschland so aussieht, dass im Auftrage der braunen Unterdrücker Menschen grauenvoll mißhandelt und Kulturstätten niedergebrannt werden, nachdem man sie vorher beraubt hat?

Dass die deutsche Kultur Formen annimmt, deren man sich im Mittelalter geschämt hätte?

Wollen wir das?“¹

Das Flugblatt ist eines der wenigen Zeugnisse, dass es nach dem Novemberpogrom 1938 in Graz Menschen gab, die sich gegen die Misshandlungen der Jüdinnen und Juden und die Zerstörung der Grazer Synagoge bzw. der Zeremonienhalle zu Wort meldeten. Verfasst wurde dieses Flugblatt von der damals 31-jährigen Kassierin Elisabeth „Lisl“ Sinic, die in der Grazer Zelle der von August Pirker bald schon nach dem „Anschluss“ 1938 neu aufgebauten KPÖ,² aktiv war.

Schwierige Jahre

Lisl Sinic wurde am 22. Juli 1907 als Elisabeth Groß in Graz geboren. Als ihre alleinerziehende Mutter 1913 starb, kam sie zu einer Pflegemutter, einer Marktlieferantin. Nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschule beschloss sie, dass sie nicht wie ihre Ziehmutter als Marktlieferantin enden wolle. Daher studierte sie die Zeitungsannoncen und sah, dass ein Zahntechniker eine Gehilfin sucht. Ohne

weitere Vorkenntnisse stellte sie sich bei ihm vor, wie sie in einem Interview in den 1980er-Jahren angab: „Der hat mich angeschaut, ich war armselig anzogen. Meine Mutter hat mir ja nie was Anständiges kauft. Aber irgendwie hab‘ ich ihm gefallen, sonst hätte er nicht ja gesagt. [...] Hat er gesagt, also morgen kann ich anfangen, aber einen weißen Mantel muss ich haben. Jessas, wo soll den ich einen weißen Mantel hernehmen?“³ Es gelang ihr nicht nur einen weißen Mantel für den nächsten Tag zu organisieren, sie arbeitete dort über zweieinhalb Jahre. Als sie mit 17 Jahren schwanger wurde – sie hatte sich in einen Patienten verliebt –, verlor sie ihre Arbeit. Nach der Geburt ihres im Februar 1925 geborenen Sohnes Ernst fand sie Arbeit als Nachtkassierin in einem Kaffeehaus in Leoben. Vom Vater des Kindes, Johann Macher, wollte sie vorerst nichts wissen. Doch dieser machte sie in Leoben ausfindig und meldete ihre Heirat beim Pfarramt an, „ohne mich zu fragen. Weil ich verdient hab, und er hat nix verdient. Das ist mir erst hintennach aufgegangen. Damals habe ich glaubt, das ist die heiße Liebe von ihm.“ Sie heirateten Ende 1926 in Leoben und wurden sechs Jahre später „vom Tisch und Bett“ geschieden,⁴ ehe 1938 die Ehe auch rechtlich geschieden wurde. In diesen Jahren kam es regelmäßig vor, dass er das Geld, dass sie verdient hatte, versoff: „Einmal im Monat zumindest hat er alles auf den Kopf gestellt. Da ist mein Ehering weg gewesen und mein Armband und alles. Alles ins Versatzamt kommen. Habe ich müssen schauen, dass ich es wieder rauskrieg.“ Um irgendwie über die Runden zu kommen ging sie in den Sommermonaten als Serviererin auf Saison arbeiten. Dazwischen war sie immer wieder arbeitslos. In der Zwischenzeit war ihr Sohn bei ihrer Ziehmutter oder anderen Leuten.

Im Gastgewerbe kam sie mit Leuten der Gewerkschaft der Hotel-, Gast- und Schankgewerbeangestellten in Kontakt, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzten. So wurde sie zunächst Gewerkschaftsmitglied und bald auch Vertrauensperson. Zudem engagierte sie sich in der Sozialdemokratischen Partei, der sie 1927 beitrug. Doch bald schon kam sie immer mehr in Opposition zur Partei, bis sie 1929 ausgeschlossen wurde. In der Folge wurde sie Mitglied beim *Bund*

der Freunde der Sowjetunion, der *Internationalen Arbeiterhilfe* und der *Roten Hilfe*, ehe sie im Oktober 1931 der KPÖ beitrug,⁵ wo sie auch ihren späteren Mann, Albert Sinic, kennen lernte.

Widerstand 1934 bis 1945 in Graz

Innerhalb der KPÖ bzw. der Vereine im Umfeld der KPÖ wirkte sie in Agitprop-Spielgruppen mit, die in kleinen Theaterstücken die politischen und wirtschaftlichen Fragen der Zeit aufgriffen, wobei sie die Spielgruppe der *Internationalen Arbeiterhilfe* leitete. Von diesen Spielgruppen wurden in Graz unter anderem die Stücke „Wie sich der Papst den Feldzug gegen die Sowjetunion vorstellt“, „Hugo steigt“ oder „Der gute Richter“ (1931), „Wer will unter die Soldaten“ (1932), „Der Prolet im Jahr 1933“, „Die Arbeiterin im 3. Reich“ oder „Lenins Vermächtnis“ und „Luxemburgs und Liebknechts Tod“ (1933) aufgeführt.

Als am 12. Februar 1934 der Generalstreik ausgerufen wurde, eilte sie von der Ungergasse, wo sie wohnte, zum Babenbergerpark, wo Waffen ausgegeben werden sollten. Als sie dort keine erhielten, sind sie weiter zur Hackhergasse in den Norden marschiert: „Ich war so ziemlich die einzige Frau. Und wie wir uns in der Hackhergasse formiert haben und es heißen hat, die Gruppe soll warten, die Waffen kommen gleich, ist einer aufgetaucht und hat gesagt: Geht’s alle heim. Es ist alles zusammengebrochen.“ Zwar hatten die Schutzbündler am Nachmittag die Wachstube Hackhergasse gestürmt, die Wachebeamten entwaffnet und zahlreiche Waffen erbeutet, doch hatten sie bald schon nach schweren Kämpfen, bei denen fünf Beamte ums Leben kamen, den Rückzug antreten müssen. Die Folge waren großangelegte Säuberungsaktionen und Durchsuchungen in den Abend- und Nachtstunden: „Wie ich über den Hof nach Hause gegangen bin, sah ich Licht. Denke ich mir, der Ernstl ist aufgestanden und hat Licht gemacht. Wie ich reinschau, sind die Heimatschützer bei mir in der Wohnung. Sie haben alles umgedreht und der Ernstl ist zitternd auf einem Stockerl gesessen.“

In der Folge beteiligte sie sich immer wieder an illegalen Aktionen, streute Flugblätter oder malte Hammer und Sichel auf die Wände. Immer wieder



Elisabeth Sinic (1907–1987)

wurde sie festgenommen und verbrachte so manche Nacht im Gefangenenhaus in der Paulustorgasse, wo sie Johann Stelzl, den Kommunistenreferenten der Polizei, der später auch Leiter der Abteilung für Linksopposition bei der Gestapo war, kennen lernte.

In Graz wirkte ab Ende Dezember 1936 der aus der Sowjetunion zurückgekehrte August Pirker führend innerhalb der KPÖ, der nach dem „Anschluss“ 1938 gemeinsam mit Fritz Kreuzmann und Johann Janeschitz die Organisation neu aufstellte.⁶ Doch vorerst war der Schock über die Machtübernahme der Nationalsozialisten groß, wie sie Jahrzehnte später angab: „Wie der Hitler einmarschiert ist, haben wir Rotz und Wasser geweint. Das war furchtbar. [...] Wir haben geglaubt, es ist aus. Auf der Straße sind sie mit die Schamerl und Stockerl gestanden, damit sie genau schauen haben können, wie der Hitler gekommen ist. Und wir haben geglaubt, die Welt geht unter. [...] Momentan war das so ein Schock für uns, dass wir nicht einmal denken haben an Gegenwehr. Wir haben erst beobachten müssen, was jetzt kommt.“ Doch bald schon wurde sie innerhalb der Grazer Organisation der KPÖ aktiv. Mit Albert Sinic, den sie auf Grund der neuen gesetzlichen Lage im August 1938 heiraten konnte, führte sie eine erste gemeinsame Aktion durch. Ihr Mann, der Tischler war, zimmerte einen kleinen Sarg, den Lisl Sinic schwarz anmalte. Auf die eine Seite schrieben sie ÖSTERREICH rauf, auf die andere malten sie ein Hakenkreuz und einen Totenkopf. Den Sarg ließen sie – in der Früh, als die Arbeiter über die Brücken eilten – bei der nördlichen

Murbrücke ins Wasser, sodass er durch ganz Graz trieb. Und als der Circus Sarrasani mit seiner Attraktion – zwei Menschenaffen – in Graz gastierte und überall die beiden Affen mit dem Programm „Die großen Freunde“ plakatierten, fertigte Lisl Sinic Stempel an: „Auf einem stand Duce und auf dem anderen war ein Fragezeichen. Man hat eh gewusst, dass der andere der Hitler ist. Das war dann meine Aufgabe, überall wo die Plakate waren, kriegt jeder Affe auf die Brust einen Stempel drauf.“

In dieser Zeit betrieb Lisl Sinic in Graz einen Weinkeller mit einem nicht genehmigten Ausschank in einem Hinterzimmer. Dort trafen sich die Grazer Kommunisten. „Das war so eine geheime Parteizentrale bei mir unten. Da haben wir uns getroffen, im dritten Keller hinten. Dort haben wir den Text von dem nächsten Flugblatt besprochen und wer das macht. Das war sowieso immer ich. Ich habe eine Schreibmaschine gehabt.“ Diese Schreibmaschine, die der KPÖ Graz gehörte, wurde ihr von Fritz Kreuzmann übergeben, der sie von August Pirker bekommen hat. Mit dieser Schreibmaschine verfasste Lisl Sinic u.a. auch das Flugblatt mit dem Titel „Wollten wir das?“, das in der Folge von anderen vervielfältigt und nach einem genauen Plan in Wohnungsbriefkästen eingeworfen sowie verstreut wurde. Um die Weihnachtszeit produzierte sie gemeinsam mit Johann Janeschitz ein Flugblatt mit dem Titel „Des Österreichers Weihnachtsbaum“. Dabei haben sie „einen Weihnachtsbaum gezeichnet und auf jedes Zweiglein haben wir etwas gehängt – „Dachau“, „Henkerbeil“, „Judenstern“.⁷

Spitzel und Verfolgung

Bereits im Sommer 1938 gelang es der Gestapo in Graz in diese Organisation einzudringen. Um – wie es in einem Bericht der Gestapo vom September 1938 hieß – „staatspolizeiliche Maßnahmen gegen die zunehmende kommunistische und marxistische Tätigkeit in Österreich zu ergreifen“, ordnete der Leiter der Sicherheitspolizei am 26. September 1938 an, „alle führenden Funktionäre der KPÖ und SPÖ, sofern erwiesen oder den Umständen nach anzunehmen ist, dass sie sich nach wie vor im staatsfeindlichen Sinne betätigen, bis auf weiteres in Schutzhaft zu nehmen.“⁸ Im Zuge dieser Aktion wurden im Bereich der Staatspolizeistelle Graz über 40 Personen festgenommen. Obwohl die Gestapo hier nur auf Verdacht hin Personen verhaftet hatte, war ihr mit dieser Aktion ein

großer Schlag gegen die KPÖ geglückt, wie der Gestapobericht vom 31. Oktober festhält: „In meinem Bericht vom 1.10.1938 habe ich angeführt, dass Ende September in Graz auch Personen festgenommen wurden, welche in dem dringenden Verdachte standen eine illegale komm. Organisation aufzubauen bzw. aufgebaut zu haben. Einer der Verhafteten legte ein volles Geständnis ab und konnte als V-Mann gewonnen werden. Er wurde mit den anderen Verhafteten, denen aus taktischen Gründen keine Vorhaltungen gemacht wurden – ihre Verhaftung wurde anderwärtig begründet – sofort wieder auf freien Fuß gesetzt und hält seither die Staatspolizeistelle Graz über die Arbeitsweise und Tätigkeit der Komm. Partei in Steiermark in einwandfreier Weise auf dem Laufenden.“⁹ Dieser V-Mann war Fritz Kreuzmann, etwas was sich Lisl Sinic nicht hat vorstellen können: „Ja, und der Fritzl, auf den hätte wir schwören können, dass er echt ist. Das war für mich *der* Genosse. Was glaubst, wie ich begeistert war. Und er war der größte Gauner!“ Kreuzmann hielt nach seiner Freilassung die Gestapo am Laufenden, bis alle Verbindungen der Leitung von Graz in die West- und Oststeiermark sowie nach Maribor in Slowenien bekannt waren, ehe die Gestapo im Dezember 1938 in Weiz und am 23. Februar 1939 auch in Graz zuschlug und über 80 Mitglieder der KPÖ festnahm. Unter ihnen waren auch Lisl und Albert Sinic sowie ihr Schwager Erich Sinic, der zunächst Bezirkssekretär von Graz und von 1950 bis zu seinem frühen Tod 1953 Landessekretär der KPÖ Steiermark war.¹⁰

In einer Radiosendung nach der Befreiung 1945 berichtete Lisl Sinic über die Verhaftung und die seelische Folterung durch den Gestapobeamten Stelzl: „Also, es war einmal – der 23. Februar 1939. Da kam in den frühen Morgenstunden zwei ‚Herren‘ von der Gestapo zu uns. Wir waren gerade im Begriffe aufzustehen. Die beiden machten eine Hausdurchsuchung, die natürlich ergebnislos verlief. [...] Dann wurde mein Mann und ich für verhaftet erklärt. Im Namen des deutschen Volkes natürlich. In der Wohnung zurück blieb mein damals 13jähriger Sohn. Wisst Ihr Zuhörer, wie der Bub mit seinen blauen Augen mich ansah, als ich ihn noch einmal drücken wollte und der eine der Schergen mich zurückriss? [...] Dann bei der Gestapo. – Wie rannte ich in meiner Zelle auf und nieder – traute mir gar nicht auszudenken, wie es meinem

Buben ergehen wird. [...] Der Referent Stelzl versprach mir, mich sofort zu meinem Kinde nach Hause zu lassen, wenn ich ihm nun endlich alles erzähle, was ich von meinen Genossen wusste. Und als er sah, dass ich ihm kein Wort erzähle, schrie er: Ihren Sohn sehen Sie nimmer! Wohl wankte der Boden unter meinen Füßen und wie zugeschnürt war meine Kehle. [...] Bis Stelzl läutete und einen Gefängnisaufseher anschrie: Führen Sie diese Rabenmutter ab!¹¹

Der Generalstaatsanwalt klagte sie wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und „Beeinflussung der Massen durch Herstellung und Verbreitung von Schriften“ an.¹² Da man ihr aber bis auf das Verfassen des Aufrufs – den verfasst zu haben sie auch gestand – nichts nachweisen konnte, wurde sie am 5. Juli 1940 zu zwei Jahren und zwei Monaten Zuchthaus verurteilt und ins Zuchthaus Aichach nach Bayern überstellt.¹³ Ihr Mann wurde nicht angeklagt, sondern an die französische Front abkommandiert. Als sie im Zuchthaus Aichach war, sahen sie sich ein letztes Mal. „Mein Mann kam von der Front nach Aichach mich besuchen. Sieben Minuten Sprechzeit, getrennt durch ein Gitter. Als die sieben Minuten um waren, fragten unsere Blicke: Werden wir uns wiedersehen?“¹⁴ Sie haben sich nicht mehr gesehen, da Albert Sinic am 15. Mai 1942 gefallen ist. Lisl Sinic kam Ende April 1941 wieder nach Graz zurück, wo sie kurz mit ihrem Sohn wieder zusammenlebte, ehe auch der zur Wehrmacht einberufen wurde und im August 1944 umkam. Nach ihrer Rückkehr nach Graz konnte sie politisch nicht mehr aktiv sein – „ich hätte ja jeden gefährdet.“

Nach der Befreiung berichtete sie in Radiosendungen über ihren Widerstand und die Verfolgung durch die Nationalsozialisten, nachdem ein Mister Groll von der britischen Militärregierung¹⁵ bei ihr aufgetaucht war. „Eines schönen Tages war der Mister Groll da. In meiner Wohnung. Hat sich vorgestellt und gesagt, sie suchen eine verlässliche Antifaschistin für Durchsagen. Ja, selbstverständlich mache ich das. Hat er gesagt, das hat einen Haken, denn ich muss das auch selbst schreiben. Und es habe noch einen Haken, denn ich soll nicht glauben, was ich schreibe, kann ich auch durchgeben. Das wird kontrolliert. Und wer ist der Kontrollor, habe ich gefragt. Er, der Mister Groll, und er ist auch ein Antifaschist. Ich habe gesagt, dann kann nichts schief gehen. Und habe geschrieben, was mir eingefallen ist und was ich unter die

Leute bringen wollte. Der Mister Groll hat sich das angeschaut und ein bisschen gestrichen. Wenn er zu viel gestrichen hat, habe ich mich aufgeregt. Und jeden Donnerstag habe ich dann eine Sendung gehabt. Aber nicht lange.“

Lisl Sinic arbeitete in der Folge als Fernschreiberin bzw. Telefonistin bei der Zeitung der KPÖ Steiermark *Wahrheit* bzw. später beim *Österreichischen Volksverlag*. Am 17. September 1987 starb sie im Alter von 80 Jahren in Graz.

Anmerkungen:

1/ Flugblatt zit. nach: OJs 53/40, Anklageschrift gegen Elisabeth Sinic, 30.4.1940.

2/ Zu August Pirker siehe: Heimo Halbrainer: August Pirker: Widerstand in Österreich und Griechenland, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 3, S. 14–18.

3/ Elisabeth Sinic: Die haben nur Flintenweib zu mir gesagt, in: Karin Berger/Elisabeth Holzinger/Lotte Podgornik/Lisbeth N. Trallori (Hg.): *Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand. Österreich 1938–1945*. Wien 1985, S. 88–99, hier S. 89. Ein Transkript des Interviews mit Elisabeth Sinic wurde mir dankenswerterweise von Elisabeth Holzinger zur Verfügung gestellt. Wenn nicht anders angegeben, stammen die Zitate aus diesem Interview bzw. dem überarbeiteten Transkript.

4/ Matriken der Pfarre Leoben-St. Xaver, Traubuch XII (27.11.1923–31.12.1937), Eintrag der Hochzeit am 15.12.1926 (online verfügbar unter: <https://matriken.graz-seckau.at>).

5/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Fragebogen, 14.12.1951.

6/ Halbrainer: August Pirker.

7/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) 682, Elisabeth Sinic an den KZ-Verband Wien, 1961.

8/ DÖW 4236, Gestapo Graz, Tagesbericht, September 1938.

9/ DÖW 1446, Gestapo Graz, Monatsbericht über die KP im Bereich der Staatspolizeistelle Graz für Oktober, 31.10.1938.

10/ Archiv des KZ Verbands Steiermark, Erich Sinic: Fragebogen des Landesverbands ehemals politisch verfolgter Antifaschisten, 23.9.1947; ZPA der KPÖ, Genosse Sinitsch gestorben, in: *Österreichische Volksstimme*, 18.1.1953, S. 2.

11/ Transkript der Radiosendung von Lisl Sinic, 29.11.1945.

12/ OJs 53/40, Anklageschrift gegen Elisabeth Sinic, 30.4.1940.

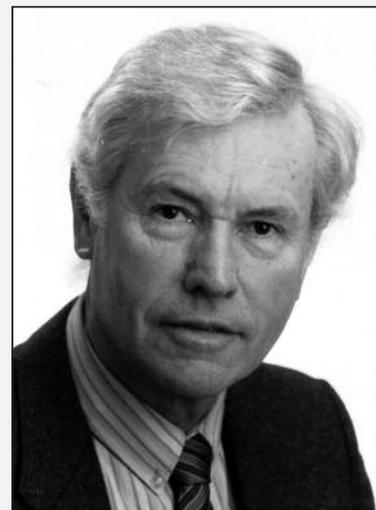
13/ OJs 53/40, Urteil gegen Elisabeth Sinic, 5.7.1940.

14/ Radiomanuskript von Lisl Sinic, 1945.

15/ Zum britisch kontrollierten Rundfunk siehe: Josef Müller: *Nachrichtenmedien und britische Besatzung in Kärnten und Steiermark 1945*. Diplomarbeit Universität Graz 1991, S. 96–100.

Karl Rußheim (1931–2018)

Die *Alfred Klahr Gesellschaft* trauert um Karl Rußheim, der am 27. März im Alter von 86 Jahren verstorben ist. Der am 15. Mai 1931 geborene Rußheim wuchs in einer Donawitzer Arbeiterfamilie auf. Nach einer Friseurlehre begann er im Hüttenwerk Donawitz zu arbeiten, wo er nach dem Oktoberstreik des Jahres 1950 entlassen wurde. Kurz darauf trat er der KPÖ bei. Wenige Jahre später konnte er ins



Donawitzer Werk zurückkehren, wo er 1956 zum Betriebsrat gewählt wurde. Rußheim entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten zum „Motor“ der KPÖ-Betriebsorganisation. Als Zentralbetriebsrat stieg er stieg bis in den Aufsichtsrat der VOEST-Alpine auf. Lange Jahre war er Arbeiterkammerrat in der Steiermark und gehörte der Landesexekutive des ÖGB an. Dabei konnte er sich weit über die KPÖ hinaus großes Ansehen erwerben. Bereits im Ruhestand wurde er Gemeinderat in seiner Heimatgemeinde Trofaiach. Als die *Alfred Klahr Gesellschaft* im Jahr 2006 eine engere Kooperation mit der KPÖ Steiermark begann, war Rußheim einer der Referenten am Symposium zum Thema „60 Jahre Verstaatlichungsgesetz“, wobei er über die sozialen Errungenschaften in der Verstaatlichten Industrie sprach. Mit Karl Rußheim verliert die kommunistische Bewegung in Österreich einen ihrer ganz großen Arbeiterfunktionäre.

Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs (Teil 4)

Fortschreitende Hungerkrise und politische Radikalisierung im Sommer 1919

PETER MÄRZ/SABINE FUCHS

Im Sommer und Herbst 1919 verschlimmerte sich die Hungerkrise und mit ihr der Unmut in der Bevölkerung. Bauern und Schlachter hielten regelmäßig Fleisch für Schleichhandel und Eigenbedarf zurück,¹ was dazu führte, dass Ende Juli in Linz die Ausgabe von Fleisch auf 100 Gramm wöchentlich gekürzt wurde. Aus Gmunden wurde empört auf die üppige Hofhaltung des Herzogs von Cumberland hingewiesen, dessen Verwalter Lebensmittel einmauern ließ um sie nicht „mit dem Volk teilen“ zu müssen.² Auch die Versorgung von Sommerfrischlern mit einheimischen Lebensmitteln stieß auf Kritik. So zog im Juli 1919 eine Demonstration von ArbeiterInnen aus Pettighofen, Lenzing und Raudaschmühle nach Seewalchen, wo es zu Plünderungen kam. Grund war die Bevorzugung der Sommerfrischler bei der Lebensmittelausgabe zu Lasten der einheimischen Bevölkerung.³

Nur kurze Zeit später gingen Meldungen durch die Presse, dass der christlich-soziale Staatssekretär für Landwirtschaft Josef Stöckler – er sollte wenige Monate später bei der Gründung der Heimweh-

ren noch eine Rolle spielen – 240 kg Mehl und 2.592 Stück Zigaretten, die in der Gegend von Enns im Schleichhandel erworben und dort beschlagnahmt worden waren, illegal nach Wien transportieren wollte.

Auch in Gmunden und Bad Ischl kam es im Herbst zu Protestaktionen, an denen rund 2.000 bis 3.000 Menschen teilnahmen und in deren Verlauf es zu Gewalttätigkeiten gegen Geschäftsinhaber und zu Plünderungen kam.⁴ Am 18. Dezember 1919 fand vor der Bezirkshauptmannschaft in Perg eine Hungerdemonstration mit etwa 1.000 ArbeiterInnen statt. Die Wut der Demonstranten richtete sich hier vor allem gegen den zuständigen Bezirkssekretär, gegen den Getreideinspektor sowie gegen einen Großkaufmann, der verlauten hatte lassen, man solle doch „in den Pöbel dreinfuern“.⁵ Als behördliche Kontrollen zeigten, dass die von den Bauern ohnedies nur noch in geringem Umfang angelieferte Milch auch noch entrahmt, verwässert und von schlechter Qualität war, bestärkte dies große Teile der Bevölkerung in der Überzeugung, dass die Stadtbevölkerung systematisch durch die Bauern sabotiert wurde.⁶

Die vor allem von den Arbeiterräten erhobene Forderung nach einer adäquaten Versorgung der städtischen Bevölkerung führte zu aggressiven und zum Teil gewalttätigen Reaktionen in den ländlichen Bezirken. So wurde der Arbeiterrat und sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Emil Baumgärtl am 3. April 1920 in einem Wirtshaus in Schörfling im Bezirk Vöcklabruck von einer Gruppe deutschnationaler Turner, die mit Stöcken und Schlagringen bewaffnet waren, überfallen und krankenhausreif geschlagen.⁷

Der 10. Mai 1920 und seine Nachwirkungen

Die nächsten größeren Unruhen fanden am 10. Mai in Linz statt. Sie hatten zwei geografische und soziale Ausgangspunkte. In der Strasserau unweit des Hafens war für 14 Uhr eine Versammlung der Gewerkschaft der Bau- und Erdarbeiter geplant. Zu etwa derselben Zeit kam es am Hauptplatz zu einer spontanen Aus-

einandersetzungen zwischen Gendarmeriebeamten und einer sukzessive größer werdenden Menschenmenge, die sich vor allem am Verbleib von auswärtigen Gendarmerieeinheiten entzündete, die sich seit einer Protestkundgebung von Kriegsinvaliden am 28. April in der Stadt befunden hatten.⁸ „Linz ist von weißen Gardien besetzt“ war das Motto dieser Proteste.⁹ Die am Hauptplatz befindlichen etwa 50 Gendarmen und Sicherheitswachleute, die in kurzer Zeit auf etwa 130 Mann aufgestockt wurden, wurden ausgepiffen und beschimpft. Erste Versuche, den Platz zu räumen, misslangen.¹⁰

Als sich Gerüchte über diese Ereignisse in der Gewerkschaftsversammlung in der Strasserau herumsprachen, begaben sich nach und nach kleinere Gruppen der Bauarbeiter in Richtung Hauptplatz und durchbrachen dabei eine mittlerweile eingerichtete Absperrung der Gendarmerie.¹¹ Gegen 16 Uhr war der Hauptplatz voll besetzt, wobei sich die Menschenmenge aus unterschiedlich motivierten Gruppen mit verschiedenen sozialen und politischen Hintergründen zusammensetzte. Zu der ersten, spontanen Demonstration und den hinzugekommenen Bau- und Erdarbeitern kam nun auch das Verkaufspersonal jener Geschäfte, die aus Angst vor der Gewerkschaftsversammlung früher geschlossen worden waren. Das hatte zur Folge, dass die Gendarmerie um etwa 16.15 den Durchgang Hauptplatz/Landstraße sperrte; gegen 17 Uhr konnte sie die etwa 1.500 Demonstranten zurückdrängen und einen Teil des Hauptplatzes räumen.

Die mit aufgesetztem Bajonett vorrückende Gendarmerie erregte den besonderen Unmut der Demonstranten. Ein 18-jähriger Hilfsarbeiter wurde beim Versuch, sich der Räumung des Platzes zu widersetzen, durch einen Bajonettstich verletzt. Zu diesem Zeitpunkt erreichte der Großteil der Bauarbeiter den Hauptplatz, die Menge versuchte nun, das Rathaus zu stürmen, was von der Polizei verhindert werden konnte. Mittlerweile waren durch den abendlichen Fabrikschluss weitere Arbeiter auf der Straße; die Situation wurde auch durch die einbrechende Dunkelheit immer un-

„30 bis 40 [...] bereits anwesende und noch herbeigerufene [...] ari-sche Helden [...] fielen [...] wie auf ein Kommando über Baumgärtl und die anderen drei Genossen her, hieben mit Stöcken und anderen Heldenwaffen auf sie ein, schlepp-ten Baumgärtl aus dem Hause und schlugen neuerdings auf ihn so lan-ge los, bis er bewußtlos zu Boden fiel. Aber damit war dem Helden-mut der deutschen Recken noch nicht genüge geleistet. Sie warteten so lange, bis Baumgärtl wieder das Bewußtsein erlangte und hieben in ihrer Auferstehungsstimmung neu-erdings auf ihn ein, bis er mit dem Kopfe in ein Fenster stürzte. Genos-se Baumgärtl wurde am Kopfe, an der Schläfe und im Gesichte ziem-lich schwer verletzt und ist es wohl nur einem Glücksfall zuzuschrei-ben, daß er mit dem Leben davon-kam.“ (Tagblatt, 7.4.1920, S. 2)

übersichtlicher. Aus Angst vor Plünderungen mobilisierten die Verantwortlichen weitere Gendarmerieeinheiten, eine Reitereinheit sowie eine Maschinengewehreinheit der Volkswehr. Um etwa 19.15 misslang ein neuerlicher Versuch, den Hauptplatz zu räumen. Kurz danach versuchte ein Teil der Demonstranten, in die Schlosskaserne zu gelangen, wo die Anführer jedoch überwältigt und verhaftet und alle anderen in Richtung Hauptplatz zurückgetrieben wurden.

Dort kam es zu immer aggressiveren Rangeleien zwischen der Volkswehr und den Demonstranten. Der Vorsitzende des Garnisonsoldatenrates Winkler wurde durch einen Messerstich verletzt. In dieser Situation fiel ein Schuss, von dem nie geklärt wurde, ob er von einem Angehörigen des Sicherheitspersonals oder einem Demonstranten abgegeben wurde. Die Volkswehr nahm dies jedoch zum Anlass, auf die Menschen zu feuern, zunächst über die Köpfe der DemonstrantInnen hinweg, dann auf die in Panik zurückweichende Menge. Dabei wurden sieben Menschen, darunter zwei Frauen, erschossen und 24 weitere zum Teil schwer verwundet. Zwei Personen erlagen im Krankenhaus ihren Schussverletzungen. Etliche Personen wurden auf der Flucht niedergetrampelt.

Die Auseinandersetzungen gingen die ganze Nacht weiter, es kam aber nicht zu weiteren Todesopfern. Noch während der Ereignisse wurde von den Sicherheitsbehörden in Übereinkunft mit Landesregierung, dem Landesgerichtspräsidenten und dem Staatsanwalt das Standrecht über die Gerichtsbezirke Linz Stadt, Linz Land und Urfahr verhängt. Es folgte eine Verhaftungswelle, wobei die meisten der Verhafteten und Verletzten arbeitslose oder in schlecht bezahlten Stellungen tätige Jugendliche waren. Wieder befanden sich unter den Verhafteten viele Frauen, die gegen die schlechte Versorgungslage protestiert hatten.

Die neun bei den Unruhen des 10. Mai Erschossenen wurden zwischen dem 13. und dem 15. Mai beigesetzt, wobei die Termine frühmorgens und nicht öffentlich bekannt gegeben waren und das Friedhofsareal von der Polizei abgesperrt wurde.¹² Nach den Beisetzungen wurde noch am 15. Mai das Standrecht wieder aufgehoben.¹³ Am 15. Juni 1920 begannen die Prozesse gegen die in Folge der Unruhen Verhafteten.¹⁴ Insgesamt wurden in den Prozessen 26 Menschen in erster Instanz zu insgesamt 38 Jahren und sieben Monaten Kerker verurteilt.¹⁵ Einer der Angeklagten hatte sich vor der



Volksschulkinder aus Freistadt (1919/20) mit US-Flagge anlässlich von Lebensmittelspenden aus den USA.
Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt

Verhandlung in seiner Zelle erhängt, ein anderer starb während der Haft an den Folgen einer Leuchtgasvergiftung.¹⁶

Die Tragödie vom Mai 1920 war Höhe- und Endpunkt gewalttätiger Konflikte in Oberösterreich. Zwar kam es auch im Lauf der folgenden Monate und Jahre immer wieder zu Demonstrationen, jedoch nahmen sie bei Weitem nicht mehr diese Ausmaße an. Von einer allgemeineren Verbesserung der wirtschaftlichen Lage konnte nicht die Rede sein, dennoch entschieden sich die Behörden die Bewirtschaftungsmaßnahmen von Lebensmitteln auszusetzen und schließlich ganz auslaufen zu lassen.¹⁷ Obwohl damit die wichtigste Forderung der Bauern erfüllt worden war gingen die politisch motivierten Gewaltakte gegen Arbeiterräte und andere Arbeitervertreter weiter. So wurden der Grünburger Arbeiterrat Peter Wegscheider und zwei weitere Arbeiter am 17. Mai 1921 von „Bauernburschen“ überfallen, niedergestochen und lebensgefährlich verletzt.¹⁸

Gewaltakte dieser Art setzten sich auch in den darauffolgenden Jahren fort, verloren jedoch durch die Auflösung der Arbeiterräte im Jahr 1924, die durch zunehmende Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hervorgerufen wurde, zunächst an Brisanz. Auch die langsame Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die durch die Völkerbundanleihe, die Währungsreform und zahlreiche, nicht zuletzt politisch motivierten Lebensmittelhilfsaktionen vor allem aus den USA erreicht wurde, trug zu einem Abebben der Gewalt bei.

Anmerkungen:

- 1/ Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), Landeswirtschaftsamt, Kt. 148, II–3, Zl. 24.407.
- 2/ Ebd., Kt. 297, III–2, Zl. 1.379.
- 3/ OÖLA, Statthalterei, Kriegssammlung Erster Weltkrieg, Kt. 114, Abt. 6B, , Zl. 4.624/1919.
- 4/ *Tagblatt*, 17.9.1919, S. 7.
- 5/ *Tagblatt*, 23.12.1919, S. 4.
- 6/ Kraus, Johannes: Revolutionäre Momente in Oberösterreich? Die Hungerdemonstration im Februar 1919 und der Aufruhr im Mai 1920 in Linz. Staatsprüfungsarbeit Institut für Österreichische Geschichtsforschung. Wien 1989, S. 116.
- 7/ OÖLA, Statthalterei, Präsidium 1851–1925, Kt. 114, Zl. 1.868/12.665/1920.
- 8/ Ebd., Zl. 2.565/1920.
- 9/ Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. Wien, Zürich 1987, S. 538.
- 10/ OÖLA, LG Linz, Sondergerichte, Politische Gerichtsakten, Kt. 936, Fasz. 5, Vr VI 1185-44/1920 v. 19.5.1920.
- 11/ *Linzer Tages-Post*, 11.5.1920, S. 1f.; *Tagblatt*, 12.5.1920, S. 2; OÖLA, LG Linz, Sondergerichte, Politische Gerichtsakten, Kt. 936, Fasz. 5, Vr VI 1185-44/1920, Bericht v. 19.5.1920; *Die Rote Fahne*, 2.6.1920, S. 3.
- 12/ *Tagblatt*, 15.5.1920, S. 2.
- 13/ *Tagblatt*, 16.5.1920, S. 1.
- 14/ *Linzer Tages-Post*, 17.7.1920, S. 5.
- 15/ Kraus: Revolutionäre Momente in Oberösterreich, S. 184.
- 16/ OÖLA, LG Linz, Sondergerichte, Politische Gerichtsakten, Kt. 936, Fasz. 5, Vr VI 1185-44/1920.
- 17/ Reisenberger, Veronika: Der Linzer Arbeiterrat 1918–1924. Hausarbeit Universität Salzburg 1978, S. 38.
- 18/ *Linzer Tages-Post*, 19.5.1921, S. 4.

Erinnerungen an die Anfänge der FÖJ in Wiener Neustadt

ERICH SAMECK

Ende Juni 1945 erhielt ich meinen Entlassungsschein aus einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager in Bayern. Die 17-Jährigen waren als erste dran. Nach 18 Tagen und dem Durchschwimmen des Demarkationspunktes Enns bei Großreifling kam ich in Wiener Neustadt an. Einige Tage später traf ich Martha Ivancsich, die in der NS-Zeit gemeinsam mit ihrem späteren Mann Ludwig Raffelsberger verhaftet und zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Mit beiden verband mich in den folgenden Jahrzehnten eine enge Freundschaft und Zusammenarbeit. Von Martha kam damals ein für mich entscheidender Anstoß: Sie klärte mich auf, dass ein Beitritt zu einem kommunistischen Jugendverband nicht möglich sei, weil es ihn nicht gab. Dafür gab es die überparteiliche *Freie Österreichische Jugend* (FÖJ), in der junge Kommunistinnen und Kommunisten unbedingt mitwirken sollten. „Du natürlich auch“, klang beinahe wie eine Anordnung. Tags darauf ging sie mit mir zur Bezirksleitung der FÖJ im Stadtpark von Wiener Neustadt. Diese hatte in der vormaligen Zentrale der Gestapo Quartier bezogen. Ich wurde vorgestellt, Martha machte ein bisschen Sums über meine angeblichen Qualitäten, und schon war ich Mitglied der Bezirksleitung, konkret als Ernteinsatzleiter. In der KPÖ nannte man so etwas später „Berufsrevolutionär“.

Die Stadt war damals praktisch ein Trümmerhaufen. Hunger, Wohnungsnot, Aufräumarbeiten und das Warten auf liebe Menschen, die der Moloch Krieg noch immer in seinen Klauen hielt, bestimmten den Tagesablauf. Erwachsene und Jugendliche setzten sich mit ihrer ganzen Kraft und Begeisterungsfähigkeit für den Aufbau und eine Normalisierung der Verhältnisse ein. Es gab aber auch genug von der anderen Sorte, die jede Gelegenheit nutzten, ihr eigenes egoistisches Süppchen zu kochen. Mittendrin suchten wir FÖJler Wege, um zu helfen und unter den jungen Leuten Kräfte zu finden, die mit uns den geistigen und realen Trümmern zu Leibe rücken sollten.

Überparteiliche Jugendorganisation

Anfangs sah es mit der Überparteilichkeit recht gut aus. Was sich bei uns zusammenschartete, kam aus allen Ecken:

Arbeiterkinder, Bürgerstöchter, Unpolitische und Ehemalige waren für eine neue Gemeinsamkeit. Wer damals dabei war und die Struktur der neugegründeten Jugendorganisation im Gedächtnis behielt, müsste sich darüber im Klaren sein, wie schief wir lagen. Die von uns angefachte Flamme des Einheitsgedankens war in mehrfacher Hinsicht eine Illusion. Die führenden Leute von SPÖ und ÖVP dachten nicht einmal im Traum daran, diesen Gedanken zur Tat werden zu lassen. Um es am Wiener Neustädter Beispiel zu dokumentieren, genügt die Feststellung eines Gegensatzes: Der massenhafte Zustrom von Jugendlichen, die man mit allen politischen Farben hätte kennzeichnen können, fand in der Bezirksleitung keine Widerspiegelung. Wer gehörte ihr an? Jani Schügerl, Karl Petek, Willi Strejc, Leopold Schweiger, Friedl Baudisch, Elfi Grebesits, Hans Murawatz und Erich Sameck waren Kommunisten. Sozialistische Funktionäre fehlten. Jeder Versuch unsererseits, solche zu gewinnen, schlug fehl. Als einzig herausragenden „Schwarzen“ konnten wir auf Walther Kellerer verweisen. Hochintelligent und mit einer blendenden Redegabe versehen, schien er ein Trumpfpass für die Gewinnung von Jugendlichen aus dem bürgerlichen Lager zu sein. Zielstrebig setzte er seine Begabungen ein, um Aufgaben im Landes- und Bundesmaßstab zu erlangen. Sein Plan ging auf – mit unserer nachdrücklichsten Unterstützung gegen Funktionäre, die bereits mit einem kommunistischen Alleinvertretungsanspruch liebäugelten. Die Aufdeckung, was Kellerer wirklich wollte und wer seine Hintermänner waren, traf uns hart. Er sollte, und das hat der Wiener Neustädter ÖVP-Mandatar Rudolf Marwan-Schlosser später in einem Buch dokumentiert, die FÖJ „umdrehen“, um sie zu einem Anhängsel der von Leopold Figl protegierten Jugendbewegung zu machen. Eine solide Basis hatte er bereits erreicht, indem er seit 1946 Landesobmann und Bundesleitungsmitglied war. Mit der Entlarvung seiner Absichten verlor die FÖJ einen nicht unwesentlichen Teil jener Jugendlichen, die mit einer KP-„Überparteilichkeit“ nichts zu tun haben wollten.

Unabhängig von derartigen Machtspielchen kamen wir den gegebenen Aufgaben mit Freude, Begeisterung und Ziel-

strebigkeit nach. Es wurde geworben, Gruppen wurden organisiert, Heimabende durchgeführt und verschiedenste Veranstaltungen auf die Beine gestellt. Was mich betrifft, so wurde ich bald als Ernteinsatzleiter verabschiedet und bekam die Arbeitsgebiete Kultur, Agitation, Zeitungswerbung und Koordination übertragen. Das Zusammenwirken funktionierte großartig. Sekretärin war damals noch Gretl Goldschmidt, die Tochter des VP-Vizebürgermeisters Johann Goldschmidt, der sich während des Krieges als bedingungsloser Antifaschist bewährt hatte. Er half bei verschiedenen Gelegenheiten. Jani Schügerl war ein umsichtiger Bezirksobmann, mit dem es nur dann Reibereien gab, wenn er zu selbstherrlich die Aufgaben vorgeben wollte. Wir sahen uns als Demokraten, von Führern wollte niemand etwas wissen. Palaver stand im Hintergrund, vordergründig war die Bewältigung der Aufgaben.

Jugendfunktionärsschule

Bevor ich richtig durchstarten konnte, wurde beschlossen, mich zur ersten Jugendfunktionärsschule nach Wien zu entsenden. Die ersten 25 Teilnehmer kamen ohne Ausnahme aus der sowjetischen Besatzungszone. Die Vortragenden waren ein buntes Häuflein. Sie waren alle wesentlich älter als unser Durchschnitt, kamen aus KZs, Zuchthäusern oder der Emigration, und bemühten sich wahrlich, uns mit Lehrstoffen bekannt zu machen, von denen die wenigsten ein Hörensagen hatten. Antifaschismus, österreichische Geschichte und Literatur, Soziologie, Heimabendgestaltung, Gewerkschaftsarbeit, und dazu eine Menge von Hinweisen, wie unsere künftige politische Praxis zu bewältigen wäre. Alles in vier Wochen, beginnend mit Mitte August. Untergebracht waren wir zunächst in der Kufner-Villa in Döbling bis zur Ankunft der Amerikaner, die unsere Behausung sofort in Beschlag nahmen. Die restliche Zeit verblieben wir im Czartoryski-Schlüssel im 18. Bezirk. Die Verpflegung bestand aus Erbsen, Erbsen und Erbsen. Niemand maulte. Marxismus war kein Programmpunkt. Vollgestopft mit Theorie kehrte ich nach Wiener Neustadt zurück.

Anfangs war die Jugendarbeit mit eher banalen Fragen belastet, etwa ob man Mädchen und Burschen gemeinsam in



Pfingsttreffen der Freien Österreichischen Jugend (FÖJ) in Wiener Neustadt im Jahr 1949

Gruppen zusammenführen solle (was durch die Praxis rasch gelöst war). Nun ging man aller Orten daran, Überlegungen und Zielstellungen planvoll zusammenzufassen. Organisationsfragen mussten gelöst werden. Dazu zählten die Gruppenbildung, die Kassierung, die Aktivistenschulung, die Heimabendgestaltung, die Veranstaltungen (Neugründung von Tanz- und Theaterzirkeln, Literatur- und Musikgemeinschaften, Arbeitseinsatz-, Streich- und Plakatierungsaktionen, Sportbewerbe sowie Berichterstattung für *Jugend voran*, das zentrale Presseorgan der FÖJ). Später gründeten wir mit *Unser Bezirk* ein eigenes Monatsblättchen, bei dem ich mir erstmals journalistische Sporen verdiente. Mit den Literatur- und Musikgemeinschaften hatte ich einen Haufen Arbeit am Hals. Bei Tanzabenden klimperte ich auf dem Klavier die gängigen Schlager. Zur Kultur zählten wir Vorträge, Buchempfehlungen, Theaterensemblebildungen, Kinobesuche, Singen und Tanzkurse.

Kindererholungsaktionen

Als wesentlichste Aufgabe sahen wir zu diesem Zeitpunkt das Anlaufen einer großräumigen Kindererholungsaktion, für die Plätze in den westlichen Bundesländern aufgetrieben werden mussten. Es gibt einen Film über das zerstörte Wiener Neustadt in den ersten Nachkriegsjahren, in dem man schwarz auf weiß sehen kann, was das Völkermorden den Kleinsten angetan hatte: ausgemergelte Züge, übergroße umschattete Augen, Kleiderfetzen, die an den dünnen Gestalten hingen. Ein Leben in Angst hatte seine Spuren hinterlassen. Rasche Hilfe für diese Kinder nahm deshalb einen Spitzenplatz bei unseren vielseitigen Bemühungen ein. Im Zuge des Ernteeinsatzes wurden erste Verbindungen für ein solches Programm geknüpft. 30 Erholungsplätze wurden uns im nahe gelegenen Schwarzenbach zugesagt. Als die Liste der dafür vorgesehenen Kinder

schon zusammengestellt war, erhielten wir eine Absage. Bürgermeister Rudolf Wehrl hatte diese Plätze ohne Mitteilung an uns für solche Kinder „okkupiert“, die seinem Umfeld näher standen. Aufregung war sinnlos. Wer fuhr, konnte nicht Gegenstand eines Ärgernisses sein. Es waren eben andere Kinder, die es gleichfalls nötig hatten.

Um weitere Zweigleisigkeiten zu vermeiden, stellten wir deshalb Verbindungen mit der gleichfalls angelaufenen Jugendfürsorge im Rathaus her. Aus diesen Kontakten erwachsen Erholungsaktionen in Rohr am Gebirge für 6- bis 14-Jährige und in der Schweiz für Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren. Darüber hinaus fuhren wir mit Hilfe der Landesleitung nach Oberösterreich, Salzburg und Tirol, um dort weitere Plätze aufzutreiben. Gelder mussten über Spenden aufgetrieben werden, denn diese Verbindungen kosteten nicht wenig. Einen der ersten Transporte wickelten Willi Strejc und Irma Keck mit 15 „Gschroppen“ zum Erholungsheim Stillupklamm bei Mayrhofen im Zillertal ab. Diese nützliche Erfahrung ermunterte uns, größere Gruppen auf die Reise zu schicken.

Im Spätfrühling 1946 brachten wir 120 Kinder aus dem Wiener Neustädter Bezirk zur Abfahrt zu einem dreimonatigen Aufenthalt bei Pflegeeltern nach Tirol, wo sie aufgepäppelt werden sollten. Mit von der Partie waren als Reisebegleiter Anni Kaiser (später Schwarz), Edith Liebacher (später Leber), Friedl Baudisch (später Laub), Hermi Steiner (später Sasso), Karl Petek, Leopold Schweiger, Willi Strejc und ich. Die Fahrt zog sich wegen durch nichts begründeter Aufenthalte, Stopps durch Schäden an den Bahnanlagen und unvorhergesehener Kontrollen durch die Besatzungssoldaten an die drei bis vier Tage hin. Die meisten Kinder wurden von Geschäftsleuten oder Bauernfamilien in Kitzbühel, Kufstein, Schwarz, im Zillertal oder im Oberen Inntal aufgenommen. Sie waren bestens

untergebracht und wurden von unseren Betreuerinnen mindestens alle 14 Tage besucht. Nach der Verabschiedung von den Kindern fuhren Schweiger, Strejc und ich nach Innsbruck, um dort Verhandlungen über weitere Erholungsplätze zu führen. Wir erhielten Zusagen, die leider nicht eingehalten wurden. Die Aufsplitterung in verschiedene Jugendorganisationen und die Abschiebung

der FÖJ in eine kommunistische Ecke dürften die Erklärung dafür gewesen sein. Was auf diesem Gebiet in dieser schweren Zeit durchgesetzt wurde, ist auf keiner Tafel vermerkt. Es gibt auch kaum schriftliche Unterlagen darüber.

Maturakurs in Wien

Eine Vielzahl anderer Vorhaben stand weiterhin auf dem Programm, vom Heimabendbetrieb über Mai-Demonstrationen, Pfingstlager, Hauskonzerte, Tanzveranstaltungen im Sparkassensaal, bis zur Beteiligung an den Weltjugendtreffen und sportlichen Aktivitäten. Die Tätigkeit in der FÖJ-Bezirksleitung hatte insofern ein „halbamtliches“ Format, als sie als Arbeitsstelle mit Sozialbeiträgen angemeldet war. Aber für die Zukunft mussten zusätzliche Ausbildungsvorhaben angepeilt werden. Nach einem kurzen Zwischenspiel als Kulturreferent im Rax-Werk beschloss ich, einen zweijährigen Maturakurs in Wien zu absolvieren. Kost und Logis wurden mir bereitwillig von meiner Halbschwester Gusti und ihrem Mann Leo Hölzl angeboten. Gusti war 1945 nicht aus Moskau nach Österreich zurückgekehrt, sondern sie war seit 1944 Angehörige des 1. Österreichischen Freiheitsbataillons in Jugoslawien. Sie wurde dort mit den führenden KPÖ-Funktionären Friedl Fürnberg und Franz Honner mittels Fallschirm abgesetzt. Nun war sie im Zentralkomitee der Partei als Sekretärin Fürnbergs tätig.

Das Engagement für die FÖJ brach ich auch in diesen zwei Jahren nicht gänzlich ab. So besuchte ich etwa einen Funktionärskurs in Kufstein, wo mir die Ehre zuteil wurde, über österreichische Literatur zu „dozieren“. Weiter war ich für die Gestaltung von *Unser Bezirk* verantwortlich. Und manches mehr. Erst als ich als Gebietssekretär der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* für Stadt und Bezirk Wiener Neustadt zu arbeiten begann, ging mein Engagement in der FÖJ zu Ende.

Aversionen und Ressentiments in der KZ-Literatur

HELMUT RIZY

Und auch wenn er im roten Dreieck auf der Brust ein großes ‚I‘ trägt, weil er nun als italienischer Staatsbürger gefangengehalten wurde, wird ein Slowene immer wieder beteuern, ein Jugoslawe zu sein, um so auf einfachst mögliche Weise seine Umgebung dazu zu bringen, seinen Einwänden zuzuhören. Natürlich weigern sich Herz und Verstand, als Italiener im Land des Todes vernichtet zu werden, nachdem ihn der italienische Staat seit Ende des Ersten Weltkriegs auf heimischem Boden zu vernichten getrachtet hatte.“¹

Dies stellt der 1913 im damals noch österreich-ungarischen Triest geborene slowenische Schriftsteller Boris Pahor in seinem Roman „Nekropolis“ fest, in dem er den Stationen seiner Deportation vom KZ Dachau über die Lager Natzweiler, Dora-Mittelbau, Harzungen bis Bergen-Belsen nochmals nachgeht. Schließlich ist er selbst geprägt durch die Unterdrückung seiner Volksgruppe durch die italienischen Faschisten: Das Niederbrennen des slowenischen Kulturhauses in Triest 1920, das Verbot der eigenen Sprache, die Verbrennung slowenischer Bücher aus den Bibliotheken vor dem Verdi-Denkmal bis zur Italienisierung der Namen, in der der Autor einen ersten Schritt zur physischen Vernichtung sah. Heißt es doch da: „Die Ungeheuerlichkeit erreichte ihren Höhepunkt, als man Tausenden und Abertausenden die Vor- und Nachnamen änderte, jedoch nicht nur den Lebenden, sondern auch denjenigen, die schon auf dem Friedhof lagen. Dieses Aberkennen der Identität, das ein Vierteljahrhundert andauerte, fand seine äußerste Verwirklichung im Lager, wo man den Menschen zu einer bloßen Nummer reduzierte.“²

Die Voreingenommenheit gegenüber italienischen Mithäftlingen beschränkt sich allerdings nicht auf Slowenen beziehungsweise Jugoslawen. So fügt Pahor seiner Feststellung hinzu: „Zu dieser prinzipiellen Begründung muss man noch die Geringschätzung und Verachtung dazuzählen, die den Italienern im Lager zuteil wurden. Die anderen Nationalitäten identifizierten sie unwillkürlich mit dem Faschismus, aber Verachtung und Hass entsprangen hauptsächlich dem furchtbaren Ärger der Deutschen über jenes Volk, das, wie schon im Ersten Weltkrieg, erneut zum Verräter wur-

de. Im erbarmungslosen Überlebenskampf haben all jene im Lager sich diese deutsche Verachtung zu Eigen gemacht, die irgendwie Macht über die namenlose Menge hatten.“³

„Bald Makkaroni in Krematorium!“

Oftmals ist in den Berichten aus den Konzentrationslagern die Rede von der Solidarität und der Hilfsbereitschaft zwischen den Häftlingen, doch beschränkten sich diese zumeist auf die Mitglieder der eigenen nationalen Gruppe, während man vielfach auf Ressentiments und Ablehnung anderen Nationalitäten gegenüber trifft. So schreibt etwa die italienische Schriftstellerin Liana Millu in ihrem 1947 erschienenen Buch „Der Rauch über Birkenau“, in dem sie das Schicksal von sechs weiblichen Mithäftlingen schildert: „Schlimmer noch, jedesmal, wenn Elenka Sand auf den nächsten Haufen schippte, sorgte sie unweigerlich dafür, daß ein guter Teil auf meinen Füßen landete. Mit herausfordernder Miene schien sie abzuwarten, ob ich wohl wagen würde, mich zu beschweren. Das tat ich natürlich nicht, und ebensowenig versuchte ich, dem Sand auszuweichen. Ich wußte, daß diese Behandlung mir als Italienerin und Neuzugang zukam, also beschloß ich, Elenka zu ignorieren und das Gesicht zu wahren, und schaufelte tüchtig, um mich ein wenig warmzuarbeiten.“⁴

Oder an anderer Stelle: „Monatelang hatte ich in Kommandos mit Frauen aus fremden Ländern gearbeitet, immer von einer feindseligen Mehrheit umgeben, immer ‚Makkaroni‘ gerufen. Ich war glücklich, wieder unter Landsleuten zu sein und reden zu können, wie mir der Schnabel gewachsen war, ohne Dolmetscher oder umständliche Ausdrücke.“⁵ Und Millu erzählt von Bruna, die durch Zufall herausfindet, dass ihr kleiner Sohn ebenfalls im KZ Birkenau eingesperrt ist: „Unterwegs berichtete Bruna, daß es Pinin nicht gutging. Jeden Tag wurde ihm die Arbeit schwerer, und er hatte ihr weinend erzählt, wie ein anderer Junge zu ihm gesagt hatte: ‚Du, Italiener! Bald Makkaroni in Krematorium!‘“⁶

Allerdings gab es nicht nur Abneigung gegenüber Häftlingen aus anderen Nationen. Es konnte auch – wie Liana Millu zeigt – so etwas wie Bewunderung ge-

ben: „Ah, die wunderbaren Französinen! Als einzige bewahrten sie im Lager städtische Umgangsformen und Höflichkeiten, sie hielten ihren Eßnapf mit Anmut, und im Gespräch benutzten sie immer wieder Wendungen wie ‚Madame‘ und ‚s’il vous plait‘. Sie sorgten in der Brutalität und Rauheit des Lagers für einen zivilen und würdigen Umgangston. Oft habe ich gesehen, wie eine der Frauen, die peinlich darauf achteten, sich stets mit einem Margarinerest das Gesicht einzureiben, furchtlos gegen eine Stubowa anging, die eine Gefährtin quälte.“⁷

„Singsang-Servus“

Was die Umgangsformen in den Konzentrationslagern betrifft, so findet man bei Jorge Semprún in dessen Roman „Was für ein schöner Sonntag!“ einen anderen Hinweis: „Man kann nicht gerade behaupten, daß Begrüßungen, Abschiedsworte oder Höflichkeitsformeln in Buchenwald oft benutzt wurden. Da waren zwar die Österreicher, die einen mit ihrem Singsang-Servus anredeten, um einem Guten Tag oder Auf Wiedersehn zu sagen, aber sie bildeten eine Ausnahme. Die Sprache in Buchenwald war, was Umgangsformen betraf, ziemlich begrenzt.“⁸

Selbstverständlich kann man auch hier ein gewisses Ressentiment heraushören. Eine Zuneigung, wie sie Liana Millu bezüglich der Französinen erkennen lässt, erfuhren die Franzosen jedoch selten. Weshalb dies so war, erklärt Jorge Semprún: „In den Nazilagern hatten die Franzosen, das werden ihnen alle bestätigen, keinen guten Ruf. Ich spreche natürlich nicht von SS-Männern: daß die Franzosen bei ihnen keinen guten Ruf hatten, besagt nichts. Der gute oder schlechte Ruf der Franzosen bei den SS-Männern spielt keine Rolle. Die Antifaschisten aller Nationen Europas warfen Frankreich, unter anderem, die Nichteinmischungspolitik im Hinblick auf Spanien vor. Die Polen, Antifaschisten oder nicht – und die meisten waren es zumindest nicht in dem Sinne, den das kommunistische Vokabular diesem Begriff schließlich gegeben hat – die Polen sämtlicher Richtungen warfen Frankreich vor, daß es sie im September 1939 im Stich gelassen habe.“⁹

Bei Robert Antelme liest man in seiner Schilderung der ersten Tage im KZ

Buchenwald: „Wenn der Blockälteste, ein deutscher Häftling, sagte: ‚Alle Franzosen sind Scheiße‘, dann fragten sich die Kameraden, die noch nicht Bescheid wussten, in was für eine Riesenfalle sie da geraten waren. Sie, die Franzosen, sahen sich nicht nur von den Nazis als die schlimmsten Feinde des Nazismus behandelt, sondern auch von Leuten, die ‚ihresgleichen‘ waren, von solchen, die wie sie Feinde der Nazis waren, und das mit einer ganz besonderen, grundlosen Feindseligkeit. [...] Aber diese Sprache wirkte wie ein Verrat an allen Wörtern: Scheiße, Schweinskopf, weit davon entfernt, hier die SS-Leute zu bezeichnen, wie man hätte erwarten können, dienten nur noch dazu, die Franzosen zu benennen. Infolgedessen hatten wir bei unserer Ankunft den Eindruck, die ärmsten Häftlinge, die allerletzte Häftlingsklasse zu sein.“¹⁰

Der österreichische Autor Fred Wander, der nach dem Nazi-Einmarsch 1938 über die Schweiz nach Frankreich geflohen war, wurde nach Kriegsbeginn dort erst als „feindlicher Ausländer“ interniert, konnte nach Marseille entkommen, wurde aber schließlich, als er glaubte, in der Schweiz Schutz zu finden, von den Schweizern an das Vichy-Regime ausgeliefert. Dem französischen Sammellager Drancy folgte die Deportation nach Auschwitz. So schreibt er denn auch in seinen „Erinnerungen“: „In den Augen der Welt galt Frankreich bisher als das Land der Menschenrechte und einer demokratischen Tradition, auch als das klassische Land der politischen Emigration. Das allerdings hatte sich in diesen Tagen verändert. Noch vor Beginn des Krieges wurden führende KP-Funktionäre unter den Emigranten verhaftet und eine unmißverständliche Hetze gegen die Antifaschisten eingeleitet. Dann wurden sie in Lagern interniert, die den Menschenrechten in auffälliger Weise widersprachen.“¹¹

Dazu noch der Hinweis, dass es in Frankreich an die hundert Internierungslager gegeben habe. Und in seinem Roman „Der siebente Brunnen“, in dem es um die Jahre im Konzentrationslager geht, lässt er einen französischen Offizier im Lager Perpignan zu Wort kommen: „Der Offizier wechselte das Standbein. Ich führe nur Befehle aus, sagte er, ein wenig aus der Fassung gebracht, das ist meine Pflicht. Sie müssen nicht denken, daß mir diese Transporte Vergnügen bereiten. Aber was könnte ich tun? Gar nichts. Wenn ich nicht den Transport leite, tut es ein anderer. Wir sind ein

besetztes Land. Und überlegen Sie... Ich muß an erster Stelle an meine Familie denken. Sie werden das gewiß verstehen!“¹²

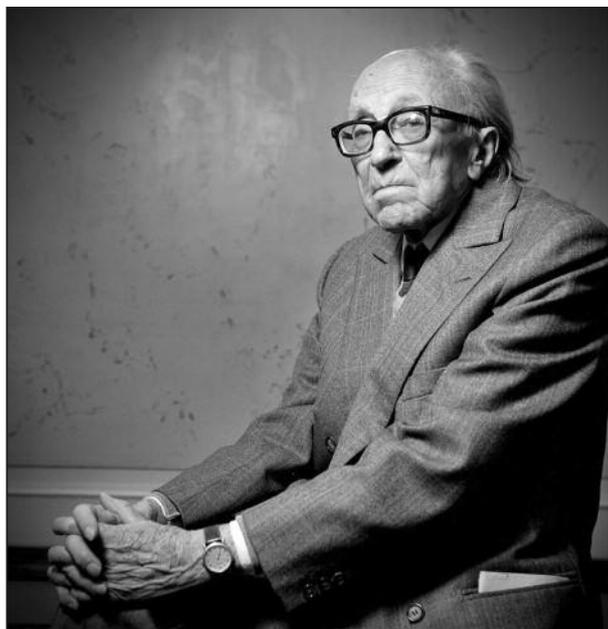
Falsche Voraussetzung

Ein ähnliches Schicksal – mit letalem Ausgang – erfuhr Ruth Klügers Vater, wie diese in ihrem Buch „weiter leben“ schreibt: „Er ist zunächst von Österreich nach Italien gefahren. Und dort hat er den Fehler begangen, aus einem faschistischen Land in ein demokratisches zu flüchten, nämlich nach Frankreich. Da haben ihn die Franzosen den Deutschen ausgeliefert. Von dem Sammellager Drancy ist er 1944 nach Auschwitz abtransportiert und wohl sofort nach der Ankunft ins Gas geschickt worden.“¹³

Es sind aber wiederum Französinen, die in zwei Büchern im Gegensatz zu ihrer Regierung wegen ihrer Menschlichkeit positiv hervorgehoben werden. So erzählt Boris Pahor: „Wir befanden uns inmitten eines Volkes, das die Gesetze des Herzens nicht verworfen hatte, denn als wir in einer langen Kolonne eine einsame morgendliche Straße entlangtroteten, so dass die Holzsohlen rhythmisch gegen die dicken Pflastersteine schlugen, tupften sich Frauen hinter den Fensterscheiben der kleinen Höfe ihre Augen mit Taschentüchern. Das erlebten wir zum ersten und zum letzten Mal während der ganzen Zeit des Verlorenseins.“¹⁴

Noch eindringlicher ist Fred Wanders Beschreibung des Marschs durch Perpignan: „Die Frauen an der Seite unseres Weges knieten nieder und beteten mit vor Scham niedergeschlagenen Augen. Und eine alte Frau kam uns entgegen, wir blieben stehen, die drei Posten der Garde Mobile an unserer Seite schwiegen verlegen – und die Matrone küßte unsere in Ketten gelegten Hände und bat uns weinend um Verzeihung für das, was Frankreich uns antat.“¹⁵

Jorge Semprún stellt aber auch fest, dass der schlechte Ruf, den die Franzosen in den Konzentrationslagern genossen – wobei er insbesondere von Buchenwald ausging, wo die politischen Häftlinge auch für die Meinungsbildung maßgeblich waren – schließlich doch



Boris Pahor (geb. 1913), slowenischer (in Italien lebender) Schriftsteller.

eine Wendung fand: „Wie dem auch sei, die Nachricht von der Befreiung von Paris änderte radikal die Haltung, die die meisten Deportierten und vor allem die deutschen Kapos und Blockleiter, die Kader der KZ-Bürokratie den Franzosen gegenüber einnahmen.“¹⁶

„Grünes Paradies des antifaschistischen Gedächtnisses“

Die Spanier hingegen kamen von Beginn an mit einem anderen Status in die deutschen Konzentrationslager. Dazu Semprún: „Die spanische Gruppe ist nicht sehr zahlreich in Buchenwald: knapp hundertfünfzig Deportierte. Durch einen Beschluß der illegalen Führung ist diese Gruppierung global vor jedem Transport geschützt. Im Gedenken an den Spanischen Bürgerkrieg, deshalb. Denn es gibt nicht wenige Mitkämpfer aus den Internationalen Brigaden unter den kommunistischen Verantwortlichen in Buchenwald. Und Spanien ist das grüne Paradies ihres antifaschistischen Gedächtnisses.“¹⁷ Und der Katalane Joaquim Amat-Piniella erklärt in seinem Roman „K.L. Reich“: „Tatsächlich waren die Spanier in dem Kriegsgefangenenlager, aus dem sie gerade kamen, menschlich, sogar mit Ehrfurcht behandelt worden, was sicher daran lag, dass sie bereits einen Krieg geführt hatten; einen zähen Krieg, dessen Führung den Deutschen malerisch erschien.“¹⁸

Joaquim Amat-Piniella, der zu Beginn des Spanischen Bürgerkriegs als 23-Jähriger in die Republikanische Armee eintrat, verließ das Land nach der Niederlage gegen Franco. In Frankreich

durchlief er mehrere Internierungslager und wurde schließlich einer „Kompanie Ausländischer Arbeiter“ (CTE) zugeteilt, die in der Nähe der Maginot-Linie zum Einsatz kam. Dort wurde er im Juni 1940 von deutschen Besatzungstruppen gefangengenommen und nach kurzer Haft in einem Kriegsgefangenenlager wie viele andere Spanier ins Konzentrationslager Mauthausen deportiert.

„Allein in den Lagern, die ich erlebt habe, in Mauthausen und seinen Außenlagern entlang der Donau, starben siebzig Prozent der 7500 dort internierten katalanischen und spanischen Exilanten an Hunger, Zwangsarbeit und Misshandlungen.“¹⁹ So der Autor im Vorwort zu seinem Roman. Schließlich waren die Spanier, in Mauthausen als „Staatenlose“ geführt, mit dem blauen Winkel der „Emigranten“, da ihre Gefangenschaft nach internationalem Recht völlig ungesetzlich war, hier dem gleichen mörderischen System wie alle anderen Häftlinge ausgeliefert. Sie fanden allerdings, als sich im Krieg das Blatt zu wenden begann und das NS-Regime zunehmend in Bedrängnis geriet, doch besondere Beachtung, wie Amat-Piniella berichtet. Hieß es doch eines Tages: „*Wenn du die deutsche Uniform anziehen willst, kannst du morgen frei sein.*“ *Die Unruhe, die diese Worte verursachten, wuchs, als eine Stunde später der Vorschlag publik wurde. Drei Nationalitäten hatten das Vertrauen der SS: Deutsche, Polen und Spanier. Die Freiwilligen sollten sich nachmittags an der Tür zur Schreibstube melden.*²⁰

Ethnische Hierarchie

Über die strikte ethnische Hierarchie, die die Nazis verhängt hatten, schreibt Jean Améry in seinem Essay „Über Zwang und Unmöglichkeit, Jude zu sein“: „*Ein Reichsdeutscher galt mehr als ein Volksdeutscher. Ein flämischer Belgier war mehr wert als ein wallonischer. Ein Ukrainer aus dem Generalgouvernement rangierte besser als sein polnischer Landsmann. Ein Ostarbeiter war schlechter angesehen als ein Italiener. Tief unten auf den ersten Leitersprossen befanden sich die KZ-Häftlinge, und unter ihnen wieder hatten die Juden den niedrigsten Rang. Es gab keinen noch so verkommenen nichtjüdischen Berufsverbrecher, der nicht hoch über uns gestanden wäre. Die Polen, ob echte Freiheitskämpfer, die man nach der unglücklichen Warschauer Insurrektion ins Lager geworfen hatte, oder nur kleine Taschendiebe, verachteten uns*

einheitlich. Desgleichen halb analphabetische weißrussische Arbeiter. Aber auch Franzosen. Noch höre ich einen freien französischen Arbeiter diskutieren mit einem jüdisch-französischen KZ-Häftling. ‚Je suis Français‘, sagte der Häftling. ‚Français, toi? Mais, tu est juif, mon ami‘, gab ihm sein Landsmann sachlich und ohne Feindseligkeit zurück, denn er hatte in einer Mischung aus Furcht und Indifferenz die Lektion der deutschen Herren Europas gelernt.“²¹

Im Roman „Die schöne Frau Seidenmann“ des polnischen Schriftstellers Andrzej Szczypiorski, der 1944 an dem eben genannten Warschauer Aufstand teilgenommen hatte, gefangengenommen und im KZ Sachsenhausen interniert worden war, heißt es: „*Übrigens erlag manch einer wie Stuckler dem Konformismus. Schließlich lebte er im 20. Jahrhundert und war sich dessen bewusst. Nicht er allein empfand Feindseligkeit den Juden, Abneigung den Polen, Verachtung den Russen gegenüber. Man brauchte kein deutscher Faschist zu sein, um ähnlich zu denken.*“²²

Überraschend ist mitunter die höchst unterschiedliche Wahrnehmung von nationalen Gruppen, wobei häufig generalisiert wird, wenn zum Beispiel auf „die Griechen“ hingewiesen wird. So liest man etwa in Primo Levis autobiographischem Bericht „Ist das ein Mensch?“: „*Diese wenigen Überlebenden der jüdischen Kolonie von Saloniki, mit ihren zwei Sprachen, Spanisch und Griechisch, und mit ihren vielfältigen Jobs, sind die Bewahrer einer konkreten, irdischen, wohl bedachten Weisheit, in der sich die Überlieferungen aller Mittelmeerkulturen treffen. Mag auch im Lagerleben diese Weisheit als systematisch und wissenschaftlich betriebener Diebstahl, als Sturm auf die Ämter und als Monopolisierung der Tauschbörse in Erscheinung treten, so darf man dabei nicht vergessen, daß die Abscheu vor sinnloser Brutalität und das erstaunlich ausgeprägte Bewußtsein vom Fortbestand einer zumindest potentiellen menschlichen Würde die Griechen zur geschlossensten und in diesem Sinne auch zivilisiertesten Gruppe des Lagers machen.*“²³

„... der was zu fressen hat!“

Der polnische Schriftsteller Tadeusz Borowski hingegen schreibt in seiner Erzählung „Bitte, die Herrschaften zum Gas“ über sie: „*Um uns herum sitzen die Griechen und mahlen gierig mit den Kiefern. Wie große, unmenschliche Insekten verschlingen sie verschimmelte Brot-*



Liana Millu (1914–2005), italienische Schriftstellerin.

*reste. Sie sind verwirrt, wissen nicht, welche Arbeit sie erwartet. Besorgt schauen sie auf die Balken und die Schienen. Schwere Lasten heben sie nicht gern.“²⁴ Die hier geschilderte Szene spielt sich an der Rampe des KZ Auschwitz ab, wo den Ankommenden sogleich ihr mitgebrachtes Gepäck weggenommen wird und von Häftlingen aus dem Lager auf Lastwagen verladen wird – nicht alles selbstverständlich: „*Sieh dir die Griechen an, die verstehen die Gelegenheit zu nutzen. Sie fressen alles, was ihnen unter die Finger kommt. Einer hat neben mir ein ganzes Glas Marmelade leer gefressen.*“²⁵*

Durchaus verständlich, nachdem man zuvor schon aus einem Dialog mit polnischen Häftlingen erfahren hat: „*Aber was ist mit uns Juden und Russen? Angenommen, wir hätten nichts zu essen und auch von den Transporten ließe sich nichts organisieren. Ja, glaubst du denn, wir würden euch dann in aller Seelenruhe eure Pakete verzehren lassen? Nie und nimmer!*“ „*Das würdet ihr schon. Oder ihr würdet verhungern wie die Griechen. Im Lager hat der die Macht, der was zu fressen hat.*“²⁶ Dabei vegetieren die Griechen des einen Autors nicht weit entfernt von denen des anderen. Borowski schreibt von denen im Hauptlager Auschwitz, Levi von denen im Nebenlager Auschwitz-Monowitz.

Die Charakterisierung einer ganzen nationalen Gruppe aus der Handlungsweise von einzelnen heraus trifft auch gelegentlich „die Russen“, etwa bei Jorge Semprún: „*Das spielte sich immer auf die gleiche Art ab. Plötzlich hörte ein Russe auf zu arbeiten. Er stützte sich auf*

seinen Spaten oder seine Hacke, in der Lauheit des Frühlings, im Duft des Frühlings, der wie ein Brodem heranwehte. Das stieg ihm zu Kopf, berauschte ihn. Ein spritziges Schwindelgefühl. Der Russe richtete sich auf, er betrachtete die Landschaft. Er ließ seinen Spaten fallen, er verduftete. Das war keine Flucht, das war ein Pulsschlag. Solchen Pulsschlägen widersteht man nicht.“²⁷

Der Sinto Otto Rosenberg, der in Berlin aufwuchs und 16-jährig mit seiner Familie nach Auschwitz deportiert wurde und über Buchenwald, Mittelbaurdorf nach Bergen-Belsen kam, wo er schließlich befreit wurde, stellt in seinen Erinnerungen fest: „Ich fand, daß in der ganzen KZ-Zeit die Russen die Menschen waren, die den größten Zusammenhalt übten. Den gab es so bei den Sinti nicht, bei den Roma nicht, bei den Juden nicht, den gab es auch anderweitig nicht, auch nicht bei den Franzosen. Aber bei den Russen stellte ich immer fest: So ein Riesenzusammenhalt! Wenn wir vom Lager in die Waggonn eingeladen wurden, dann waren die kaum drin, da haben die sich eng umschlossen und sangen ihre Freiheitslieder. Und da kam unsere Wehrmacht oder SS und schlug mit Gewehrkolben dazwischen, da hat die Heide gewackelt. Aber die Russen ließen nicht nach. Wenn jemand von ihnen fiel, hoben sie ihn auf und sangen weiter, bis es der Wehrmacht und der SS über wurde, so daß sie sagten: ‚Laß sie machen.‘“²⁸

Primo Levi lernt „die Russen“ vor allem erst nach der Befreiung kennen, auf seiner monatelang dauernden Heimfahrt, die ihn über weite Strecken durch das Gebiet der damaligen Sowjetunion führte und die er im Roman „Die Atempause“ schildert. Auch seine Russen wirken zuweilen ein wenig naiv, dennoch: „Aber unter der rauhen und verwahrlosten Oberfläche, in jedem der derben und offenen Gesichter erkannte man die guten Soldaten der Roten Armee, die tapferen Männer des alten und neuen Rußland; sanft im Frieden und schrecklich im Krieg, mutig aus einer inneren Disziplin heraus, die ihnen aus der Eintracht, aus der Liebe zueinander und zu ihrem Vaterland erwuchs – und die stärker war als die mechanische und knechtische Disziplin der Deutschen, eben darum, weil innere Kräfte sie speisten. Wenn man unter ihnen lebte, verstand man leicht, warum schließlich sie und nicht die anderen die Oberhand gewonnen hatten.“²⁹ Oder auch: „Die Sowjetunion ist ein riesiges Land und beherbergt in ihrem Herzen ungeheure Kräfte, darun-

ter eine homerische Fähigkeit zur Freude und Hingabe, eine ursprüngliche Vitalität ein heidnisch ungetrübtetes Talent für Manifestationen, Jahrmarktsfeste, ausgelassene Feiern in großem Stil.“³⁰

„Wir sind Österreicher!“

Die Chance, im Konzentrationslager zu überleben, hing vielfach von der ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit ab. Die der Juden, Sinti und Roma, aber auch der Russen war von vornherein weitaus geringer als die anderer Europäer. Wie entscheidend es aber auch sein konnte, welcher Nationalität man zugeordnet wurde, dafür liefert Boris Pahor im Roman „Nekropolis“ ein geradezu absurdes Beispiel. Im KZ Natzweiler war ein SS-Mann beauftragt, Sinti und Roma für die Gaskammer einzusammeln, erwischte aber eine Gruppe schon älterer istrischer Männer: „Er schrie etwas gegen die verdammten Zigeuner, sie aber rebellierten wie weise Bauern einem unerfahrenen Agronomen gegenüber. Wir sind keine Zigeuner, sagten sie und zeigten ihm den Großbuchstaben I, den der Kopierstift mitten ins rote Dreieck geschrieben hatte. Italiener und Zigeuner – gleich!, schrie der Pferdeknecht und stieß mit Fußtritten die kleinen Männer zusammen, die aus der Reihe vorgetreten waren, um ihm die Großbuchstaben an der Brust zu zeigen. [...] Als er sie aber wieder eingereiht hatte und dabei war, sie abzuführen, zuckte bei einem der ausgemergelten Männer ein versteckter Nerv wie bei einem Vogel, der das Auseinanderbrechen der Erdschichten im Innersten des Planeten erahnt, so dass er schrie: Wir sind Österreicher! Da erstarrte der Pferdeknecht wie beim Befehl eines Offiziers. Waas?, fragte er gedehnt, bereit, die gestreiften Kreaturen anzugreifen. Diese beeilten sich alle durcheinander, den wunderbaren Satz verständlich zu machen und zu erklären. [...] allmählich gelang es ihnen, begreiflich zu machen, dass sie bis 1918 österreichische Staatsbürger gewesen waren. So trieb sie der SS-Mann mit Fußtritten zur Seite und sie kamen zu uns ins Blockhaus zurück.“³¹

Dem holländischen Schriftsteller und Journalisten Nico Rost gelang es, als er im KZ Dachau wegen eines Abszesses am Bein ins Krankenrevier verlegt wurde, dort auf den verschiedenartigsten Papieren und Zetteln ein Tagebuch zu führen, das er bald nach der Befreiung überarbeitete und 1946 unter dem Titel „Goethe in Dachau“ veröffentlichte. Dabei war im Lager jede Art von Tagebuch



Primo Levi (1919–1987), italienischer Schriftsteller und Chemiker.

streng verboten, „aber der Oberpfleger, der meinen Namen kannte, hat mir einen Platz angewiesen, um meine Papiere zu verstecken“,³² vermerkte Nico Rost am 29. Juni 1944. Vor allem ist es schwierig, Papier zu finden, auf das er seine Aufzeichnungen schreiben kann. Aber er schafft es immer wieder, wie die Eintragung vom 11. Juli zeigt: „Ein guter Tag! Ich habe nicht nur Papier ‚organisiert‘ – alte Fiebertabellen vom vorigen Jahr, deren Rückseiten unbeschrieben sind –, sondern obendrein auch noch in einem Medikamentenschrank ein Exemplar von Goethes ‚Kampagne in Frankreich‘ gefunden. ‚Ex libris Moses Mandelbaum‘ steht auf der ersten Seite. Wo mag der ehemalige Besitzer nun wohl sein – wenn er noch lebt.“³³ Und fünf Tage später: „Die Jagd nach Papier ist bei mir zu einem richtigen Sport geworden, und ich frage jeden danach, von dem ich auch nur im entferntesten vermute, daß er mir Schreibpapier verschaffen könnte. [...] Ich bin hier ‚der verrückte Holländer, der Bücher verschlingt und Papier frißt!‘“³⁴

Das Lesen – darunter vor allem auch Werke der deutschen Klassik und Romantik – sowie seine Gedanken oder die Diskussion mit anderen Häftlingen dazu dann schriftlich festzuhalten, wird für ihn ganz entscheidend, wie er am 11. Februar 1945 feststellt: „Konstatiere stets aufs neue, wie gut es ist, soviel wie möglich zu lesen und zu schreiben. Wer vom Essen spricht, bekommt stets größeren Hunger. Und diejenigen, die am meisten vom Tode sprachen, starben zuerst. Vitamin L (Literatur) und Z (Zukunft) schei-



Jorge Semprún (1923–2011), spanischer Schriftsteller.

nen mir die beste Zusatzverpflegung.“³⁵ Angesichts der Flecktyphus-Epidemie, die in jenen Monaten im Konzentrationslager Dachau herrschte, meinte er allerdings auch: „Klassische Literatur – als Ersatz für Rote-Kreuz-Pakete. Ich fürchte allerdings, gegen Flecktyphus dürfte auch Goethe auf die Dauer kein wirkungsvoller Schutz sein.“³⁶

Bornierter Chauvinismus

Bei all dem ist Nico Rost mit seinen Landsleuten unter den Mithäftlingen nicht immer einer Meinung: „Als ich heute früh Dr. H., einen unserer holländischen Ärzte, bat, mir aus der Lagerbibliothek – die ich als Patient nicht benutzen darf – ein deutsches Buch, möglichst einen Band Goethe oder Lessing, mitzubringen, lehnte er ab: ‚Ein französisches oder englisches Buch – gern‘, meinte er, ‚aber kein deutsches!‘“³⁷

Dieser Eintragung vom 11. Juni 1944 folgt am 12. Juli: „Wieder über Dr. van D. geärgert. Er ist zwar kameradschaftlich und, wenn nötig, auch hilfsbereit, aber er interessiert sich für nichts, was nicht Holland betrifft. [...] Er verkehrt fast ausschließlich mit Holländern und spricht mit Ausländern niemals länger, als es unbedingt nötig ist. Dabei leben wir doch hier – wenn auch zwangsweise – in einer Art europäischer Gemeinschaft und können aus dem Umgang mit anderen Nationen so viel lernen. Gute nationale Eigenschaften und Eigenheiten kommen, meiner Meinung nach, doch erst dann zu ihrem vollen Recht – auch bei uns Holländern –, wenn sie ihren Wert im europäischen Verband bewiesen haben. Warum wollen das viele ‚gute‘

Holländer nicht sehen und nicht begreifen?“³⁸

Und eine Woche später die Klage: „Warum stößt man bei einigen meiner Landsleute, sobald es sich um Ausländer handelt, immer wieder auf diesen bornierten Chauvinismus?“³⁹ Am 28. April 1945 allerdings, dem Tag vor der Befreiung durch US-Truppen, als zu befürchten war, dass die SS noch zuletzt einen mörderischen Schlag gegen die Häftlinge führen könnte, fühlte er sich mit seinen Landsleuten im Einklang: „War im Block 12, bei Piet, um die Anweisungen des Komitees durchzugeben. Die meisten Holländer liegen zur Zeit in Block 12, und mir ist dort aufgefallen, daß wir eigentlich, verglichen mit anderen Nationen – vor allem mit den Franzosen, Deutschen, Polen und Italienern –, am ruhigsten sind, am beherrschtesten, am nüchternsten bleiben, obwohl wir genauso gut wie die anderen wissen, daß diese Stunden über unser Leben entscheiden. Ich bin heute wirklich stolz darauf, Holländer zu sein – ein Gedanke, der sonst nicht oft bei mir aufkommt –, und unwillkürlich fielen mir die Worte Wilhelm von Oraniens ein: ‚Ruhig inmitten wütender Wogen.‘“⁴⁰

Wohlwollender als seine Landsleute beurteilte Nico Rost die Jugoslawen im Lager: „Auch die meisten Jugoslawen im Lager werden oft ‚Chauvinisten‘ genannt, obwohl sie eigentlich nur gute ‚Patrioten‘ sind. Vor allem die slowenischen Studenten. [...] Ihr ‚Chauvinismus‘ ist aber auf jeden Fall positiv, nicht gegen etwas oder gegen jemand, er ist zukunftsfreudig auf eine glückliche Zukunft für ganz Jugoslawien gerichtet.“⁴¹

Feindseligkeit

Dass er sich hingegen bezüglich der Polen – insbesondere der polnischen Kapos und Funktionshäftlinge kein Blatt vor den Mund nahm, sollte später gravierende Folgen für ihn haben. Sein Buch „Goethe in Dachau“ wurde 1948 ins Deutsche übersetzt und mit einem Vorwort von Anna Seghers in der Sowjetischen Besatzungszone (ab Oktober 1949 dann DDR) veröffentlicht. Der Erfolg war groß; 1949 waren bereits 9.000 Exemplare des Buchs verkauft. Doch dann erschien – ein halbes Jahr nachdem das Buch in der Berliner Zeitung hoch gelobt worden war – am 19. Oktober 1949 in eben dieser Zeitung ein als „offener Brief an Nico Rost“ bezeichneter umfangreicher Artikel der Feuilleton-Chefin Susanne Kerckhoff, in dem diese dem Autor „polenfeindliche Tendenzen“

und „Feindseligkeit gegenüber dem polnischen Volk“ vorwarf.

Ausführlich zitierte Kerckhoff darin Tagebuch-Eintragungen, in denen polnische Häftlinge negativ aufschienen. So schrieb Nico Rost am 4. Dezember 1944: „Es herrscht eine riesige Aufregung im Lager: Die deutschen Häftlinge scheinen an die Front geschickt zu werden. [...] Die meisten Holländer sind froh, daß die Deutschen nun wahrscheinlich wegkommen. Ich kann ihre Ansicht keineswegs teilen und hatte deswegen mit K. einen Wortwechsel. ‚Hurrah! Die Mofen kommen weg!‘ rief er. Und was dann? Wer wird dann hier das große Wort führen? Wenn die deutschen Häftlinge weg sind, bekommen wir die Diktatur der polnischen Kapos!“⁴²

Die Eintragung vom 13. August, in der es um zwei Neuzugänge im Krankenrevier geht, erwähnt Kerckhoff allerdings nicht: „Jurek, unser polnischer Pfleger, fragte sie, bevor er ihnen die Betten anwies, nach Namen und so weiter.

‚Name?‘

‚Aronstein, Herr Doktor.‘

‚Nationalität?‘

‚Pole, Herr Doktor.‘

‚Jude?‘

‚Ja, Herr Doktor.‘

‚Dann bist du kein Pole! Juden sind keine Polen!‘, schnauzte ihn unser Oberpfleger grob an. Dieser Jurek hat also in all den Jahren nichts dazugelernt – und nichts vergessen. Kein SS-Mann kann ein größerer Antisemit sein als er, und keiner kann die Russen stärker hassen... Ich frage mich oft, warum sie diese Sorte Polen eigentlich in ein Konzentrationslager gesteckt haben!“⁴³

Und von der ausführlichsten Stelle im Buch, in der es um Polen geht, zitiert die Redakteurin, die selbst auch Bücher veröffentlicht hat, nur die ersten beiden Sätze: „Die Polen sind hier verhaßt. Ich kann das nachempfinden, denn ich selbst kenne auch nur sehr wenige polnische Häftlinge, die mir sympathisch erscheinen.“⁴⁴

Es ist der Schriftsteller Stephan Hermlin, der drei Tage später in einem Leserbrief in der *Täglichen Rundschau* unter dem Titel „Ein offener Brief an die falsche Adresse“ feststellt: „Der offene Brief, den Frau Susanne Kerckhoff an den großen holländischen Schriftsteller Nico Rost gerichtet hat, ist schon kein Mißgriff mehr; oder vielmehr, er stellt einen Mißgriff dar, der einer Infamie gleichkommt.“⁴⁵ Und er zitiert dann die Eintragung ausführlicher, in der es ja auch heißt: „Die meisten Polen in Da-

chau sind übrigens sehr reaktionär, antisemitisch und antirussisch eingestellt. Eigentlich polnische Faschisten. Auf jeden Fall die schlechtesten Repräsentanten ihres Landes. Die polnischen Grubenarbeiter in Nordfrankreich und in der Borinage, die ich kennengelernt habe, waren nicht so, auch die anderen polnischen Emigranten nicht, und schon gar nicht die polnischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Kosciusko, ihr Freiheitsheld, der Kampfgefährte Lafayette, Dombrowski, der polnische Heros der Pariser Kommune, Mickiewicz, Slowacki, Zeromski und ihre anderen Dichter sind nicht so gewesen, ebenso wenig wie ihre jüngeren Autoren, deren Werke ich vor dem Krieg las. So waren auch die Polen in der Internationalen Brigade nicht, die ich in Spanien traf.“⁴⁶

Auf „nationaler“ Basis organisiert

Und Stephan Hermlin weist darauf hin, „welch schwere Kämpfe die echten Antifaschisten in allen Lagern gegen kriminelle und korrupte Elemente zu bestehen hatten, gegen Elemente, die sich in bestimmten Lagern manchmal auf ‚nationaler‘ Basis organisiert hatten.“⁴⁷

Nico Rost, der gerade Ungarn besuchte, als Kerckhoffs Artikel erschien, antwortete ihr in der Berliner Zeitung nach seiner Rückkehr unter dem Titel „Für das Verständnis der Völker“: „Ja, ich habe im Lager Dachau die polnischen reaktionären Häftlinge und Kapos gefasst, genauso wie ich die deutschen, holländischen und alle anderen reaktionären Häftlinge dort haßte, und ich habe es mir wirklich nicht leicht gemacht. Sehr schwer sogar, auch wenn sie das nicht verstehen wollen oder können. Gerade weil ich das deutsche Volk liebe, haßte ich die dortigen reaktionären Elemente, gerade weil ich das polnische Volk liebe, haßte ich seine faschistischen und chauvinistischen Elemente.“⁴⁸

Als dann wenige Tage später der DDR-Minister für Volksbildung, Paul Wandel, in einem Brief an Nico Rost, der in der Zeitung Neues Deutschland abgedruckt wurde, bedauerte, „daß Ihr durch so viele Jahre und durch so mutige Taten bewiesener Internationalismus und Ihre Verbundenheit mit allen Völkern, die um ihre Freiheit und den Frieden ringen, in einer Pressepolemik in so unbegründeter und kränkender Weise in Zweifel gezogen wurden“, schien die Angelegenheit beendet.

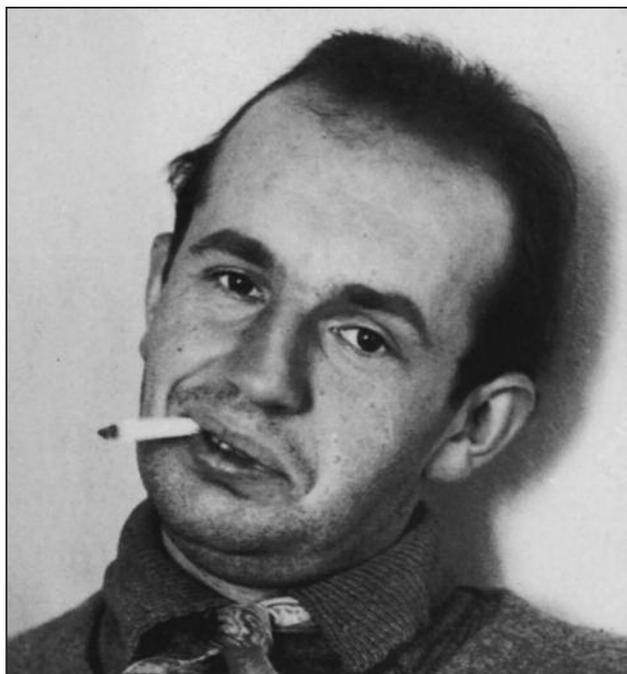
In der DDR fand Nico Rost ja ein Betätigungsfeld. Er wurde Archivleiter

im Schloss Wiepersdorf, wo es galt, den Nachlass Bettina von Arnims, die er – wie man auch seinem Buch „Goethe in Dachau“ entnehmen konnte – besonders schätzte, aufzuarbeiten. Mehrere Buchprojekte standen im Raum, darunter auch eines über den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl. Dieser gab dann im Mai 1950 Stefan Heymann, dem Leiter der Abteilung Kultur und Erziehung, den Auftrag, eine Expertise über Nico Rost und dessen Buch zu erstellen. Diese wurde am 9. Juni 1950 im Büro Grotewohl abgeliefert.

Darin stellt Stefan Heymann zuvor einmal fest: „Nico Rost ist seit Jahrzehnten nicht nur in Holland, sondern international als antifaschistischer Schriftsteller bekannt, hat sich in der Nazizeit besonders dadurch ausgezeichnet, daß er sich nicht nur auf die literarische Bekämpfung des Faschismus beschränkte, sondern praktisch im Kampf gegen den Faschismus, insbesondere den deutschen Antifaschisten in der Emigration große Dienste erwies.“⁴⁹

Einer unter jenen, denen Rost in seiner Wohnung Unterschlupf vor Verfolgung gewährte, war Jean Améry. Unerwähnt bleibt in diesem Zusammenhang, dass er als Korrespondent niederländischer Zeitungen von 1923 bis 1933 in Berlin lebte und bereits Mitte April 1933 verhaftet wurde, wobei man ihm Verbindungen zu Marinus van der Lubbe, der am Reichstagsbrand beteiligt gewesen war, unterstellte. Drei Wochen war er im KZ Oranienburg inhaftiert. Am Abend seiner Freilassung besuchte ihn der NSDAP-Ortsgruppenleiter Horst Seyring und verlangte von ihm, in Zukunft „objektive“ Artikel zu schreiben. Noch im selben Jahr veröffentlichte Rost in Holland den Bericht „Die Brauerei von Oranienburg. Ein Konzentrationslager im Dritten Reich“, eines der frühen Zeugnisse über das Terror-Regime der Nazi.

Am 6. Mai 1943 wurde er in Belgien wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ verhaftet, nachdem er in einem Nazi-Dossier aus diesem Jahr als Mitglied der „Unabhängigkeitsfront“, der bedeutendsten belgischen Widerstandsgruppe, an-



Nico Rost (1896–1967), niederländischer Schriftsteller und Journalist.

geführt worden war. Es folgten einige Wochen Haft im Wehrmachtsgefängnis Forest, eine halbjährige Haft im Gestapogefängnis Scheveningen, danach die Konzentrationslager Vught (Herzogenbusch) und Dachau, wo er schließlich 319 Tage eingesperrt war.

Ressentiments gegen den unabhängigen Geist

Stefan Heymann, der für Grotewohl das Gutachten verfasste, kannte das KZ Dachau, war er doch nach seiner Verhaftung im Jahr 1933 sowohl dort als auch im KZ Buchenwald und im KZ Auschwitz-Monowitz zwölf Jahre lang inhaftiert gewesen. So schreibt er denn auch, er wisse „aus eigener Erfahrung, wie sich bestimmte reaktionäre Kreise der Polen im KZ benommen haben“. Dennoch ist er der Meinung, „daß das Buch in der jetzigen Form nicht mehr erscheinen kann und daß eine gründliche Überarbeitung in dieser Beziehung notwendig ist“.⁵⁰ Das hieß allerdings, dass das Buch nicht mehr neu aufgelegt würde, da niemand davon ausgehen konnte, dass der Autor solch unverständliche Eingriffe dulden oder selbst vornehmen würde.

Ohnehin wurde bald klar, dass das Buch manchen Verantwortlichen nicht nur wegen der brüderlichen Verbundenheit mit dem sozialistischen Polen ein Dorn im Auge war. Nico Rost war ein Humanist im besten Sinn des Wortes, weltoffen und ohne Scheuklappen, ein Kommunist, der einen Sozialdemokraten schätzen konnte und auch bereit war, Priestern zuzuhören und mit ihnen zu

diskutieren, wie man aus „Goethe in Dachau“ erfährt. Damit stieß er auf Engstirnigkeit, die letztlich dazu führte, dass er schon bald die DDR verlassen musste. Verantwortlich dafür waren nicht Ressentiments gegenüber Polen, die man ihm unterstellte, sondern Ressentiments gegenüber einem unabhängigen Geist, der sich nicht in ein politisches Korsett zwängen ließ.

Anmerkungen:

- 1/ Boris Pahor: Nekropolis. München, Berlin 2016, S. 67f.
- 2/ Ebd., S. 28f.
- 3/ Ebd., S. 68
- 4/ Liana Millu: Der Rauch über Birkenau. Frankfurt/M. 2015, S. 17.
- 5/ Ebd., S. 67.
- 6/ Ebd., S. 74.
- 7/ Ebd., S. 63.
- 8/ Jorge Semprún: Was für ein schöner Sonntag! Frankfurt/M. 1984, S. 343
- 9/ Ebd., S. 339f.
- 10/ Robert Antelme: Das Menschengeschlecht. Zürich, Berlin 2017, S. 17f.
- 11/ Fred Wander: Das Gute Leben oder Von der Fröhlichkeit im Schrecken. Erinnerungen. Göttingen 2006, S. 56.
- 12/ Fred Wander: Der siebente Brunnen. München 2006, S. 92.
- 13/ Ruth Klüger: weiter leben. Eine Jugend. München 2016, S. 35.
- 14/ Pahor: Nekropolis, S. 197.
- 15/ Fred Wander: Das Gute Leben, S. 86.
- 16/ Semprún: Sonntag, S. 340.
- 17/ Ebd., S. 213.
- 18/ Joaquim Amat Piniella: K.L. Reich. Wien 2016, S. 15.
- 19/ Ebd., S. 9f.
- 20/ Ebd., S. 294.
- 21/ Jean Amery: Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. Stuttgart 2015, S. 153f.
- 22/ Andrzej Szczygiorski: Die schöne Frau Seidenmann. Zürich 1991, S. 239.
- 23/ Primo Levi: Ist das ein Mensch? München 2016, S. 76f.
- 24/ Tadeusz Borowski: Bei uns in Auschwitz. München 2008, S. 198.
- 25/ Ebd., S. 207.
- 26/ Ebd., S. 193.
- 27/ Semprún: Sonntag, S. 117.
- 28/ Otto Rosenberg: Das Brennglas. Aufgezeichnet von Ulrich Enzensberger. Berlin 2012, S. 101.
- 29/ Primo Levi: Die Atempause. München 2015, S. 63.
- 30/ Ebd., S. 97.
- 31/ Pahor: Nekropolis, S. 143f.
- 32/ Nico Rost: Goethe in Dachau. Berlin 1999, S. 24.
- 33/ Ebd., S. 31.
- 34/ Ebd., S. 39.

- 35/ Ebd., S. 230.
- 36/ Ebd., S. 195.
- 37/ Ebd., S. 12f.
- 38/ Ebd., S. 33.
- 39/ Ebd., S. 42.
- 40/ Ebd., S. 309.
- 41/ Ebd., S. 61f.
- 42/ Ebd., S. 170f.

- 43/ Ebd., S. 71.
- 44/ Ebd., S. 332.
- 45/ Ebd., S. 336.
- 46/ Ebd., S. 338.
- 47/ Ebd., S. 339.
- 48/ Ebd., S. 345.
- 49/ Ebd., S. 351.
- 50/ Ebd., S. 352.

Hans Hautmann: Marx & Engels Handbuch

2018 ist in mehrfacher Hinsicht ein besonderes, von Jubiläen und Jahrestagen geprägtes Jahr: Für Österreich ist es ein Zelebrieren der Gründung der Ersten Republik im November 1918 einerseits, ein Gedenken an den „Anschluss“ des Landes an Hitler-Deutschland im März 1938 andererseits.

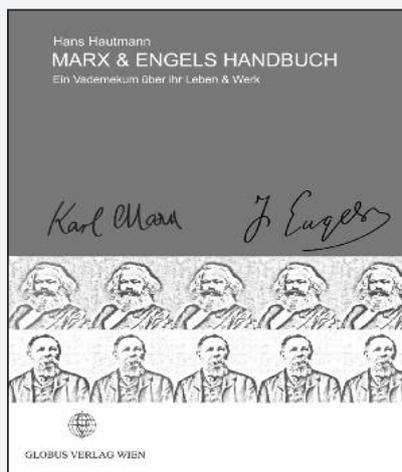
Für die KPÖ ist darüber hinaus das hundertjährige Bestehen der eigenen Partei, sowie der 200. Geburtstag von



(seit 2005 im Ruhestand), 1993 bis 2005 Präsident der *Alfred Klahr Gesellschaft*.

Hans Hautmann: Marx & Engels Handbuch. Ein Vademekum über ihr Leben & Werk.

Wien: Globus-Verlag 2018
416 Seiten, 19,99 Euro



Karl Marx von Bedeutung. Zu diesem Anlass gibt die KPÖ im *Globus-Verlag* das von Hans Hautmann verfasste „Marx & Engels Handbuch“ neu heraus. Mit dem „Vademekum“ über Leben und Werk von Karl Marx und Friedrich Engels ist Hautmann ein großer Wurf gelungen: EinsteigerInnen wie auch KennerInnen von Marx und Engels finden darin nicht nur eine allgemein verständliche und umfassende Beschreibung der Werke der beiden großen Denker, sondern erfahren ebenso faszinierende Details über Wirkung und Interpretation ihrer Arbeiten bis zur russischen Revolution im Jahre 1917.

Der Autor: Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann**, ao. Universitätsprofessor am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Linz

Backlist des Globus-Verlags:

Hans Hautmann:
Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich. Eine kommentierte Dokumentation.



Wien 2014, 118 Seiten, 5,- Euro

„Der Tote ist auch selber schuld.“
Zum 50. Jahrestag der Ermordung von Ernst Kirchwegger, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs.
Wien 2015, 64 Seiten, 4,- Euro
Mit Beiträgen von Walter Baier, Michael Graber, Manfred Mugrauer und Siegfried Sanwald

Peter Fleissners Abecedarium. Arbeit, Banken, Demokratie, Europa, Kybernetik, Religion, Utopie, Welt und Zukunft.
Wien 2015, 366 Seiten, 24,80 Euro

Walter Baier: *Unentwegte. Österreichs KommunistInnen 1918–2018.*
Wien 2017, 118 Seiten, 10,- Euro

Bestellungen:
bundesvorstand@kpoe.at

„Shoah – Wie war es menschlich möglich?“

Aktuell ist diese von der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem kuratierte Ausstellung im Hauptgebäude der Universität Wien zu sehen, ergänzt um einen Österreich-Teil, der von der Agentur Milli Segal – wissenschaftlich begleitet von Brigitte Bailer-Galanda und Oliver Rathkolb – erarbeitet wurde.¹ Im Folgenden wird diskutiert, wie die im Titel aufgeworfene Frage, die für den „Zivilisationsbruch Auschwitz“ zentral ist, in der Ausstellung beantwortet wird.

Der von Yad Vashem erstellte Teil der Ausstellung widmet sich auf 19 Tafeln der schrittweisen Entrechtung von Juden und Jüdinnen im NS-Regime. Gezeigt wird, dass es sich dabei nicht um ein monolithisches Geschehen handelte, sondern, wie es Raul Hilberg formuliert, um einen „Prozeß aufeinanderfolgender Schritte [...] die auf Initiative unzähliger Entscheidungsträger innerhalb eines ausgedehnten bürokratischen Apparats ergriffen wurden“, die schließlich ihren schrecklichen Höhepunkt in der Shoah fanden.² Thematisiert werden sowohl die Beteiligung von Wehrmacht und Polizei als auch die Unterstützung der vielfältigen antisemitischen Maßnahmen durch die Mehrheitsbevölkerung.

Unerwähnt bleibt dagegen die Tatsache, dass die staatlichen Ausgrenzungsmaßnahmen auf eine genaue Definition jener Gruppe angewiesen war, die fortan als „Juden“ bezeichnet und verfolgt wurden.³ Bei der Charakterisierung als „Jude“ bzw. „Jüdin“ waren gemäß den „Nürnberger Gesetzen“ Religiosität, Verhalten oder sonstige vermeintliche oder tatsächliche Eigenschaften der Betroffenen unerheblich. Es handelte sich allein um eine rassistische Zuschreibung durch das NS-Regime selbst. Antisemitismus hat ursächlich nichts mit realen Juden und Jüdinnen zu tun, sondern liegt in den AntisemitInnen begründet. Mit Jean-Paul Satre gesprochen: „Es zeigt sich, daß der Antisemitismus [...] von keinem äußeren Faktor herkommen kann. Der Antisemitismus ist eine selbstgewählte Haltung der ganzen Persönlichkeit, eine Gesamteinstellung nicht nur dem Juden gegenüber, sondern auch den Menschen im allgemeinen, der Geschichte und der Gesellschaft gegenüber.“⁴

Darüber hinaus widmet sich die Ausstellung auch den Themen Widerstand, sowohl von Juden und Jüdinnen, womit vermieden wird, die Opfer der Shoah als rein passiv darzustellen, als auch von

Nicht-Juden und -Jüdinnen, den „Ge-rechten der Völker“. Dieser Ehrentitel wurde jenen Personen verliehen, die im Nationalsozialismus ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um Juden und Jüdinnen zu retten. Auch die Bedingungen des Aufstiegs der NSDAP werden beschrieben. Dabei kommt die Ausstellung bedauerlicherweise nicht ohne Bezug auf die Totalitarismustheorie aus und postuliert die altbekannte Gleichsetzung: „Verschiedene ideologische Bewegungen von links und rechts boten radikale Alternativen zu liberalen Grundwerten an und propagierten totalitäre Konzepte“,⁵ was nicht zuletzt angesichts der Singularität der Shoah als Verbrechen des NS-Regimes zynisch erscheint.

Der vier Tafeln umfassende Österreich-Teil der Ausstellung behandelt die Themen „Antisemitismus in Österreich vor 1938“, vor allem jenen Luegers und Schönereers, sowie „März 1938 und die unmittelbaren Folgen“, insbesondere den „Anschluss“-Pogrom. Nur am Rande behandelt werden die Kontinuitäten des Antisemitismus bis in die Gegenwart und der Antisemitismus an den Universitäten, was angesichts des Ausstellungs-ortes überrascht. Unerwähnt bleibt der jahrhundertealte, christliche Antijudaismus, obwohl dieser, ausgehend „vom ersten antisemitischen Vorwurf – dem des Gottesmordes“,⁶ für das Verständnis der zentralen Zuschreibung an Juden und Jüdinnen, jene der Allmacht, essentiell ist. Darüber hinaus verschwinden, wie auch empirische Befunde zeigen, frühere Formen des Antisemitismus keineswegs mit dem Entstehen neuerer,⁷ was im Fall von Antijudaismus angesichts der nach wie vor bestehenden Relevanz des Christentums (auch) für Österreich wenig verwundert.

Antisemitismus als zentrale Ursache für die Shoah zu benennen ist, bedauerlicherweise, keineswegs eine Selbstverständlichkeit. So wurde etwa im Rahmen der Ausstellung „Letzte Orte vor der Deportation“, die bis November letzten Jahres in der Krypta am Heldenplatz zu sehen war, Antisemitismus kaum erwähnt. Stattdessen wurden sadistische Neigungen Einzelner als Hauptursache für die Shoah nahegelegt.⁸ Ganz anders bei beiden Teilen die-

ser Ausstellung. Doch sie bleiben größtenteils bei einer Beschreibung antisemitischer Zuschreibungen stehen, anstatt eine tiefgehenden Analyse von deren Ursachen und Funktionen, gesellschaftlich wie subjektiv, zu präsentieren. Ohne jenen Ursachen breiteren Raum einzuräumen, bleibt die Antwort auf die im Titel zu Recht aufgeworfene Frage jedoch weitgehend im Dunkeln.

MICHAEL HOLLOGSCHWANDTNER

Wanderausstellung „Shoah. Wie war es menschlich möglich?“

11.4.–30.6.2018, Universität Wien, Universitätsring 1, Bibliotheksgang

Anmerkungen:

1/ <http://www.millisegal.at> [1.6.2018].

2/ Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 1. Frankfurt/M. 91999, S. 56.

3/ Ebd.

4/ Jean-Paul Satre: Betrachtungen der Judenfrage, in: ders.: Drei Essays. Frankfurt/M. u.a. 1985, S. 108–190, hier S. 113.

5/ Ausstellungstext.

6/ Andreas Peham: Die erste Lüge. Eine psychoanalytisch orientierte Kritik des Antisemitismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jahrbuch 2008. Antisemitismus. Wien 2008, S. 46–69, hier S. 56.

7/ „Significant percentages of those surveyed across Europe continue to blame Jews for the death of Christ.“ Im Durchschnitt 22% der Befragten, in Österreich 18%. Die Umfrage basiert auf 5.000 Telefoninterviews in zehn europäischen Ländern, inkl. Österreich. Anti-Defamation League (ADL): Attitudes Toward Jews In Ten European Countries. New York 2012, 12, <https://bit.ly/2KYbRun> [1.6.2018].

8/ Michael Hollogschwandtner: „Es lebe unser Österreich!“ Ausstellung „Letzte Orte vor der Deportation“ in der Krypta am Heldenplatz (2017), <https://bit.ly/2L2eaww> [1.6.2018].

Nach dem „Anschluss“ wurden Wiener Juden und Jüdinnen gezwungen, in „Reibpartien“ pro-österreichische Slogans von den Gehsteigen zu putzen.



Marx und wir

Gregor Gysi kämpfte jahrelang gegen die Generalverurteilung der DDR. Zum 200. Geburtstag von Karl Marx bemüht er sich mit einem neuen Buch auch um dessen Rehabilitierung.

Aufarbeitung ist manchmal auch Ver-
schüttung“, bemerkt Gregor Gysi
gegen Ende seines neuen Buchs hell-
sichtig. Gleichsam gesteht er: „Allzu laut
darf ich das freilich nicht sagen“, reiht
sich sein 160 Seiten schmaler Beitrag
doch zwangsläufig in den schier endlosen
Reigen an Publikationen ein, die im Ver-
lauf des 19., 20. und 21. Jahrhunderts zu
Leben und Werk von Karl Marx erschie-
nen sind, irgendwann ganze Bibliotheken
gefüllt, sogar Staaten und Imperien be-
gründet haben – die Anfang der 1990er
Jahre fast vollständig implodierten.

Anlässlich des Gedenkens an den
200. Geburtstag von Karl Marx, der am
5. Mai dieses Jahres zu zelebrieren war,
ist Gysi indes mehr als andere dazu prä-
destiniert, in Buchform über Bedeutung
und Aktualität von Marx' Werk zu re-
flektieren. Als letzter Parteivorsitzender
der SED/PDS, langjähriger Vorsitzender
der Linksfraktion im Deutschen Bundes-
tag und aktueller Präsident der *Europäi-
schen Linken* steht er seit fast drei Jahr-
zehnten politischen Gruppierungen vor,
die ihr Selbstverständnis intensiver als
andere aus Erkenntnissen und Prognosen
schöpfen, die Marx (überwiegend in Zu-
sammenarbeit mit Friedrich Engels) zwi-
schen 1843 und 1883 veröffentlicht hat.
Entsprechend eng ist Gysis Beschäfti-
gung mit Marx vom Leitmotiv der eigen-
en politischen Laufbahn geprägt. Ihm
war die undankbare Aufgabe vorbehalten,
den sozialistischen Nachlass der DDR
auszusortieren und das Bewahrenswerte
gegen massive Widerstände in das verein-
igte Deutschland zu überführen. Karl
Marx zählt in diesem Zusammenhang
gewissermaßen zu den Kronjuwelen.

Kompromissfähigkeit und Charakter

Wie Gysi selbst hat sich auch die
Marx-Rezeption in den letzten Jahren
der Mitte der bundesdeutschen Gesell-
schaft angenähert. Dennoch geht Gysi
die jüngste Marx-Renaissance nicht weit
genug. Ihn stört, dass sie sich zum Teil
„schamlos selbstverständlich“ vollzogen
habe. „Erst Verteufelung, dann eine Hin-
wendung, als habe es nie etwas anderes
als Gewogenheit gegeben.“ Dass gleich-

sam noch kein deutscher Bundespräsi-
dent und Bundeskanzler am Grab von
Karl Marx war – immerhin einer der
größten Historiker und Ökonomen der
Geschichte, wie Gysi feststellt – empfin-
det er als „kleinlich und peinlich“. Umso



**Gregor Gysi, seit 2016 Vorsitzender der
Partei der Europäischen Linken**

weitsichtiger ist sein Vorschlag, sich am
Nationsverständnis Frankreichs ein Bei-
spiel zu nehmen, das die Würdigung von
Verdiensten auch über ideologische
Grenzen hinweg einschließe. Dies würde
„Respekt, Souveränität, Geschichtssinn,
Kultur“ aller zum Ausdruck bringen.

Seit Jahren bemüht sich Gysi nicht nur
mit Argumenten sondern auch mit
Selbstkritik um Akzeptanz seiner Partei
und ihres zweifelsohne schweren historis-
chen Erbes. So bekräftigt er im vorlie-
genden Band zum wiederholten Mal, zu
jenen zu gehören, die von den Dogmen
des Marxismus-Leninismus, „von
führender Rolle der Arbeiterklasse und
stetigem Fortschritt der Geschichte ge-
heilt“ seien. Gleichsam ist er sich des
Spannungsfelds bewusst, in dem er sich
als politischer Brückenbauer bewegt:
„Wer nicht kompromissfähig ist, ist nicht
demokratiefähig – wer allerdings zu vie-
le Kompromisse schließt, gibt seinen
Charakter, seine Identität, auf.“

Mit einem etwas unglücklich gewähl-
ten Marx-Aphorismus, den er zur Illus-
tration dieser politischen Position heran-
holt (S. 38f.), verdeutlicht Gysi unge-
wollt das Dilemma, in das die gegen-
wartsbezogene Verwendung historischer
Zitate (gerade bei Marx) münden kann:
Das Bündnis mit dem Teufel, das Marx
süffisant guthieß, sofern man die Gewiss-
heit habe, „daß man den Teufel betrügt
und nicht umgekehrt“, gibt die Atmos-
phäre des demokratischen Grundkonsen-
ses, den Gysi mit bürgerlichen Parteien
sucht, nur unzureichend wieder. Viel-
mehr muss das Zitat unter Geschichts-

interessierten düstere Erinnerungen an
den deutsch-sowjetischen Nicht-
angriffspakt vom August 1939 wecken,
d.h. es erinnert auch an jene totalitären
Marx-Interpretationen, denen Gysi an an-
derer Stelle seines Buchs zu Recht Marx'
emanzipatorische Idee von der Freiheit
des Einzelnen als Grundvoraussetzung
für die Freiheit aller entgeghält.

Klassenkämpfe und Verlustängste

Insgesamt begeht Gysi glücklicherwei-
se nicht den Fehler, aus einem Patchwork
an Marxzitaten aus dem 19. Jahrhundert
eine neue Gesellschaftsidee für das
21. Jahrhundert zu konstruieren. Über
weite Strecken des Buchs arbeitet er vor
allem die zeitlosen Studienobjekte aus
Marx' Werken heraus, um hierzu aus-
führlich seine eigenen Überlegungen zu
präsentieren: Der Kapitalismus, als des-
sen maßgeblicher Erforscher Marx zwei-
felsohne gelten kann, habe heute längst
den Rahmen des Nationalstaats ge-
sprengt und sich dadurch seiner gesetz-
lichen Regulierung noch weiter ent-
zogen. Mehr denn je neige Kapital und
somit Reichtum dazu, sich als Monopol
in der Hand Weniger zu sammeln. Aus-
beutungsverhältnisse gehörten als Folge
davon keineswegs der Vergangenheit an.
In modernen Sozialstaaten falle die
Revolution laut Gysi aber „vorerst
ohnein aus“. Zu groß sei „die allgemei-
ne Angst, es entstände (wieder) eine
Herrschaftsform, die emanzipative Er-
rungenschaften verspielt.“

Dennoch sieht Gysi Notwendigkeiten
und Möglichkeiten für politisches Han-
deln gegeben: „Ich würde von einer
Mehrdimensionalität des Klassenkampfes
sprechen. Ökonomisch bleibt er auf
Lohnzuwachs, vernünftige Arbeitszeit
und Arbeitsbedingungen orientiert, poli-
tisch muss er immer auch als Möglichkeit
gesehen werden, eine Koalition von pro-
gressiver Bourgeoisie und Lohnabhän-
gigen gegen das Monopolkapital organisie-
ren zu können.“ Wie schwierig sich dies
in der Praxis gestaltet, verdeutlicht Gysi
eindrucksvoll mit seinen Erinnerungen an
die Schließung des Kali- und Salzwerks
Bischofferode, in deren Verlauf er sich
1993 persönlich exponierte: „Politischer
Einsatz hatte plötzlich etwas außerge-
wöhnlich Praktisches bekommen; es
schien, alles beschriebene Papier, das ei-
nem so oft die Tage zustapelt und die
freie Sicht nimmt, war wie weggeblasen.“

Allerdings bedrückte mich zugleich ein Gefühl der Wut darüber, dem schändlichen Treiben gegen die Kumpel nicht wirklich Einhalt gebieten zu können.“

Wir denken zu brav

Gysis Überlegungen münden am Ende erwartungsgemäß nicht in ein geschlossenes Programm: „Was eine sozialistische Gesellschaft sei und wie Übergänge zu ihr gestaltet werden sollten – das ist ein Debattegegenstand, dem zum Glück jede Festlegung fehlt.“ Lediglich im Kleinen versucht Gysi einige Herangehensweisen aufzuzeigen. „Wir denken oft zu brav“, lautet eine simple und doch grundlegende Diagnose, mit der er den Blickwinkel mehr als einmal von der fernen Beobachtung übergroßer Ideologiekonstrukte auf Augenhöhe seiner LeserInnen zurückholt. Derart gelingt es ihm letztlich auch, den Menschen Karl Marx aus den Trümmern der marxistischen Ideologie herauszuziehen. In einem abschließenden Kurzporträt zeigt er ihn u.a. als Verfasser von Gedichten und Liebesbriefen, und gibt in den Worten Franz Mehrings die Atmosphäre jener bewundernswerten Freundschaft mit Engels wieder, die Marx' lange Exiljahre und konstanten Geldnöte aufzuwiegen vermochte.

Mit die größte Bewunderung Gysis gilt Marx' sprachlichem Talent und dessen Hang zur Polemik, mit der es Marx immer wieder gelang, Widersprüche zu benennen und sie dadurch einer Auflösung zuzuführen – eine Herangehensweise, deren zeitlose Anwendbarkeit Gysi als Redner und Talkshowgast seit Jahren selbst erfolgreich demonstriert. Im vorliegenden Buch lässt er sie bisweilen aufblitzen, indem er seinerseits Postulate von Marx'scher Poesie formt: „Wer aus dieser Gesellschaft herauswill, muss in sie hineingehen und mehr darüber wissen, wohin er will.“

Es sind Sätze wie diese, mit denen Gysi die praktische Anwendbarkeit Marx'schen Denkens vielleicht am eindringlichsten demonstriert. Gemeinsam mit seinen Reflexionen und Erinnerungen liest sich seine Hommage an Karl Marx in jedem Fall als tiefe Verneigung vor dessen Lebenswerk. Mit dieser Geste kann es Gysi durchaus gelingen, ein wenig historischen Schutts beiseitezuschieben, unter dem das Andenken an Marx begraben liegt.

JOACHIM GATTERER

Gregor Gysi: Marx & wir. Warum wir eine neue Gesellschaftsidee brauchen. Berlin: Aufbau 2018, 160 S., 18 Euro

Widerstand – denkbar, sagbar, machbar. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2017 (Pädagogische Taschenbuchreihe schulheft, Bd. 167), 134 S., 16,50 Euro

Die Redaktion dieser „Widerstandsnummer“ knüpft an das schulheft 164 zum Thema „Demokratie – kritische Reflexionen“ aus dem Jahr 2016 an. An die Stelle eines Bildungssoziologen trat die Historikerin Renée Winter als Mitglied der Redaktion, was den geschichtspolitischen und gesellschaftskritischen Stellenwert der Nummer betont. Untersucht werden historische und aktuelle Strategien des Widerstands gegen rechte, autoritäre und neoliberale Entwicklungen, die aus unterschiedlichen Perspektiven thematisieren, dass das Eintreten für eine gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen und Feldern denkbar, sagbar und auch machbar ist. Das Taschenbuch beschäftigt sich nicht mit der geschichtspolitischen Bedeutung von großen historischen Revolutionen, in der Hoffnung, dass das anlässlich der Jahre 2017/18 in möglichst vielen anderen Publikationen ohnehin geschieht.

Einführend stellt Conrad Schuhler den Bezug zur „Demokratienummer“ her, er sieht den Weg einer Demokratisierung unter den Kategorien, die lauten: „Solidarität, Kooperation und Demokratie“. Konkretes politisches Handeln im Sinne der Verwirklichung dieser Prinzipien müsse entwickelt werden und es sind diejenigen Strukturen zu bekämpfen, die diese Grundsätze niederhalten. Im Beitrag „Trotz allem – Widerstand ist möglich“ steht die Erziehungswissenschaftlerin Eva Borst zu einer Bildung, die phantasievolle Vorstellungskraft, kritisches Urteilsvermögen und Eigensinn den omnipotenten manipulativen Kräften des Kapitalismus entgegenhält. Widerstand beruht in diesem Sinn „auf Empörung und Erkenntnis, auf Gefühl und Rationalität“, so Borst. Zentral behandelt sie die Auseinandersetzung mit den neoliberalen Suggestionen, Selbstoptimierung sei notwendig, um die Last der Existenz im ausbeuterischen System aus eigener Kraft zu bewältigen. Sie erläutert, dass der ursprünglich positiv gemeinte Begriff „Resilienz“ bald dazu verwendet wird, Menschen in Schulen und in der Arbeitswelt vorzugaukeln: „Alles wird wieder gut“, um sie besser in die gewaltförmigen Strukturen neoliberaler Anforderungen zu zwingen. Im Zuge der Militarisierung des Begriffs dehnt er sich auf den Nationalstaat aus, als Instrument

eines Verteidigungsdiskurses einer Gesellschaft mit Führungsanspruch.

Politische Aufklärung und Selbstaufklärung, Kritik und Selbstkritik als Folge einer humanistischen Bildung wären die Voraussetzung diesen Entwicklungen entgegenzutreten, denn Bildung ist ein Instrument humanen Widerstands. Auch Armin Bernhard geht in seinem Buch „Pädagogik des Widerstands, Impulse für politisch-pädagogische Friedensarbeit“ davon aus, dass Kritische Pädagogik immer politisch widerständig und Erziehung zum Frieden sei.

Melanie Groß thematisiert Selbstverständnisse, Strategien und Ziele verschiedener feministischer Zugänge. Positionen und Strategien entstehen in permanenter Auseinandersetzung mit den komplexen Macht- und Herrschaftsformationen, die Geschlechter und andere Ungleichheiten stützen und hervorbringen. Besonders spannend ist die Arbeit von Claudia Unterweger, die in „Talking back – Strategien Schwarzer österreichischer Geschichtsschreibung“ den Widerstand gegen rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung Schwarzer Menschen in Österreich thematisiert. Als Historikerin verlässt sie aus emanzipatorischem Schwarzen Blickwinkel auch den eingefahrenen Weg weißer HistorikerInnen.

Lisa Bolyos und Daniela Koweindl dokumentieren die Arbeitskämpfe von ErntearbeiterInnen in Österreich, Prekarisierung, Ausbeutung und die Erfolge der Sezoneri-Kampagne. Der Verein CCC Chaos Computer Club, der sich mit Datenschutz, Informationsfreiheit und Datensicherheit beschäftigt, wird von Sonja Waldgruber und Herbert Walošek vorgestellt, die vor allem auf die Arbeit der Initiative CmS (Chaos macht Schule) verweisen, die mit verschiedenen Bildungsinstitutionen zusammenarbeitet.

Peter Malinas Artikel „Widerstand auf katholisch: Ungehorsam als Christenpflicht“ findet sich leider nur im Inhaltsverzeichnis und kann auf der Webseite des schulhefts (www.schulheft.at) nachgelesen werden. Im Beitrag „Widerstandsgeist in Kärnten/Koroška“ rollt Gudrun Blohberger anhand von Familienfotos für eine Ausstellung auf dem Peršmanhof in Bad Eisenkappel/Železna Kapla die Geschichte des slowenischen Widerstandes von der Zwischenkriegszeit über die NS-Zeit bis zum Staatsvertrag und in die Gegenwart auf. Ihr Schlusswort: „Kärntner Slowen innen müssen – wie andere Minderheiten auch

– sich widersetzen und widerständig sein, sie müssen ihre Rechte einfordern um nicht unterzugehen.“

In Erich Hackls literarischem Text „Alphabet mit Auslassungen – Stichworte zum Thema Heimat, Land, Widerstand“ leisten Menschen in einem Reigen von namhaften SchriftstellerInnen bis zum Loser, der es ablehnt, das Leben für ein verpflichtendes Gewinnspiel zu halten, Widerstand. Erwin Riess widmet sich der Romantrilogie „Die Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss und urteilt: „Mit dem Roman schuf Weiss ein überzeitliches Kompendium des Widerstands von Ausgebeuteten, Marginalisierten und Stimmlosen in der Weltgeschichte, ein stupender Gegenentwurf zur ewiggleichen Eliten- Geschichtsschreibung, in der die Millionen Sklaven und Ausgepowerten ausschließlich als Verfügungsmasse von Herrschaft erscheinen.“

Schlussendlich befassen sich zwei Beiträge mit rechtsextremem Gewalt. Judith Götz stellt die Kampagne „Stoppt die Rechten“ vor, Lisl Rizy und Willi Weinert ihre umfangreiche Forschungsarbeit über politische Opfer der terroristischen NS-Justiz, dargestellt in Briefen, Fotos und Dokumenten. Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* sowie die Arbeiten des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands* werden den schulheft-LeserInnen für weitere Bildung zum Thema „Widerstand“ empfohlen.

ELKE RENNER

Florian Schwanninger: Hugo Müller. Biographie eines Widerstandskämpfers. Linz: KZ-Verband/VdA Oberösterreich 2017 (Texte und Materialien zu Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, Bd. 6), 52 S., 4 Euro

Mit vorliegender Broschüre würdigt der Historiker Florian Schwanninger einen lange Zeit in Vergessenheit geratenen oberösterreichischen Widerstandskämpfer. Hugo Müller wurde 1910 in eine sozialdemokratische Linzer Familie geboren. Sein Onkel war der Schutzbundführer Richard Bernaschek. Diesem Milieu entsprechend war Müller als Jugendlicher in diversen Organisationen der Arbeiterbewegung aktiv – nicht zuletzt in den Sportorganisationen der Sozialdemokratie. Im Lauf der Ereignisse des Februar 1934 wurde Müller verhaftet und Anklage gegen ihn erhoben. Noch vor Prozessbeginn floh er wie so viele andere in die Tschechoslowakei. Im Juni 1934 fuhr Müller mit dem zwei-

ten Schutzbundtransport in die Sowjetunion. Etwa ein Jahr später folgte ihm seine Freundin Hildegard Brenner nach Moskau nach, im folgenden Jahr heirateten die beiden.

Doch schon bald darauf machte sich Hugo Müller erneut auf den Weg. Zusammen mit einigen anderen Schutzbündlern reiste er über Umwege nach Spanien, um sich den Internationalen



Hugo Müller (1910–1944)

Brigaden im Kampf gegen Franco anzuschließen. Hugo Müller brachte es in Spanien bis zum Major-Rang und wird in einem von der Kommunistischen Internationale angelegten Dossier als „mutig“, „verlässlich“ und „sehr umsichtig“ beschrieben. „Sehr temperamentvoll, spart nicht mit kräftigen Aussprüchen“, heißt es in der von Schwanninger zitierten Moskauer Akte: „Politisch fest und überzeugt, fehlt jedoch politische Schulung, hohe Moral.“

Nach der Auflösung der Internationalen Brigaden und einer mehrmonatigen Internierung in Frankreich konnte Hugo Müller im Frühling 1939 in die Sowjetunion zurückkehren. In Moskau begann er in einem Kugellagerwerk zu arbeiten und wirkte zudem – wie bereits während seines ersten Aufenthalts in der Sowjetunion – als alpinistischer Ausbilder. Im September 1940 wurde Peter, der Sohn von Hugo und Hildegard Müller, in Moskau geboren. Das Familienglück währte jedoch nur kurz. Nach dem Angriff Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion wurden Mutter und Sohn nach Kirgisien evakuiert. Hugo Müller war bald im Einsatz gegen die faschistischen Armeen, worüber es nur wenige gesicherte Angaben gibt. Gemäß einer Information Hildegard

Müllers aus dem Jahr 1947 war Hugo Müller „in einem Gefecht gegen SS-Verbände in den steirischen Bergen“ gefallen. Er war also Teil jener Gruppe, die als „Kampfgruppe Steiermark“, auch bekannt als „Koralmpartisanen“, auf dem Gebiet des heutigen Slowenien und in der Steiermark Widerstand leistete.

Die vorliegende Broschüre enthält neben der ausführlichen Zusammenfassung aller derzeit verfügbaren biographischen Informationen viele Dokumente. Vor allem die Fotos, Briefe oder Urkunden aus dem Nachlass Müllers vermitteln einen lebendigen Eindruck von dessen Leben und Wirken. Das Verdienst des Autors ist es, die Informationen zu Müllers Lebensgeschichte, die beispielhaft für viele andere steht, zusammengetragen und gut lesbar aufbereitet zu haben. Der KZ-Verband, Herausgeber vorliegender Publikation, bemüht sich schon seit Jahren um das Andenken Hugo Müllers. Dieser ist einer der fünf Widerstandskämpfer, an die mit der 2002 auf Initiative des KZ-Verbands am Gebäude der Linzer Tabakfabrik angebrachten Gedenktafel erinnert wird. Bestellungen: office@kzverband-ooe.at

SIMON LOIDL

Gottfried Gansinger: Nationalsozialismus im Bezirk Ried im Innkreis. Widerstand und Verfolgung 1938–1945. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2016, 368 S., 29,90 Euro

Das Innviertel ist nicht erst seit den letzten Wahlen als eine Hochburg des „Dritten Lagers“ bekannt. Die aktuelle blaue Einfärbung der Landkarte dieser Region geht nicht zuletzt auf eine deutschnationale Tradition zurück, die bis weit ins 19. Jahrhundert reicht. Den Verhältnissen während der NS-Zeit in einem der drei Bezirke des Innviertels, dem Bezirk Ried im Innkreis, geht nun eine ausführliche Studie nach.

Der pensionierte Buchhändler Gottfried Gansinger widmete sich in den letzten 15 Jahren der Erforschung seines Heimatbezirks im Nationalsozialismus. Er befragte dafür unzählige ZeitzeugInnen und durchwühlte alle relevanten Archive. Parallel zu den Recherchen organisierte er bereits über 100 Vorträge zu zeitgeschichtlichen Themen, referierte auch selbst oftmals zu verschiedenen Aspekten der NS-Zeit und publizierte seine Erkenntnisse in Regionalzeitungen und heimatgeschichtlichen Reihen.

Gansinger geht in seiner Untersuchung den unterschiedlichsten Aspekten nach,

wobei sein Zugang zu den Themen Widerstand und Verfolgung ist ein möglichst breiter ist. Er beginnt chronologisch mit dem „Anschluss“ 1938 und der ersten Welle von Terror und Verfolgung, die sich schwerpunktmäßig gegen die Vertreter des austrofaschistischen „Ständestaats“ richtete. Der Autor stellt im Zuge dessen u. a. die wirtschaftliche Verwertung des „angeschlossenen“ Österreich dar – ein heute nur mehr wenig beachteter Aspekt.

Einleitend stellt Gansinger auch den Weg zum März 1938 dar, streift die deutsch-nationalen Traditionen des Bezirks und zeigt den Terror der illegalen Nationalsozialisten. Besonders interessant sind seine Ausführungen zum „Netzwerk der Täter im ‚Hinterhof‘ der Macht“. Gansingers These dabei ist, dass das Innviertel „einen weit überproportionalen Anteil an der Macht und an den Verbrechen zwischen 1938 und 1945“ hatte. So stammten beispielsweise Ernst Kaltenbrunner und Anton Reinthaller aus dem Bezirk Ried i. I., Gustav Adolf Kaufmann, einer der Organisatoren der „Aktion T4“, und Fritz Kranebitter, ein hoher Gestapo-Funktionär, hatten starke biografische Bezüge zu Ried. Daneben findet sich eine ganze Reihe an heute weniger bekannten Namen.

Gansinger schildert in der Folge die erste Verhaftungswelle und die Morde im Gefolge des „Anschlusses“. Eine besondere Stärke seiner Arbeit ist, dass die allgemeinen Darstellungen immer auch um Biografien der betroffenen Personen ergänzt werden. Diese Methode zieht sich durch das gesamte Werk. Gibt es dabei zu bekannteren Persönlichkeiten eine Fülle an Informationen, so ist bei vielen erwähnten Menschen auch für den Laien zu erahnen, wie schwer es war, letzte Spuren ihrer Biografien aufzufinden und ans Licht zu bringen.

Ein folgendes Kapitel widmet sich der katholischen Kirche und den verfolgten bzw. ermordeten Priestern. Der Autor übergeht dabei aber nicht die heiklen Punkte des Verhältnisses der Kirche zum NS-Regime. Auffällig ist im Bezirk Ried i. I. die große Zahl an inhaftierten und ermordeten katholischen Priestern und Laien. Manche von ihnen wie z. B. Pfarrer Spanlang aus St. Martin i. I. waren Opfer grausamster Torturen oder medizinischer Experimente.

Ausführlich präsentiert Gansinger in den folgenden Abschnitten die Folgen der antisemitischen und rassistischen Verfolgung. Diese reichte von der „Arisierung“ bis zur Ermordung von Rieder

BürgerInnen in den Vernichtungslagern. Mühsam recherchierte Lebensgeschichten machen die alltäglichen Repressalien, denen z.B. die so genannten „Mischehen“ ausgesetzt waren, anschaulich. Unter dem Aspekt der rassistischen Verfolgung betrachtet der Autor auch einen lange Zeit unbeachteten Bereich: Das oft beabsichtigte „Sterbenlassen“ von Kindern ausländischer ZwangsarbeiterInnen in den „fremdvölkischen Kinderheimen“. Eines davon befand sich im Bezirk Ried im Innkreis und forderte rund 30 Todesopfer.

Erschütternd ist ebenfalls die hohe Zahl von im Zuge der NS-Euthanasie ermordeten Menschen. Der Autor konnte rund 100 Personen ermitteln, die entweder in Hartheim oder anderen Anstalten der NS-Rassenhygiene zum Opfer fielen. Biografische Ausführungen und vereinzelte Fotos können einigen von ihnen wieder ein „Gesicht“ geben.

In einem ländlich strukturierten Gebiet wie dem Bezirk Ried im Innkreis mag die verhältnismäßig große Zahl an verfolgten Widerstandskämpfern aus linken Gruppen, vornehmlich der illegalen KPÖ, überraschen. Gansinger konnte eine Reihe an Personen, die wegen illegaler kommunistischer Betätigung, aber auch solche, die wegen anderweitiger politischer Vergehen verfolgt und teilweise ermordet wurden, ausfindig machen. Der bekannteste Fall ist sicherlich der „Zentralinspekteur der KPÖ für die Provinz“ Franz Mittendorfer, der 1942 hingerichtet wurde.

Nicht wenige Menschen fielen dem Regime auch wegen „unpolitischer“ Äußerungen und NS-unkonformer Handlungen zum Opfer. Darüber hinaus bezog Gansinger in seine Untersuchungen auch lange Zeit kaum beachtete Gruppen wie (vermeintlich) „Asoziale“ und „Kriminelle“ ein, die oft wegen kleiner Delikte oder sozialer Schwierigkeiten in das Räderwerk des NS-Terrors kamen.

Welche Folgen der NS-Angriffs- und Vernichtungskrieg an der „Heimatfront“ hatte und wie viele junge Männer (und zum Teil Minderjährige) an den Fronten starben, zeigt ein eigenes Kapitel. Gansinger geht hier u. a. auf die Fanatisierung Jugendlicher ein, die sich noch gegen Ende des Krieges freiwillig meldeten und kämpfen wollten. Der Bezirk Ried im Innkreis war bei Kriegsende noch Schauplatz von Kämpfen und Hinrichtungen. Fanatische Nationalsozialisten erschossen eine Reihe von Menschen, die beispielsweise auf den Kirchtürmen weiße Fahnen hissen woll-

ten, ebenso wurden Vorbereitungen für den Kampf von „Werwölfen“ getroffen.

Bei Eintreffen der US-Amerikaner konnte relativ schnell die „Österreichische Freiheitsbewegung“, eine Gruppe von Christlich-Sozialen, Sozialisten und Kommunisten unter Führung des späteren Justizministers Christian Broda, den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens übernehmen. Diese Gruppe entfaltete erstaunliche Aktivitäten, hatte überregionale Ausstrahlung und sicherte nicht zuletzt die Lebensgrundlagen der Bevölkerung.

Am Ende des Buches steht eine traurige Bilanz von rund 200 Todesopfern des NS-Regimes im Bezirk, unzählige Überlebende litten an den Folgen. Gansinger beschreibt abschließend die Entstehung einer lebendigen und breiten Gedenkkultur – nach Jahrzehnten des Verschweigens und Verdrängens. Die Bemühungen des Autors auf diesem Gebiet sowie in der Forschung und Aufarbeitung sind sein großer und bleibender Verdienst und wären in vielen weiteren Regionen Österreichs ein wünschenswertes Ziel.

FLORIAN SCHWANNINGER

Rosdolsky-Kreis: Mit permanenten Grüßen. Leben und Werk von Emmy und Roman Rosdolsky. Wien: Mandelbaum-Verlag 2017, 440 S., 22 Euro

Roman Rosdolsky (1898–1967) ist heute eine außerhalb marxistischer Kreise weitgehend vergessene Figur und selbst in innermarxistischen Debatten ein eher vernachlässigter Name. Dabei gehörte Rosdolsky als Marx-Forscher und Historiker zweifellos zu den interessantesten, intellektuell fruchtbarsten marxistischen Autoren des 20. Jahrhunderts. Seine Dissertation „Das Problem der geschichtslosen Völker bei Karl Marx und Friedrich Engels“ wurde von Ernest Mandel als „erstes Beispiel einer gelungenen marxistischen Kritik an Marx selbst“ gelobt. Und die posthum erschienene „Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital‘“ schließlich gibt bis heute vielfältige Impulse für ein tieferes Verständnis der Entwicklung von Marxens ökonomischer Lehre. Doch Rosdolsky war nicht nur ein Theoretiker, der jenseits des Lärms politischer Auseinandersetzung im akademischen Elfenbeinturm verharrte, sondern hatte eine bewegte, ja dramatische Lebensgeschichte.

Diese Geschichte und die seiner 2001 verstorbenen Frau Emmy in „Mit permanenten Grüßen. Leben und Werk von Emmy und Roman Rosdolsky“ erstmals

in Form einer umfassenden Biographie erzählt zu haben, ist das Verdienst des Wiener Rosdolsky-Kreises, dessen kollektiv verfasste Arbeit 2017 im Mandelbaum-Verlag erschienen ist. Viel Raum wird dabei Rosdolskys Jugend im habsburgischen, dann polnischen Galizien gewidmet – mit Recht, denn die damals gemachten prägenden Erfahrungen waren es, die seine starke Konzentration auf das Problem der Nationalitätenfrage und ihre marxistische Behandlung begründeten. Erst im frühen 20. Jahrhundert wird der ukrainische Nationalismus zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor. Während die meisten Mitglieder der „Drahomanow-Zirkel“, die die Losung eines souveränen ukrainischen Nationalstaates mit einem den Narodniki ähnlichen bäuerlichen sozialrevolutionären Programm verbinden, bei einem (klein-)bürgerlichen Nationalismus stehenbleiben und im ersten Weltkrieg entweder das russische Zarenreich oder die Habsburgermonarchie unterstützen, um als Belohnung die Unabhängigkeit zu gewinnen, entwickelt sich der dort politisierte Rosdolsky bald zum revolutionären Marxisten weiter, der sich auf die Seite der Bolschewiki stellt. Die breit angelegte Darstellung von Rosdolskys Politisierung, seiner Entwicklung zum Kommunisten und seiner von diesen Erfahrungen inspirierten Studien zur Nationalitätenfrage sind der vielleicht

interessanteste Teil des Buches, werfen sie doch Licht auf ein heute in Westeuropa fast vergessenes historisches Kapitel und darauf, welche allgemeinen historisch-politischen Lehren ein reflektierter Marxist wie Roman Rosdolsky daraus ziehen konnte.

Aber auch die anderen Stationen von Rosdolskys bewegtem Leben kommen nicht zu kurz: Das Exil in Wien, wo er seine spätere Frau als junge, engagierte Kommunistin kennenlernt. Seine Annäherung an die Positionen Trotzki und der sowjetischen Linken Opposition, die zum endgültigen Bruch mit dem sich etablierenden Stalinismus und damit zur Ächtung Rosdolskys durch die Organisationen der Dritten Internationale führt. Die Flucht vor dem 1934 an die Macht gelangten Austrofaschismus zurück ins nun polnische Lemberg bis er – als oppositioneller marxistischer Intellektueller in Stalins Machtbereich in akuter Lebensgefahr – 1939 vor der einrückenden Roten Armee aus Lemberg fliehen muss und stattdessen unter die Herrschaft der Nazis gerät, die ihn 1942 nach Auschwitz deportieren. 1945 mit knapper Not lebend aus den Händen der SS gerettet, sieht er sich schon 1947 wieder zur Flucht aus Österreich veranlasst, dieses Mal vor der mutmaßlichen Gefahr einer Entführung durch den sowjetischen Geheimdienst. Diese sorgfältig recherchierte Rosdolsky-Biographie ist somit nicht nur Lebensbild eines marxistischen Theoretikers, sondern auch ein Stück dramatischer Geschichte des 20. Jahrhunderts von den habsburgischen Nationalitätenkonflikten über Austrofaschismus und Nationalsozialismus bis zum Kalten Krieg. Lesenswert nicht nur für KennerInnen marxistischer Theoriegeschichte.

FABIAN LEHR

Heimo Halbrainer, Gerald Lamprecht, Georg Rigerl: Orte und Zeichen der Erinnerung. Erinnerungszeichen für die Opfer von Nationalsozialismus und Krieg in der Steiermark, hg. vom Landtag Steiermark. Graz: Clio 2018, 416 S., 25 Euro

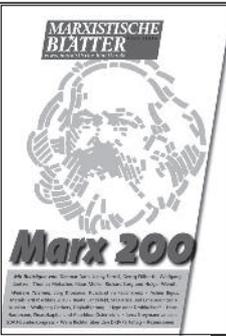
Mit der vorliegenden Publikation existieren nun für drei österreichische Bundesländer umfangreiche Untersuchungen und Darstellungen der Erinnerungskultur für die Opfer der NS-Zeit. Die erste Gesamtschau zu einem Bundesland wurde 1998 mit dem vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands* herausgegebenen Band

„Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945“ veröffentlicht. Dieser schloss die Gedenkzeichen für die Februarkämpfe des Jahres 1934 und die Opfer der Verfolgung durch den „Ständestaat“ ein. 2011 folgte mit „Gedenken und Mahnen in Niederösterreich“ eine ebenfalls höchst umfangreiche Arbeit zu einem zweiten Bundesland. Das zugrunde liegende Projekt war wiederum vom DÖW initiiert und getragen worden. Für die Erfassung der Erinnerungszeichen war dabei die Definition des Opferfürsorgegesetzes ausschlaggebend, das sich auf Verfolgung im Zeitraum von 6. März 1933 bis 9. Mai 1945 bezieht.

Im Gedenkjahr 2018 folgte nun mit dem 416 Seiten starken Band zur Steiermark die dritte Gesamtschau eines Bundeslandes. Das Buchprojekt entstand auf Basis eines einstimmigen Landtagsbeschlusses vom April 2017. Im Auftrag des Landtages Steiermark sollte demgemäß eine repräsentative Dokumentation der Erinnerungslandschaft in der Steiermark in Form eines Buchprojektes erarbeitet werden. Die federführenden Akteure des Projekts bzw. der Publikation waren die Historiker Heimo Halbrainer, Leiter von CLIO Graz, und Gerald Lamprecht, Leiter des *Centrums für Jüdische Studien* der Universität Graz, die nicht nur im Rahmen des Vereins CLIO bereits zuvor unzählige Publikationen und Veranstaltungen zur Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit, an den Widerstand und die Verfolgung vorgelegt bzw. durchgeführt hatten. Das dritte Mitglied des Teams war der Kunstpädagoge Georg Rigerl, der als Fotograf des Großteils der Bilder im vorliegenden Band fungierte. Am 80. Jahrestag des „Anschlusses“ Österreichs an Hitlerdeutschland wurde das Buch im Sitzungssaal des Steiermärkischen Landtags in Anwesenheit von höchsten politischen RepräsentantInnen vorgestellt.

Die Tatsache, dass 73 Jahre nach der Befreiung vom NS-Regime, das Gedenken an die Opfer und den Widerstand von hoher politischer Ebene betrieben und gefördert wird und nicht mehr nur mühsam von vereinzelt Gruppen erstritten werden muss, verweist bereits auf ein Anliegen des vorliegenden Bandes: Es sollte nicht nur „eine vollständige Dokumentation aller Erinnerungszeichen in der Steiermark“ angestrebt werden, sondern die Autoren wollten auch die konfliktreichen „Transformationen des österreichischen Gedächtnisses bis in die Gegenwart“ auf regionaler Ebene abbilden. Gesellschaftliche und

Marx 200



Mit Beiträgen von: Dietmar Dath, Jenny Farrell, Georg Fülberth, Wolfgang Jantzen, Thomas Metscher, Klaus Müller, Richard Sorg und Holger Wendt

Weitere Themen: Jörg Kronauer, *Russland im Fadenkreuz* • Achim Bigus, *Metal-Tarifabschluss 2018* • Beate Landefeld, *SPD-Krise und Erneuerungsdiskussion* • Wolfgang Garbers, *Digitalisierung – Hype oder Drohkulisse?* • Hans Hautmann, *Finanzkapital und Anschluss Österreichs* • Lena Kreymann *an den SDAJ-Bundeskongress* • Wera Richter *über den DKP-Parteitag* • Rezensionen

Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

politische Konflikte sollten dabei „keineswegs verschwiegen oder eingeblendet werden“. Auch 2018 seien beispielsweise noch immer „Unterschiede in der Sichtbar- und Unsichtbarkeit der Erinnerungszeichen“ festzustellen.

Den Auftakt der Publikation bildet ein Text von Heimo Halbrainer, in dem dieser auf die verschiedenen Phasen der Erinnerungskultur in der Steiermark eingeht. Wie auch in der gesamten Republik konnte sich in den ersten Jahren nach der Befreiung eine kurzzeitige antifaschistische Gedenkkultur entwickeln, die jedoch schon früh an den Rand gedrängt wurde. Danach wurde „das Kriegerdenkmal zur bestimmenden Größe“ in der Erinnerungslandschaft. Im Großen und Ganzen kam es erst in den 1990er Jahren zu einem starken Aufschwung der Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen. Nicht nur an Orten von KZ-Außenlagern konnten neue Gedenkzeichen gesetzt werden, auch beispielsweise wurde die verdrängte lokale und regionale jüdische Geschichte wieder in das öffentliche Gedächtnis geholt. Ab Ende der 1980er gab es ebenso vermehrt wieder Erinnerungszeichen für den in der Steiermark starken Widerstand, nicht zuletzt vor allem aus den Reihen der Arbeiterbewegung. Auch Opfergruppen, die bislang kaum Beachtung fanden, wie Sinti und Roma oder die Opfer der NS-Euthanasie wurden ab den 1990er Jahren in die Erinnerungskultur einbezogen.

In der Folge werden die unzähligen Erinnerungszeichen einzeln mit Bild, Kurztex, Information zum Errichter und Ortsangabe dokumentiert und beschrieben. Ein kurzer Überblickstext zur Kategorie bzw. Großgruppe bildet jeweils den Auftakt. Dieser Teil des Bandes beginnt mit den Zeichen für den politischen und religiösen Widerstand in der Steiermark. Die große Zahl an Straßennamen, Gedenktafeln und Grabmälern mag zweifelsohne überraschen. Sie zeigt die Stärke des Widerstands in diesem Bundesland, aber auch die Tatsache, dass offenbar nach 1945 viele Initiativen aufgrund der politischen Gegebenheiten umgesetzt werden konnten. Auch wenn keine empirischen Daten zu den unterschiedlichen Bundesländern vorliegen, die einen Vergleich erlauben würden, dürfte hier die Steiermark einen der „vorderen“ Plätze in Österreich einnehmen. Die regionale Verteilung der Gedenkzeichen verweist selbstverständlich auf die verschiedenen politischen Gegebenheiten in den Regionen der Stei-

ermark. Die industriell geprägten Gebiete in der Obersteiermark weisen eine besondere Stärke des Widerstands der ArbeiterInnenbewegung auf. So umfasst beispielsweise ein Denkmal in Leoben die Namen von 125 ermordeten bzw. ums Leben gekommenen WiderstandskämpferInnen.

Den nächsten Abschnitt bildet die Dokumentation der Erinnerungszeichen für die verfolgte jüdische Bevölkerung. Auch wenn es in den 1980ern und 1990ern erste Initiativen gab, wurde der Großteil vor allem ab den 2000er Jahren gesetzt. Ein größerer Teil dieses Abschnitts widmet sich auch Grabsteinen von jüdischen NS-Opfern. Wie bereits in der Einleitung angeführt, weicht der Band von seinem Anspruch, eine vollständige Dokumentation anzustreben, in zwei Fällen ab: im Bereich der „Stolpersteine“ und der Kriegerdenkmäler. In beiden Fällen entschied man sich „für eine exemplarische Vorgangsweise“. Es werden daher nur ausgewählte „Stolpersteine“ im Band präsentiert. Ein zusätzlicher Teil dieses Abschnitts zeigt die Mahnmale für die Opfer der Todesmärsche, die größtenteils durch steirisches Gebiet führten.

Die nächsten Abschnitte des Bandes widmen sich den Erinnerungszeichen für die ermordeten Roma und Sinti sowie für die Opfer der NS-Euthanasie. Vor allem an den Orten, von denen Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen abtransportiert wurden, sind Mahnmale zu finden. Es existieren aber auch Erinnerungszeichen zu einzelnen ermordeten Menschen.

Die Ebene der Täter bleibt in der vorliegenden Publikation nicht unbeachtet. So finden sich in einem weiteren Abschnitt Ausführungen über die Orte des Terrors und die handelnden Personen. Auch viele dieser Orte wurden mittlerweile mit Denkmälern und Inschriften versehen und so sichtbar gemacht. Ein steirisches Spezifikum ist zweifelsohne das 1961 errichtete „Internationale Mahnmal“ am Grazer Zentralfriedhof. Es umfasst verschiedene Opfergruppen und nennt die Namen von rund 2.400 Opfern des Nationalsozialismus, darunter auch SlowenInnen aus der früheren Untersteiermark.

Erfreulicherweise werden in der Publikation auch weitere Gruppen wie die ZwangsarbeiterInnen oder Deserteure nicht ausgespart, die im österreichischen Gedächtnis lange Zeit so gut wie keine Rolle spielten bzw. wie im Falle der Deserteure sogar negativ besetzt waren. Die

Dokumentation umfasst auch die Gräber von Soldaten alliierter Armeen, vor allem jener, die in den Reihen der Roten Armee kämpften. Kriegerdenkmäler für die Soldaten der Wehrmacht wurden wie bereits oben erwähnt in exemplarischen Fällen aufgenommen. Zur Steiermark existiert hierzu auch bereits eine eigene, vollständige Dokumentation.

Der vorliegende Band stellt keinen wie auch immer gearteten idealen Endzustand einer Erinnerungskultur dar, sondern verweist auch auf Leerstellen und unterschiedliche Sichtbarkeiten von

Neuerscheinung

Ernst Berger/Ruth Wodak: Kinder der Rückkehr. Geschichte einer marginalisierten Jugend.

Wiesbaden: Springer 2018, 333 S., 49,99 Euro

Die Kinder kommunistischer und/oder jüdischer Eltern, die aus Exilländern und Konzentrationslagern in ihre Heimat zurückgekehrt waren, um ein neues demokratisches Österreich aufzubauen, lebten – geprägt von den Schicksalen und Erfahrungen ihrer Eltern – in einer speziellen gesellschaftlichen Randgruppe im reaktionär-katholischen Klima Österreichs. Trotz unterschiedlichster individueller Lebenswege, die vom Rand in die Mitte der Gesellschaft geführt haben, wirkt die Zusammengehörigkeit bis heute fort und führt zu regelmäßig wiederkehrenden Treffen: die „Kinderjause“ – das sind ca. 200 Personen, geboren zwischen 1939 und 1953. In diesem Kreis und im Kreis ihrer Kinder wurden Interviews mit 40 Personen geführt, um den Umgang mit der Geschichte der verfolgten und vertriebenen Eltern und der Weitergabe an die nächste Generation aus diskursanalytischer und psychotherapeutischer Perspektive nachzuzeichnen. Dieser Forschungsansatz holt einen bisher verborgenen Ausschnitt der österreichischen Gesellschaft ans Tageslicht und leistet gleichzeitig einen Beitrag zum Diskurs über Trauma und Resilienz, über Vergessen und Erinnern.





Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

„Heiße Viertelstunde“ an Österreichs Universitäten

Die Studierendenbewegung
des Jahres 1968 und ihre Folgen

Podiumsdiskussion mit:

Ernst Berger (Kinderpsychiater, Medizinische Universität Wien)
1968/69 Aktivist der *Vereinigung demokratischer Studenten* in Wien

Michael Graber (wirtschaftspolitischer Sprecher der KPÖ)
1972 Gründungsvorsitzender des KSV



Franz Stephan Parteder (Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark bis 2010)
Aktivist des VSStÖ (ÖH-Mandatar) und KSV in Graz

Katja Rainer (Psychotherapeutin und Coach)
1968er-Aktivistin, zeitweise Mitglied im KB Wien

Erich Ribolits (Bildungswissenschaftler, Lehrbeauftragter an den Universitäten Wien, Graz und Klagenfurt)

Moderation: **Elisabeth Luif** (KSV-LiLi)

Mittwoch, **20. Juni 2018**, 19.00
Neues Institutsgebäude (NIG), Hörsaal III
Universitätsstraße 7, 1010 Wien

Eine Veranstaltung von **Alfred Klahr Gesellschaft** und **KSV-LiLi**
www.klahrgesellschaft.at <http://votacomunista.at>

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Sabine Fuchs, Joachim Gatterer, Michael Graber, Heimo Halbrainer, Michael Hologschwandtner, Fabian Lehr, Simon Loidl, Peter März, Manfred Mugrauer, Franz Stephan Parteder, Elke Renner, Helmut Rizy, Erich Sameck, Florian Schwanninger, Karl Wimmeler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

Opfern. Er bietet zahlreiche Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung einer „lebendigen“ Erinnerungskultur. Wie Halbrainer im Vorwort schreibt, können Denkmäler und Erinnerungszeichen „nur Kristallisations- oder Ausgangspunkte für lebendige Erinnerung sein“. Die voluminöse und informative Publikation bietet umfangreiche Information, die sich durch die Text- und Bildgestaltung sehr niederschwellig erschließt. Die überblicksartigen Einleitungen und die Gliederung erlauben auch ein abschnitts- bzw. kapitelweises Lesen. Der erfreulicherweise erschwingliche Kaufpreis wird sicher noch zusätzlich dazu beitragen, ein breiteres Publikum anzusprechen. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn weitere Bundesländer ähnliche Dokumentationen vorlegen würden, um der nötigen republikweiten Gesamtschau näherzukommen.

FLORIAN SCHWANNINGER